

Wildcat- Zirkular

Nr. 19, September '95



INHALT

Krise der Arbeiterklasse	5
Kostensenkungsmodelle in Hagener Metallbetrieben	8
Neue Fabrik von KHD	14
Busfahrerstreik in Esbjerg/Dänemark	19
Panama – Generalstreik	22
Mexiko – Öl in Chiapas	25
Bauarbeit und Razzien	31
IG BSE-Demo in Berlin und Flugblatt	32
»Razziveranstaltung« in MA	35
Die »guten« Razzien – auch in den USA	40
Flüchtlinge in Aktion	42
Debatte – Existenzgeld	46
Erklärung der Baugruppe Berlin	54
Bücher (Cyper)	59

kontakte

Ost: Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin, Tel.: 030/6121848 (jaa@wildber.snafu.de).
Wildcat, c/o Infoladen, Koburger Str. 3, 04277 Leipzig (wild-1@link-l.cl.sub.de).

West: Sisina, Postfach 301 206, 50782 Köln (wildcat@link-lev.dinoco.de) / Infoladen
Paderborn, Postfach 1334, 33043 Paderborn.

Nord: Wildcat, Postfach 306 325, 20229 Hamburg.

Süd: Wildcat, VK Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim, Tel+Fax: 0621/657746 /
Wildcat, Postlagerkarte 17 26 49 E, 79001 Freiburg.

abos

Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren. Einzelexemplar 5 DM, 6 Ausgaben 30 DM. (Schriftliche Bestellung an Sisina, Berlin und Überweisung an Sisina GbR, Kto.-Nr. 315 02-109, Postbank Berlin, BLZ 100 100 10).

V.i.S.d.P.: P.Müller

Alle wieder da?

Habt ihr ein Glück! Gerade braungebrannt und erholt aus der Sommerpause zurück und jetzt so ein schmales Zirkular, das sich locker in zwei Frühstückspausen durcharbeiten läßt. Dabei hätte es einiges mehr zu sagen und zu diskutieren gegeben – aber für neunzig Seiten haben die Zuschriften, die bei uns im August eintrudelten einfach nicht ausgereicht.

Das Bild der Arbeiterklasse, das im ersten Abschnitt gezeichnet wird, müßte noch um die aktuelle Diskussion um Samstagsarbeit, Lohnfortzahlung und Kürzungen bei Arbeitslosen- und Sozialhilfekohle ergänzt werden. Während der Fertigstellung hängen wir mit halbem Ohr am Radio: Werden die ArbeiterInnen bei VW den Streit um den Samstag dazu nutzen, das Heft wieder in die eigene Hand zu nehmen – oder lassen sie sich von Betriebsrat und Gewerkschaft, denen es nur um einen sicheren Platz am Verhandlungstisch geht, als Druckmittel gebrauchen?

Die Berichte zu Dänemark, zu Bauarbeit und den Aktionen der Flüchtlinge zeigen bedauerlicherweise auch, wie isoliert die verschiedenen Fäden des Klassenkampfes im Moment nicht nur untereinander, sondern auch von einer politischen Linken sind. Weder schafft sie es, diese Fäden zu einer Perspektive von Revolution und Befreiung zu bündeln, noch kann sie mit den einzelnen Fäden viel anfangen.

Die Berichte und Überlegungen tragen daher hoffentlich dazu bei, eine tiefere Diskussion darüber in Gang zu bringen, was heute Arbeiterklasse ist und was die Dimensionen des aktuellen Umbruchs in den Klassenbeziehungen sind. Eigentlich sollten dazu bereits weitere Thesenpapiere vorliegen (aktuelle Phase, Globalisierung des Kapitals und Internationalisierung der Kämpfe), aber sie wurden wohl durch das heiße Klima verhindert.

Zu Panama und der Region haben wir nur schnell ein paar Informationen ausgewertet. Diese Konflikte sind im Zusammenhang mit ähnlichen Kämpfen überall auf der Welt zu sehen, die sich gegen eine beschleunigte Zurichtung der Länder für das globale Kapital richten. Zu Mexiko gibt es keine aktuelle Einschätzung, aber einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der heutigen Situation. Ein Pfaffe beschreibt detailliert einen Prozeß, den Zyniker als »ursprüngliche Akkumulation« bezeichnen. An die Stelle der

Schafe, mit denen im 15. und 16. Jahrhundert in England die Bauern von ihrem Gemeindeland vertrieben und zur Verwandlung in proletarische Arbeitskraft gezwungen wurden (Enclosures), treten in Chiapas die Rinder für McDonalds' Sonderangebote und vor allem – das Öl. Der Text ist gerade deswegen genau und aufschlußreich, weil er – mal abgesehen von dem peinlichen Schluß – zeigt, daß es nicht nur um die Ausbeutung von Rohstoffen wie Öl geht, sondern zusammen mit dieser Ausbeutung auch die sozialen Beziehungen zerstört und ein kapitalistisches Klassenverhältnis durchgesetzt wird. Es geht nicht nur um den Stoff Öl, sondern es geht um Öl als Kapital, als ein Mittel zur Einsaugung von lebendiger Arbeit. Und durch die Zurichtung des Landes auf die Ölförderung, durch die damit verbundenen Zerstörungen, wird zugleich diese »freie Arbeitskraft« geschaffen, die sich vom Kapital ausbeuten läßt.

Bei der Erstellung ist uns – wie schon so oft – wieder aufgefallen, daß es keine Beiträge gab, die an einer im Zirkular begonnen Diskussion anknüpften und sie weiterführten. Wir haben daher bewußt auf vorläufige Überlegungen in Briefen und internen Kommentaren zurückgegriffen, denn schließlich soll das Zirkular auch dazu dienen, ohne den Druck perfekter Artikel und Stellungnahmen Überlegungen anzustellen und Fragen aufzuwerfen. In der Diskussion des Existenzgeldartikels aus dem letzten Zirkular wird vielleicht klar, daß es auch bei dieser scheinbar auf sozialpolitische Expertenrunden beschränkten Frage um die grundlegenden Probleme von Arbeiterklasse, Organisation und Revolution geht. In dieser Weise sollten wir versuchen weiterzudiskutieren. Die bisherige redaktionelle Arbeit am Zirkular beschränkt sich oft darauf – da ist West keine Ausnahme –, vorhandenes Material zusammenzuklauben und zu hoffen, daß auf diese Weise genügend Geschichten, Übersetzungen und Flugblätter für vierzig bis achtzig Seiten zusammenkommen. Sicher soll das Zirkular auch diese Informationsbedürfnisse erfüllen, aber zum Ort einer kontinuierlichen Diskussion wird es damit nicht. Und angesichts unserer wirklichen Probleme entwickelt sich dann eine fatale Geschäftigkeit als Placebo der Diskussion...

Krise der Arbeiterklasse

Nach der Krise '93/'94 scheint die Arbeiterklasse in ihrer schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg zu stecken. Die Schnelligkeit, mit der alte Positionen abgeräumt werden, dem Kapital Zugeständnisse gemacht und neue Zumutungen hingenommen werden, ist atemberaubend. Und was das beängstigende ist, diese Verluste scheinen sich auch mit dem erneuten Aufschwung fortzusetzen, die Umkrepelung von bisherigen Strukturen und Verhaltensweisen, in denen sich noch so etwas wie »Arbeiterklasse« und »Klassenmacht« ausdrückte, kommt jetzt erst richtig in Fahrt. Gewiß, es gibt Gegenbeispiele, die Angriffe des Kapitals produzieren zwangsläufig an vielen Punkten Konflikte. Aber deutlicher als zuvor wird das Problem, daß sich in diesen Konflikten ein kollektives politisches Subjekt – und nur das könnten wir als Arbeiterklasse bezeichnen – immer weniger findet. Und das verbindet die Krise der Klasse mit unserer subjektiven Krise, die nur ein kleiner Abklatsch der globalen Krise von Klassensubjektivität zu sein scheint. Haben wir überhaupt schon begriffen, was da um uns herum und bei uns selber passiert? Wo bleibt die Diskussion, die sich in einer neuen Radikalität all diesen Fragen stellt? Und stellen wir überhaupt die richtigen Fragen?

Ein paar ernüchternde Daten...

Ende 1994 stellte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) in seinem Jahresgutachten hoch erfreut fest, daß sich die letzte Krise und der erneute Aufschwung in bezug auf das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen von früheren Konjunkturen deutlich unterscheiden: *»Alles in allem dürfte die diesjährige Tarifrunde in Westdeutschland zu einem Anstieg der Tarifverdienste auf Stundenbasis um 2 vH gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt geführt haben. Damit ist es den Tarifparteien im Zuge dieser Rezession sehr viel schneller und energischer als in den vergleichbaren Konjunkturphasen Mitte der siebziger und Anfang der achtziger Jahre gelungen, den Anstieg der Tarifeinkommen zu bremsen.«* (S. 109) Bemerkenswert übrigens auch, daß der SVR von dem Bemühen »der Tarifparteien« spricht – während die Linke immer nur über die bösen Unternehmer schimpft. Was die objektiven Kennziffern der Wirtschaftsentwicklung betrifft, so war 1994 sogar ein Jahr der Premiere: *»Nie zuvor war es in Westdeutschland gelungen, die Lohnstückkosten über ein Jahr betrachtet zurückzuführen.«* (S. 111) 1994 sanken sie um etwa ein Prozent, und der SVR weist darauf hin, daß diese Zahl die tatsächliche Kostenentlastung nur unvollständig ausdrückt, da die Unternehmer für Entlassungen hohe Abfindungszahlungen leisten mußten, die in der Zukunft keine Kosten darstellen. Und auch der SVR kann sich über diese enorme Schwäche der Arbeiterklasse nur wundern: *»Der Rückgang der Lohnstückkosten ist um so bemerkenswerter, als die Tariflohnzurückhaltung durch gestiegene gesetzliche Lohnzusatzkosten konterkariert wurde.«* (ebd.) Er kommt auf einen Netto-lohnverlust von 1½ Prozent, was reichlich niedrig geschätzt sein dürfte.

Auch die Gewerkschaften kommen jenseits der üblichen Erfolgspropaganda, die sich 1994 vor allem auf die Beiträge der Tarifpolitik zur Beschäftigungssicherung bezogen (s. dazu in Zirkular Nr. 9 »Zwangsprekarisierung durch Öffnungsklauseln«) zu einem erschütternden Befund: *»Bei nüchterner Betrachtung kommt gegenüber derart euphorischen Einschätzungen Skepsis auf: Tatsächlich haben sich die Gewerkschaften*

1994 auf Tarifabschlüsse eingelassen, die noch in der Tarifrunde zuvor als untragbar gegolten hätten. Abschlußraten deutlich unter der laufenden Inflationsrate, Einfrieren bzw. Kürzen von tariflichen Jahressonderzahlungen auf breiter Front, Neuverhandlung und zum Teil Verschlechterungen von (ungekündigten!) Arbeitszeitregelungen – das sind Zugeständnisse, die nur verständlich werden, wenn man sich vergegenwärtigt, in welcher hoffnungsloser Defensivposition sich die Gewerkschaften Ende 1993/Anfang 1994 befanden.« (R. Bispinck, Zwischen Beschäftigungssicherung und Tarifabsenkung. Eine Bilanz der Tarifpolitik in Westdeutschland im Jahr 1994, WSI-Mitteilungen 3/95) Also auch der nüchterne Gewerkschafter kommt um die Beobachtung nicht herum, daß sich mit der Krise 1993 etwas wesentliches geändert hat, was nicht allein mit dem üblichen Konjunkturzyklus erklärt werden kann. Was dabei noch gar nicht berücksichtigt ist: Durch eine Reihe von betrieblichen Vereinbarungen, die um 1993 herum getroffen wurden, ist die Bedeutung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik für die tatsächliche Gestaltung von Lohn und Arbeitsbedingungen drastisch zurückgegangen. In vielen Betrieben wurde die Anrechenbarkeit der Tarifierhöhungen auf übertarifliche Lohnbestandteile oder der Verzicht auf Arbeitszeitverkürzung und Pausen vereinbart. Das Maß des rechtlich und tariflich Zulässigen wurde und wird dabei oft genug überschritten, und dient nun als Argument für grundsätzliche Neuregelungen. Oder würde der Metall-Arbeitgeberverband von sich aus darauf hinweisen, daß immer mehr Betriebe die tariflichen Regelungen mißachten und unterlaufen, wenn er befürchten müßte, damit eine Flut von Prozessen und Widerstandsaktionen heraufzubeschwören? Nein, sondern weil er die auf einzelbetrieblicher Ebene erzielten Erfolge nun gesamtgesellschaftlich anerkannt wissen und in einer neuen Tarifordnung festschreiben will. Die **Berichte aus Hagen** und zur **neuen Fabrik** in Köln geben beispielhaft einen Einblick, wie weit diese Zugeständnisse gehen. Anhand eines **Arbeitsgerichtsurteils aus München** kommentieren wir kurz, was es bedeutet, wenn die bisher stillschweigend auf der betrieblichen Ebene gefundenen Kompromisse Rechtsgültigkeit erlangen.

...und ein Brief

Ein Genosse aus Süddeutschland berichtete kürzlich in einem Brief über seine Erfahrungen in dem Unternehmen Freudenberg, in dem wie überall mit neuen Methoden umstrukturiert und die Arbeit verdichtet wird. Nach dem Erlebnis einer zwar bewegten, aber folgenlosen außerordentlichen Betriebsversammlung im Mai formulierte er einige Fragen und vorläufige Überlegungen zu der aktuellen Schwäche der Arbeiterklasse, in denen auch der Zusammenhang zu unserer subjektiven Krise deutlich wird.

»Mir ist schon klar, daß sich wirkliche Arbeitsniederlegungen kaum im Gefolge von Betriebsversammlungen entwickeln, sondern wenn überhaupt durch Eskalationen in Abteilungen. Vielleicht aus einer Ausgangssituation, wo »die im Moment wahnsinnig viel von den Arbeitern verlangen«, wie ein Kollege meinte und sie dann in ihrer Umstrukturierungs- und Produktivitätssteigerungseuphorie einen Schritt zu weit gehen. Ich meine das allgemein, nicht unbedingt auf unseren Betrieb bezogen. Hab da nämlich noch nichts von Arbeitsniederlegungen gehört. Aber das gerade ist wahrscheinlich im Moment ein Problem. Ich bin mir ziemlich sicher, daß es im Moment eine Menge von »Mikrokonflikten« tatsächlich gibt, die auch schärfer sind und anders als die Konflikte um die Entlassungen der letzten Jahre, weil sie nicht so stark individualisieren wie das

Rausselektieren der Alten und nicht Leistungsfähigen/willigen. Aber sie haben momentan kaum eine Chance über die Abteilung rauszugehen. Es fehlt das »Klima«, in dem man/frau einen durchaus harten Abteilungskonflikt um Stückzahlen, Flexi oder sonstwas »an die große Glocke hängt«. Was steht dem entgegen? Nicht so sehr, daß die ArbeiterInnen meinen würden, sie seien mit ihrem »Arschloch von Meister« in einer Sondersituation. Im Gegenteil. Sie wissen, daß es momentan überall dasselbe ist. Sie sehen wohl keinen Sinn darin, auf die Kacke zu hauen und zu sagen: guckt mal, wie schlimm das bei uns ist. Weil alle entgegenen würden: jaja, bei uns auch.

Aber das ist keine Erklärung, warum hier bis jetzt alles weitgehend ruhig ist. Ein Verstehen der derzeitigen Beziehungen zwischen ArbeiterInnen und den Ansprüchen des Kapitals kommt um die Analyse der »Krise« der letzten Jahre nicht rum. Wir können nicht einfach sagen, die Rezession ist Schnee von gestern, jetzt stecken wir im Boom. Es ist kein allgemeiner Boom, es ist ein Aufschwung und sie drohen schon wieder für '95/'96 mit der nächsten Rezession. Und den ArbeiterInnen sitzt der Schreck der letzten Jahre noch tief in den Gliedern. Tiefer, als es eigentlich momentan angesagt wäre, denn im Moment können die nicht mehr abbauen. Und im Moment ist das ganze System wirklich sehr zerbrechlich geworden auf Grund der »dünnen Personaldecke«, den Anforderungen der Umstrukturierung usw..

Es ist oftmals gesagt worden, diese Krise sei das Ende des Deals, das Kapital würde jetzt garstig werden, die »Samthandschuhe ausziehen«, durchmarschieren. Da ist natürlich was dran. Es hat sich viel getan. Ich denke aber, daß es nicht richtig ist, vom Ende des Deals zu sprechen.

Der Verlauf und die Form der Krise war Ergebnis eines Dialogs. Das Kapital hat den ArbeiterInnen gesagt: es muß was passieren, wir sind nicht konkurrenzfähig, ihr seid zu faul und zu teuer. Wenn nix passiert hauen wir ab. Diese Einschätzung wurde irgendwie geteilt, jedenfalls akzeptiert. Ein Resultat der ruhigen 80er Jahre und der Verunsicherung gegen Ende der 80er durch Ende des Sozialismus usw.. Die wenigsten haben gesagt: »Ich bin gerne zu faul und zu teuer« oder wenigstens »es interessiert mich nicht, wenn ihr Probleme habt« (bestimmt haben es einige mehr gedacht). Tatsächlich habe ich es in zwei Jahren nur ein einziges Mal erlebt, daß ein Arbeiter auf die Daueragitation von wegen Standortnachteile, Billigkonkurrenz usw. offensiv reagiert hat und gesagt hat: »Scheiße, ich kann's nicht mehr hören!«

Die ArbeiterInnen wurden vor die Alternative gestellt: mehr Maloche oder weniger Lohn. Weil es eben noch Spielräume gab, haben sie sich für mehr Maloche entschieden. Vielleicht lief die Entscheidung innerhalb dieser kapitalistischen Scheinalternative auch deswegen so, weil sie sich gesagt haben: wenn der Lohn erstmal gekürzt ist, ändert man daran so schnell nichts mehr. Höhere Stückzahlen dagegen, das ist eine Sache, die auf unserem Terrain stattfindet, da kann man/frau immer noch was dran drehen. Das ist einfach nicht so statisch wie eine Zahl auf dem Lohnzettel.

Mehr Maloche o.k., muß wohl sein, aber ja nicht an den Geldbeutel gehen! Und tatsächlich: es ist im Allgemeinen nicht richtig, daß es in den Jahren der Rezession fette Lohnsenkungen gab.

Viele der Umstrukturierungen wurden sogar mit Kohle »geschmiert«. (Ein Typ vom Benz berichtete, daß es mit der Einführung oder vielmehr Ausweitung der Rotation (»Gruppenarbeit«) »ordentlich geklingelt hat im Beutel.«) Ein Rationalisierungsprojekt

in unserem Betrieb wurde von den ArbeiterInnen, wie ein an dem Projekt beteiligter Facharbeiter berichtete, begeistert aufgenommen: sie haben einfach eine alte Maschine (sie war wohl irgendwann von den ArbeiterInnen stillgelegt worden unter dem Vorwand fehlender Ersatzteile) wieder in Betrieb genommen. Die ArbeiterInnen bekamen tatsächlich eine dreiviertel Stelle mehr und wurden neu eingruppiert.

O.k., die zentrale Arbeiterklasse hat bis jetzt die Löhne relativ stabil gehalten. Aber es gab sehr wohl einen dicken Sprung in der Produktivität und den nicht als Folge technischer Rationalisierung.

Also ich denke, daß die momentane relative Ruhe in den Betrieben ihre Wurzel im Krisendeal hat. Die Fehler der Jahre '92 bis '94, die darin bestanden, die vom Kapital gestellte Alternative zu akzeptieren, rächen sich jetzt sozusagen. Die Krise wirkt moralisch (Angst vor Entlassungen...) und materiell (Umstrukturierung, Arbeitszeit...) nach. Und die Rechnung vieler von wegen, wenn wir mehr schaffen, lassen sie den Lohn in Ruhe, könnte sich als Fehlschluß erweisen.

Die äußeren Bedingungen für eine »Repolitisierung des Lohns« wären ja wohl da. Aber auch das Gejammer der Unternehmer über die letzte Tarifrunde hilft mir nicht drüber weg, daß ich seit Jahren niemanden habe mehr sagen hören: Mehr Kohle. Wir würden heute kaum mehr auf ein Flugli schreiben: 500 DM mehr für alle, so wie es '89 ziemlich in der Luft lag. Wohlgemerkt: das bezieht sich alles auf die Großindustrie und auf den Westen und ändert sich möglicherweise gerade im Moment.

Vor diesem Hintergrund denke ich, können Initiativen von uns wieder eine Funktion für den Klassenkampf kriegen. Offengestanden ist mir von '92 bis '94 in den Rezessionsjahren absolut nichts eingefallen, was ich auf ein Flugli hätte schreiben können. Jetzt würde es vor dem oben beschriebenen Hintergrund eher wieder Sinn machen Flugblätter zu verteilen. Etwa mit dem Inhalt: wir stehen nicht mehr mit dem Rücken an der Wand und müssen Angst haben, entlassen zu werden. Die ArbeiterInnen können in den restrukturierten Situationen und gerade in noch laufenden Umorganisationsprozessen eine neue Macht entwickeln. Man muß sich nicht mehr alles gefallen lassen. Hinweise auf Kämpfe anderswo und, daß es prinzipiell möglich ist. Ein bißchen Mut machen und nicht wie die Betriebslinken immer nur den Teufel an die Wand malen und die Übermacht des bösen Kapitals betonen, sondern die Machtmöglichkeiten.

Wir könnten so ein kleines bißchen dazu beitragen, die politische Überwindung der Rezessionsfolgen (wie Einschüchterung) zu beschleunigen und auf die Schwachpunkte des Feindes wie die »dünne Personaldecke« usw. zeigen.«

Kostensenkungsmodelle

in Hagener Metallbetrieben

1. Das **Stahlwerk Wetter-Volmarstein** (gehört zur Knorr-Bremse AG/München), eine Gießerei zwischen Hagen und Dortmund, wird im Sommer 1995 geschlossen. Die 300 Arbeiter hatten seit einem Jahr auf 8 Prozent ihres Lohns verzichtet, um den Betrieb zu »retten«.

2. Anfang 1994 wurde die moderne Gießerei Hundhausen/Krupp komplett von Werdohl nach Schwerte verlagert. Von den 250 ArbeiterInnen wurden 100 übernommen, die restlichen 150 sind über Abfindungen, Vorruhestand oder Rückkehr ins Heimatland (Türkei etc.) bedient worden.

Danach interessierte sich die **Druckgießerei Mössner** aus Werdohl für die seit Ende '94 leeren Hundhausen-Hallen, weil dort mehr Fläche für eine räumliche Ausdehnung vorhanden ist und bei dem jetzigen Betriebsstandort mittelfristig »wirtschaftliche Probleme« in einem Gutachten festgestellt wurden.

Mössner läßt sich die Umzugskosten von seinen ArbeiterInnen bezahlen: Am 28.2.95 haben bereits 261 der 298 ArbeiterInnen (also 87 Prozent) jeweils einen Einzelvertrag unterschrieben, in dem sie sich verpflichten,

– ab dem 1.4.95 bis zum 30.9.95 wöchentlich zwei und

– ab dem 1.10.95 bis zum 30.6.97 wöchentlich drei unbezahlte Überstunden zu machen (d.h. bei Mössner sollen 38 Stunden gearbeitet werden, auch nach Einführung der 35-Stundenwoche zum 1.10.95).

Das sind insgesamt ca. 100 000 Überstunden, die das Unternehmen mindestens vier Millionen DM kosten würden, d.h. jede/r ArbeiterIn schenkt dem Unternehmen tausende von Mark, abgesehen von der Zumutung der Überstunden.

Falls in den darauffolgenden Jahren Gewinne gemacht würden, bekämen die Arbeiter *50 Prozent* zurückgezahlt...

Die IG-Metall in Werdohl hatte versucht, die Umzugskosten über ein Landesdarlehen des NRW-Wirtschaftsministeriums abzusichern, was den Geschäftsführer von Mössner ziemlich auf die Palme gebracht hat (»wir sind doch keine Bittsteller«).

Die IGM hat sich aus tarifrechtlichen Gründen (und überhaupt) gegen diese Verträge ausgesprochen und ihren Mitgliedern zur Klage geraten. Mössner schien sich nicht allzusehr mit der Gewerkschaft anlegen zu wollen, und suchte nach einer »einvernehmlichen« Lösung, zu der er seine ArbeiterInnen erpressen konnte.

Der Kollege von der IGM, mit dem ich sprach, war ziemlich sauer und erklärte die Unterschrift der KollegInnen damit, daß sie Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes haben und sich deshalb so erpressen lassen.

Angeblich ist der Vorschlag für unbezahlte Überstunden aus der Belegschaft gekommen und der Betriebsrat hat mit gemischten Gefühlen zugestimmt (obwohl er bei Einzelverträgen nix zuzustimmen hat).

Der Betriebsratsvorsitzende redet wie die Geschäftsführung: *Wir müssen enorme Leistungen erbringen, um den Umzug zu schaffen. An zwei Standorten muß gleichzeitig gegossen werden. Einige Zeit müssen wir auch Samstags und Sonntags arbeiten. Wir wollen den Tarifvertrag nicht unterlaufen. Es geht nur um die Umzugszeit von zwei Jahren, in der die Gratisüberstunden geleistet werden. Inzwischen haben über 90 Prozent der Belegschaft die Einzelverträge unterschrieben, in denen auch steht, daß bei schwarzen Zahlen nach dem 30.6.1997 ungefähr 600 000 DM an die Belegschaft zurückvergütet wird.*

Am Anfang hatten wir vom Betriebsrat Bedenken, weil wir Gruppenarbeit machen und wir nicht wußten, ob sich die Gruppenmitglieder alle gleich entscheiden werden. Das ist aber jetzt der Fall, die wenigen, die bisher nicht den Vertrag unterschrieben

haben, arbeiten in Randbereichen.

Am 7.3. wird der Umzugsvertrag unterschrieben, dann werden auch die fast 300 Einzelverträge (s.o.) ab dem 1.4. in Kraft treten.

Der Geschäftsführer: Die Einzelerklärungen wurden an einem neutralen Ort, im Betriebsratsbüro (!) unterschrieben, er war selber überrascht, daß die Zustimmung so hoch ausfiel, aber »*die Mitarbeiter erleben eben hautnah, was es heißt, eine Gießerei am Standort Deutschland zu betreiben.*« Die Rückvergütung (s.o.) sei garantiert, unabhängig von der Gewinnsituation nach dem 30.6.1997.

Inzwischen ist die Überstundenregelung seit dem 1. April in Kraft.

3. Im Mai wurde bei der **VARTA AG** (Batterieproduktion) in Hagen eine Betriebsvereinbarung über die Anrechnung der 3,5 Prozent Tariflohnerhöhung auf die Ecklöhne geschlossen. Gleichzeitig wurde informell, d.h. ohne jeden Vertrag ausgehandelt, daß die ArbeiterInnen ein Jahr lang pro Monat 12 Überstunden bei gleicher Bezahlung machen. Begründung: In zwei Abteilungen müssen insgesamt 120 Mio DM investiert werden, sonst werden weite Teile der VARTA in Hagen dichtgemacht. Angeblich soll die überwiegende Mehrheit der ArbeiterInnen einverstanden sein.

Bei 1800 Belegschaftsmitgliedern (von denen werden ca. 250 in den nächsten Jahren noch abgebaut, so die Ankündigung der Geschäftsleitung in derselben (!) Pressemitteilung) heißt das pro Woche 5 400 Stunden, bei ca. 45 Arbeitswochen 243 000 Stunden. Bei einem Durchschnittsbruttostundenlohn von 25.- DM schenken die ArbeiterInnen dem Unternehmer 6,1 Mio DM – abgesehen davon, daß jede Minute in diesem Betrieb zuviel ist.

Inzwischen konnte ich mir die VARTA von innen anschauen: Das Arbeitsamt wollte mich als Kunststoffverarbeiterhelfer dorthin kriegen, allerdings auf freiwilliger Basis, da es sich nur um Dreimonatsverträge über die Jobvermittlung handelt.

Es ist gar kein Problem, auf das Werksgelände zu kommen, der Pförtner läßt mich ohne große Fragen in die Personalabteilung durch. Dort warten schon ein paar Arbeiter. Teilweise sind sie vom Arbeitsamt geschickt worden, teilweise haben sie über andere Quellen von den Jobs erfahren. Es soll mehrere Dutzend Stellen geben, alles mit befristeten Verträgen, 3 bis 6 Monate: Metallfaharbeiter, Staplerfahrer, Kunststoffverarbeitung, Bleiplattenverarbeitung. Alle sind locker drauf: mal sehen was kommt, unter 20 Mark in der Stunde arbeite ich sowieso nicht, bei einem Dreimonatsvertrag mache ich mindestens einen Monat krank.

Neben dem Personalbüro ist gleich das Betriebsrats-Büro. Ein Arbeiter meint, daß er dort auch gerne sitzen würde, Kaffee trinken und Papiere unterschreiben.

Das Vorstellungsgespräch ist eher oberflächlich: was haben Sie zuletzt gemacht, sind sie körperlich belastbar, können Sie sich Fabrikarbeit vorstellen (wo sie doch zuletzt das freie Leben eines Kraftfahrers genossen haben), können Sie sofort anfangen?

Dann werden wir zu zweit in eine Riesenhalle geführt, die zum Bereich Industriebatterien (ca. 1200 ArbeiterInnen) gehört. Ein Vorarbeiter (in Vertretung des Meisters) erklärt uns die Schutzvorschriften: Gummistiefel, dicke Handschuhe, Schutzkleidung, Mundschutz, teilweise Helme mit Visieren, teilweise Lärmschutz müssen unbedingt getragen werden. Klingt schon mal verdächtig nach gesundheitsschädlicher Arbeit. In

der Abteilung wird mit Bleiplatten unterschiedlicher Größe und mit Säuren rumgemacht. Der Vorarbeiter achtet genau drauf, nichts, aber auch gar nichts mit bloßen Händen anzupacken. Wir kriegen ein paar Einzelarbeitsplätze vorgeführt, wo Bleiplatten aus einer Maschine laufen, deren Oberfläche geprüft und die dann gestapelt werden müssen. Dann gibt es noch Arbeitsplätze, wo Bleiplatten in Gestelle gepackt werden, die dann durch Säurebäder Anlagen gefahren werden, danach wieder auspacken. Die Luft ist ganz komisch in der Halle, sauwarm, mit Schutzkleidung ist das sicher gar nicht lustig.

Dann geht's zum Meister. Der telefoniert gerade: er weiß nicht, woher er die Leute nehmen soll, ist gerade dabei, ein paar neue Leute einzustellen. Auf einer Tafel sehe ich die Schichtpläne, früh-spät-nacht und den Krankenstand, der bei ungefähr 10 Prozent liegt. Irgendwo eine Tafel, wo groß KVP draufsteht, mehr kann ich aber nicht lesen. Dann wieder die Frage, was wir vorher gemacht haben, die Belehrung, daß hier die Löhne zwar hoch seien (er redet von 23.- bis 24.- DM pro Stunde), es aber um harte Arbeit geht. Kontischicht: Nacht (22-6 Uhr) – Spät (14-22 Uhr) – Früh (6-14 Uhr), jeweils montags bis samstags, dann eine Woche frei, das sind 144 Stunden (3 x 48, also wie 4 x 36), das heißt diese Abteilung läuft von Sonntagabend 22 Uhr bis Samstagabend 22 Uhr durch.

Der Meister schreibt sich unsere Namen auf, dann geht's zurück in's Personalbüro. Dort sitzen immer noch ein paar potentielle Kandidaten rum. Wir müssen einen recht kurzen Personalbogen ausfüllen, sollen unsere Papiere am nächsten Tag vorbeibringen, dann können wir anfangen. Noch nie bin ich in den letzten Jahren so locker in einem Großbetrieb eingestellt worden, auch wenn es nur für knapp sechs Monate ist, wie sich später in meinem Arbeitsvertrag herausstellt.

Grundlohn ist 18.90 DM (das sind 110 Prozent von der Lohngruppe 5), nach ein paar Wochen soll man gut auf 130 Prozent kommen. Dazu kommen die Schichtzuschläge, die Samstagarbeit ist aber ohne Zuschläge, darüber gibt es eine Betriebsvereinbarung.

Bei der IG-Metall sagt man mir später, daß es in den letzten Wochen »Turbulenzen« wegen der Arbeitszeit bei der VARTA gegeben habe: die Vorgesetzten hätten versucht, in Verbindung mit den drei unbezahlten Überstunden pro Woche im ganzen Werk den Samstag zum Regelarbeitstag zu machen, zu einer 48-Stundenwoche überzugehen und die Jahresarbeitszeit zum Maßstab zu machen. »Verrückterweise« sei das Betriebsergebnis in der Abteilung Industriebatterien in den zwei Monaten mit den Überstunden immer noch im Minus, im letzten Jahr wurden dort 60 Mio. DM minus gemacht.

Am nächsten Tag bringe ich meine Papiere. Während der Wartezeit treffe ich einen jungen Türken, dessen Vater 20 Jahre bei der VARTA war, jetzt ist er Ende 40 und kaputt, er streitet vor Gericht um die Höhe der Abfindung, VARTA hatte 30.000 DM geboten! Mein Gegenüber wird in derselben Abteilung arbeiten wie ich, er ist ganz optimistisch, vorher war er über eine Zeitarbeitsfirma in einer Schmiede (13.- DM Stundenlohn), nach zwei Wochen hat er die Brocken geschmissen und den Sklavenhändler fast verprügelt.

Dann geh ich zum Betriebsrat und frage noch mal ganz offiziell nach den unbezahlten Überstunden. Es stellt sich heraus, daß der Betriebsrat das Angebot gemacht hat, nachdem die Geschäftsleitung die Abteilung Industriebatterien schließen wollte. Auf

Grundlage dieses Angebots hat die Geschäftsleitung dann einer Weiterführung der Abteilung und weiteren Investitionen zugestimmt. Danach wurde erst die Belegschaft gefragt, d.h. vor vollendete Tatsachen gestellt. Der Betriebsrat will mich gleich in die IG Metall einschreiben, »weil wir hier zu 100 Prozent organisiert sind«. Ich kann das gerade noch abwehren mit dem Hinweis, ich müßte mir noch überlegen, ob ich in eine Gewerkschaft eintrete, deren Betriebsräte solche Arbeitszeiten aushandeln.

Warum momentan so viele Leute eingestellt werden, weiß ich immer noch nicht, die Frau beim Arbeitsamt meint, VARTA muß einen Auftrag bekommen haben, den sie mit dem normalen Personal nicht bewältigen kann, auch wegen der Urlaubszeit.

Am ersten Arbeitstag vergehen erst mal drei Stunden mit der Verteilung von Sicherheitskleidung (säurebeständige Klamotten, Schuhe etc), Spindzuweisung etc. Wir sind zu sechst: drei Türken, ein Grieche, zwei Deutsche. Alle sind guter Dinge. »So schlimm wird's schon nicht werden.« Dann werden wir getrennt und finden uns an verschiedenen Maschinen wieder. Ich arbeite idiotischerweise ohne Sicht- und Hörkontakt zu irgendjemand an einem Band am Ende einer Anlage, in der Bleiplatten unterschiedlicher Größe nach einem Säurebad getrocknet werden. Ich muß die Platten am Ende abnehmen, den Schrott aussortieren, einige der Plattensorten müssen noch durch eine Stanze, dann lege ich sie in große Kästen. Nebenbei soll ich Stückzahlen notieren, die Kästen wechseln. Ab und zu kommt der Vorarbeiter/Springer und klotzt an der Maschine mit rein, damit ich nicht zu weit hinterherhänge. Ich muß wegen dem Bleistaub mit Maske arbeiten und schwitze wie ein Schwein. Wir sind vorher drauf hingewiesen worden, daß es streng verboten ist, mit Arbeitsklamotten die Kantine zu betreten, wegen dem Bleistaub, der sich beim Essen (!) nicht so gut macht, man muß einen Extrakittel drüberziehen. Nach drei Stunden habe ich eine kurze Pause und treffe einen meiner sechs Bekannten: er ist genauso fertig wie ich, der Optimismus ist verfliegen, ein paar Mal mußte er schon unter die Augendusche, um sich Säurespritzer rauszuwaschen.

Am zweiten Tag geht die Scheiße weiter, die Antreiberei wird härter, ich soll jetzt alles alleine machen. Da passiert es schon mal, daß zwei fertig gepackte Kisten umkippen, obwohl die saumäßig schwer sind, oder daß ich vergesse, die Platten einer ganzen Kiste zu stanzen. Acht Stunden nur Kontakt zum Vorarbeiter, dem Staplerfahrer und dem Typen am Nebenband, der zwar nur 10 Meter entfernt ist, aber wegen dem Lärm kaum ansprechbar ist. In den Pausen sagt der eine türkische Kollege, daß ihm sein Leben wichtiger sei als diese Arbeit, die noch nicht einmal Tiere durchhalten würden. Mir fällt nur krankmachen ein. Wir sind auf jeden Fall beide völlig k.o. Die wenigen Kollegen, die ich auf die Gratis-Überstunden ansprechen kann, sind alle sauer, sehen aber keine Alternative. Einer meint, die VARTA hat uns auch nichts geschenkt, als es ihr gut ging.

Am nächsten Morgen verschlafe ich, lasse mich vom Wetterbericht davon überzeugen, daß die nächsten Tage nicht der VARTA gehören, und gehe zum Arzt. Das Wort »VARTA« mit einer kurzen Beschreibung meiner Abteilung ist gut für eine Woche.

Am Tag danach kommt die Kündigung, per Boten, der durch meine Freundlichkeit an der Wohnungstür sichtlich verwirrt ist. Harter Job. Die Kündigungsfrist beträgt im ersten Monat der Probezeit eine Woche, da hatte die Gewerkschaft mal wieder kräftig gekämpft.

Dann wird es völlig verrückt: Nachdem am Monatsanfang kein Geld auf meinem Konto ist, rufe ich in der Personalabteilung an. Dort wird mir rüde mitgeteilt, ich bekomme wegen »Nichtzustandekommen des Arbeitsverhältnisses« überhaupt keinen Lohn. Zwei Stunden später haben sie einen Brief auf dem Tisch, in dem ich auf die Rechtslage verweise.

Am nächsten Tag lenkt die Personalabteilung ein: gezahlt wird, aber erst Ende des Monats (vorher können sie aus technischen Gründen nicht abrechnen), und die beiden letzten Tage des Arbeitsverhältnisses, an denen ich unentschuldigt gefehlt haben soll, werden nicht bezahlt. Ich erkläre darauf schriftlich, daß ich in der Kündigung aufgefordert worden bin, meine Arbeitskleidung abzugeben und aus dieser Tatsache schließen mußte, daß meine Arbeitskraft nicht mehr erwünscht war.

Meine Chancen auf dieses Geld sind nicht groß: Die IG-Metall verweist mich auf den Betriebsrat, der reagiert wie im Bilderbuch. Da ich bereits nach zwei Arbeitstagen krank geworden bin, will er sich mit solch einem Scheiß nicht beschäftigen, ob ich eigentlich ernsthaft glaubte, daß der Unternehmer was zu verschenken hätte (sagt derselbe Betriebsrat, der dem Unternehmer die Gratisüberstunden verschafft hat). Bei der IGM wiederum heißt es dazu trocken, manche Betriebsräte in Großbetrieben identifizierten sich eben nun einmal sehr heftig mit dem Unternehmen...

PS: Mitte August gab es eine Konferenz der Betriebsräte von Batterieherstellern sowie von IGM-Funktionären. Mehrere Firmen wollten sich nach dem Hagener Beispiel ähnliche Gratisstunden einverleiben: »Andere Batteriehersteller haben VARTA zum Vorbild genommen, um ihre Mitarbeiter fürchterlich unter Druck zu setzen... Diese symbolische Geste (der Gratisüberstunden), die der Belegschaft nicht hoch genug angerechnet werden kann, wurde von den Konkurrenten schamlos ausgenutzt. Deshalb muß VARTA jetzt auch zurück zu den Regeln des Flächentarifvertrages,« so der Sprecher des Wuppertaler IG-Metall-Bezirks. Die VARTA-Betriebsräte wurden aufgefordert, über eine Rücknahme der Überstunden zu verhandeln. Gleichzeitig wurde bekannt, daß der Bereich Industriebatterien der VARTA jetzt in eine eigenständige GmbH unter dem Dach der VARTA AG umgewandelt werden soll.

(N./Hagen)

Arbeitsgericht erlaubt Lohnkürzung

Der Anfang vom Ende des »living wage«?

Rückenwind haben die im Bericht beschriebenen Praktiken vor kurzem von der Justiz erhalten. »In einer Existenzkrise dürfen Firmen nach einem Urteil des Münchner Arbeitsgericht den Bruttolohn ihrer Mitarbeiter bis zu zehn Prozent kürzen und den Betrag bis zum Ende ihrer Finanznöte einbehalten. Eine solche Stundung sei den Beschäftigten aus der Treuepflicht gegenüber ihrem Arbeitgeber sowie aus Solidarität zu den Kollegen durchaus zuzumuten...« Ein Gießler hatte dagegen geklagt, daß die Firma seit Juli 1994 den Lohn für vier Stunden wöchentlich nicht mehr bezahlt hatte. Einige Kollegen hätten freiwillig auf diesen Lohnanteil verzichtet. Für den 44jährigen, der seit 1986 für die Firma arbeitet geht es um 2411 DM einbehaltenen Lohn. »Das Arbeitsgericht war der Auffassung, der Kläger sei wenigstens zur Stundung des Betrags verpflichtet. Die Krise

seiner Firma und die zur Überwindung eingeleiteten Maßnahmen seien Tatsachen. Im übrigen gebe es für den Kläger eine Chance, seinen Arbeitsplatz zu behalten. Ihm stehe es außerdem frei, zu einem zahlungskräftigen Arbeitgeber zu wechseln.« (AZ: ArbG München 12 Ca 15569/94)

Die unternehmerische Floskel von der Wettbewerbsfähigkeit, die für alles erhalten muß, scheint sich auch im Arbeitsrecht rapide auszubreiten. In § 13 des neuen Arbeitszeitgesetzes wird dem Begriff der »Konkurrenzfähigkeit« gegenüber dem Ausland der Rang eines Rechtsbegriffs verliehen. Sollte das Urteil aus München vor den Obergerichten Bestand haben – Berufung ist eingelegt –, dann könnte der Lohn in einer Weise flexibel gemacht werden, wie es bisher nur für die Arbeitszeiten vereinbart wurde: im Boom gibts viel, in der Krise wenig. Das würde einen ganz anderen Bruch der bisherigen Klassenbeziehungen markieren, als es mit der Arbeitszeitflexibilisierung der Fall war. Diese wurde gerade daran gekoppelt, daß der Lohn – also die Reproduktionskosten der Arbeitskraft – weiterhin konstant bleibt. Damit wurde immerhin noch anerkannt, daß der Lohn nur scheinbar die Bezahlung der Arbeit ist, in Wirklichkeit aber die Unterhaltskosten lebendiger Menschen darstellt, die nicht je nach Auftragslage mal viel und mal wenig essen können. (Eine Ausnahme und einen ersten Schritt in die Aufweichung dieses Prinzips stellten allerdings bereits die Tarifverträge zur Beschäftigungssicherung dar, die vorübergehende Arbeitszeitverkürzung mit ebensolchen Lohnkürzungen verbanden.) Diese Anerkennung ist historisch noch nicht so alt, sie wurde erst im Zuge der nachrevolutionären Klassenkämpfe nach dem Ersten Weltkrieg durchgesetzt und hat sich seitdem in vielen arbeitsrechtlichen Bestimmungen niedergeschlagen: der sogenannte »living wage« und die »Starrheit der Löhne nach unten«. Gemeint ist damit, daß der Lohn sich nicht an der jeweiligen Konjunktursituation, sondern an den tatsächlichen Lebensbedürfnissen orientiert, daß daher die Löhne nicht mehr in jeder Krise drastisch absinken, wie es im 19. Jahrhundert der Fall war. Was sich bisher erst in den Forderungen der Unternehmer nach einer größeren Flexibilität der Löhne und im Vorstoß ein paar kleiner Münchner Arbeitsrichter andeutet, wäre daher tatsächlich ein epochaler Bruch in den bisherigen Klassenbeziehungen. (F./Köln)

Eine Neue Fabrik

– damit alles anders wird

Bis 1989 war die Motoren- und Landmaschinenfirma Klöckner-Humboldt-Deutz in Köln mit Terminspekulationen und Fehlinvestitionen großer Kapitalmengen in eine Finanzkrise gemanagt worden. Die Deutsche Bank übernahm die Aktienmehrheit und setzte den bankeigenen Radikalsanierer Neukirchen (danach Hösch, jetzt Metallgesellschaft) zum Vorstandsvorsitzenden ein. Nach eigenen Aussagen war ihm die Neuorganisation der eigenen Fertigung zu kompliziert. Er führte die nach seinen Angaben »schnellste Sanierung der deutschen Industriegeschichte« durch, verlagerte in kürzester Frist die Teile-

fertigung auf Zulieferer in ganz Europa, schloß die eigene Fertigung, verkaufte Zweigfirmen des Konzerns sowie den größten Teil der Immobilien und reduzierte die Belegschaft von 11 000 auf derzeit um die 1 600 Beschäftigte. Danach und mit Hilfe einiger Tricks und Manipulationen wurde in der Bilanz ein Abschluß von ± 0 ausgewiesen. Die Firma war aber auch de facto auf Null gebracht.

In dieser Phase zerbrach die seit dem eigenhändigen Wiederaufbau der Werke, 1945, entwickelte Identifikation der Belegschaft mit der Firma, in welcher der Einfluß der Arbeiter auf die Arbeitsbedingungen vorwiegend nur durch die Manipulationen und Tricks des IGM-Betriebsrats eingeschränkt wurde, der die Absichten der Firmenleitung – nicht ohne materielle Gegenleistungen – umsetzte.

In der Phase der Verlagerungsbeschlüsse gelang es dem Betriebsrat und seinen etablierten Vertrauensleuten noch, den Widerstand zu dämpfen und zu kanalisieren. Bei der Realisierung der Verlagerungen, die auch eine sehr sensible Phase für den Fortgang der Produktion war, brachen dann aber heftige Kämpfe mit zahlreichen Arbeitsniederlegungen und direkten Auseinandersetzungen und Verhandlungen mit großer Dramatik zwischen den Arbeitern und der Firmenleitung aus, in denen die Verlagerungen allerdings nicht mehr verhindert wurden. Als Gegenleistung für den Fortgang der Produktion wurden hohe Abfindungen an die freiwillig Ausscheidenden bezahlt, die Bleibenden sollten einen finanziell und arbeitsmäßig mindestens gleichwertigen Arbeitsplatz innerhalb der Firma erhalten, für auch nur in kleinen Bereichen erforderliche Mehrarbeit mußte die Firma hohe Zulagen für alle Beschäftigten bezahlen, die bis zu 100 Prozent Zuschlag ausmachten. Das alles wurde meistens direkt und öffentlich verhandelt oder es wurden Verhandler mit festgelegten Forderungen in Verhandlungen geschickt und die Ergebnisse wurden durch die betroffene Belegschaft ausdiskutiert und beschlossen oder abgelehnt.

Eine »neue Fabrik« mit »neuen« Arbeitern

Als gewinnbringende Perspektive wurde vom Vorstand für neuentwickelte Motorenmodelle ein neues Werk konzipiert und mit 600 Millionen DM Aufwand gebaut, in dem nur noch montiert wird. Das Projekt Neue Fabrik wurde in größter Eile in Gang gebracht und realisiert, obwohl sich die Krise zumindest der Maschinenbau-Branche aber auch im Baubereich – der größte Teil der KHD-Motoren wird in Baumaschinen eingebaut – abzeichnete und nach Aussagen zuständiger Vorstandsmitglieder die neuentwickelten Motoren wegen ihrer aufwendigen Konstruktion nicht kostendeckend produziert werden konnten. (Die Einbaukunden bzw. ein existierender weltweiter Markt bestimmen die Obergrenzen des Preises.) Neukirchen selbst verabschiedete sich nach drei Jahren, um beim nächsten Sanierungskandidaten für 9 Monate Schmutzarbeit 7 Millionen Prämie einzustecken.

Anlaß für die große Eile war nicht nur die Rekordsucht des Vorstandsvorsitzenden. Man betrachtete – wie in internen Diskussionen geäußert – die Belegschaft als »versaut«, in ihren Forderungen maßlos und realitätsfremd. Sie bot keine Basis mehr für eine Zukunftsperspektive. Eine neue Fabrik mußte her, nicht infiziert vom Bazillus der Renitenz und der Erfahrung eigener Macht.

Die neue Fabrik wurde so konzipiert, daß sie sich technisch, organisatorisch und

personell völlig von der vorherigen abhob. Kein Fließband, kein Schmutzleck, keine Ziegelsteinmauer, nichts durfte an die alte Fabrik erinnern, die mit Begriffen wie veraltet, antiquiert, dreckig, Fließbandarbeit, Schrott, Qualitätsmängel, Gleichgültigkeit, usw. identifiziert wird.

Es war klar, daß es nicht ganz ohne Leute aus der alten Fabrik ging. Es sollten aber so wenig wie möglich sein. »Keine Ausländer« hieß es am Anfang sogar. Alle mußten einen aufwendigen Auslese- und Desinfektionsprozeß durchlaufen, am Ende dessen ein Wesen stehen sollte, das sich voll mit der Firma und dem Produkt identifizierte.

Wer sich für die neue Fabrik bewirbt, muß einen achttündigen Test bei einer speziell dafür engagierten Firma absolvieren. Neben belanglosen Wahrnehmungstests wird vor allem das Verhalten in der Gruppe überprüft. Vierergruppen von Arbeitern sollen unter der Beobachtung von 4 Prüfern verschiedene Themen, wie Urlaubseinteilung u.ä. diskutieren, einen Text, der die Konzeption und Ziele der »Neuen Fabrik« darstellt, inhaltlich wiedergeben und argumentativ vertreten, usw.. Die Prüfung besteht nur, wer in den Augen der Psychologen und anderen Prüfer geeignet ist und sich mit der Konzeption der neuen Fabrik voll identifiziert.

Arbeit in der neuen Fabrik – »gemeinsam die Probleme lösen«

Im Betrieb arbeiten vorwiegend junge Leute mit abgeschlossener Ausbildung. Sie werden mit einem Zeitvertrag von zweimal 9 Monaten (einmal verlängert) eingestellt. Auch die Ausgebildeten aus der eigenen Lehrwerkstatt werden nur mit Zeitvertrag eingestellt. Es gibt auch viele Leiharbeiter. Ihr Anteil betrug schon bis zu 50 Prozent. Beiden Gruppen Leiharbeitern und Zeitarbeitern ist gemeinsam, daß sie auf eine versprochene mögliche Übernahme hoffen. Übernommen werden aber noch nicht mal 5 Prozent von ihnen und Chancen haben sie nur, wenn sie auf Dauer überdurchschnittliche Leistung in Produktion und KVP (Kontinuierlicher Verbesserungs-Prozeß) bringen. Alle sind in die Gruppen integriert, auch die Leiharbeiter.

Diese Gruppen haben einmal wöchentlich Gruppensitzung. Der »Gruppenkoordinator« wird von der Gruppe gewählt. Zur Gruppensitzung kann die Gruppe einladen, wen sie will, Werksleiter, Personalchef, Planer, Techniker, Meister u. a.. Diese kommen (bisher) auch in jedem Fall und betonen, daß sie dafür auch jeden anderen Termin plätzen lassen. Sie verkünden ständig solche Prinzipien wie: »Dein Problem ist auch mein Problem.« Genauso soll es natürlich auch umgekehrt sein, daß die Gruppenarbeiter sich mit allen Problemen der Fabrik identifizieren. Es wird von der »gläsernen Fabrik« geredet, in der alle die Probleme kennen, und jeder dazu beiträgt, sie zu lösen. Der Arbeitsablauf wird intensiv überwacht. Zeitüberschreitungen, Stockungen im Arbeitsprozeß lösen sofort Alarmsignale in der völlig übersichtlichen Halle aus, vom Werksleiter bis zum Meister kommt alles gerannt, um »gemeinsam die Probleme zu beheben«. Alle Vorgesetzten, besonders der Werksleiter entblöden sich auch nicht, demonstrativ mitzuarbeiten und sogar schmutzige Waschbecken zu putzen. Wenn z.B. die vielen Ausfälle des Computersystems kritisiert werden oder etwas anderes, üben sie vor den Gruppen Selbstkritik und versprechen Besserung. Die Meister haben Kreide gefressen und tun so, als ob sie deine besten Freunde wären.

Die Arbeiter sollen soviel wie möglich zum KVP beitragen. Es gibt je nach dem

Umfang der Einsparung hohe Prämien. Auf jede Kritik und jeden Vorschlag der Gruppen wird eingegangen. Aber es werden offensichtlich nur produktionssteigernde Vorschläge umgesetzt. Der hohe Leistungsdruck wird damit begründet, daß es der Firma ja so schlecht geht und man unter dem Druck der Deutschen Bank steht, welche die monatlichen Produktionsziffern angeblich selbst kontrolliert, weswegen man diese jeden Monat erreichen oder übertreffen muß. (Der äußere identitätsstiftende Feind.) Im Vergleich mit der alten Fabrik ist man die Elite, die keinen Murks macht, wo nicht Späne, Schrauben und Zigarettenkippen in die Motoren miteingebaut werden, wie so oft in der alten Fabrik. Das ganze viele Reden und Denken kreist nur um die Themen technischer und organisatorischer Problemlösungen und Produktivitätssteigerung.

Die Produktionsziffern werden immer weiter gesteigert; es gibt keine feste Obergrenze, da ja ein kontinuierlicher »Verbesserungs«-prozeß stattfindet. Zunächst hat man die Arbeitszeit so flexibel wie möglich gehandhabt, d. h. die Arbeiter hat man nach Bedarf arbeiten lassen, bis zu 10 Stunden pro Schicht. Überstunden wurden nicht bezahlt und sollten mit Freizeit verrechnet werden. Auch wenn »das System zusammenbrach«, d.h. die gesamte Produktionssteuerung nicht mehr funktionierte und nicht mehr montiert werden konnte, sollten die Arbeiter Freizeit nehmen und nach Hause gehen.

Arbeitszeit nach Bedarf der Firma

Im Mai 1995 wurde mit dem Betriebsrat eine wöchentliche Arbeitszeit von 98 Stunden vereinbart. Das bedeutet jede Schicht 9 Stunden Arbeitszeit und eine halbe Stunde Pause. Die erste Schicht von 6 bis 15.30 Uhr, die zweite Schicht von 16.30 bis 2 Uhr. Die erste Schicht arbeitet samstags noch 8 Stunden. Der Samstag wurde dadurch zum Regelarbeitsstag. In der Zwischenstunde zwischen den Schichten soll die Frühschicht unter Umständen eine Stunde länger arbeiten, wenn das Schichtpensum wegen Störungen nicht erreicht wurde. Ebenso soll am Ende der Spätschicht verfahren werden. Diese zehnte Stunde der beiden Schichten kann die Firma voll flexibel handhaben. Diese Pufferzeit entspricht ähnlichen Modellen in der japanischen Automobilindustrie. Man weiß also nie, wann man genau Feierabend hat. Bisher gab es in der Produktion häufig Unterbrechungen. Nach einer Zehn-Stunden-Schicht ohne technische Störungen ist man völlig kaputt, sagen die Arbeiter. Ein Drei-Schicht-Betrieb, der von Arbeitern vorgeschlagen wurde, wurde abgelehnt. Dafür wären zusätzliche technische Investitionen erforderlich; die induktionsgesteuerten Montagewagen müssen in der Nacht drei bis vier Stunden aufgeladen werden. Die Flexibilität im Personaleinsatz würde dadurch auch reduziert.

Eigentlich gibt es gar keine feste Regelungen mehr. Man läßt die Leute drauflosarbeiten und läßt sie und die Planer herausfinden, wie man immer noch mehr produzieren kann. Regelungen, die Grenzen setzen, gibt es nicht mehr. Auch diese hochflexible Arbeitszeitregelung, von der bisher die deutschen Automobilfirmen nur träumen können, ist nur insoweit vorhanden, als der Betriebsrat sich darauf beruft. Im Wortlaut kennt sie niemand. (Es ist in der Firma oft so, daß außer dem Betriebsrats-Vorsitzenden kein anderer, nicht einmal Betriebsräte vor der Abstimmung die zu beschließende Vereinbarung zu sehen bekommen.) Das Prinzip, nach dem verfahren wird, besteht darin, nichts zu regulieren, sondern so flexibel wie möglich zu bleiben. Erst wenn Konflikte

aufzutreten, werden Regelungen eingeführt oder man beruft sich dann auf Regelungen, um den erreichten Flexibilitäts- und Leistungsstandard abzusichern. Die besten Regeln sind für die Firma die, die man nicht braucht oder gegen die man unbeanstandet verstoßen kann.

Wie reagieren die Arbeiter darauf?

Viele junge Leute, die nicht festeingestellt sind, gehen angesichts dieser Belastungen schnell wieder. Aber andere von den Leiharbeitern und Zeitvertragsarbeitern wollen übernommen werden, weil es wenig Alternativen gibt.

Am KVP haben sich die Gruppenarbeiter ausgiebig beteiligt. Fast alle haben Vorschläge gemacht. Oft waren es Vorschläge, die die eigene Arbeitssituation verbesserten, aber auch die Arbeit effektivierten und Leute einsparten. Mittlerweile sind viele vorsichtiger geworden. Es gibt auch Diskussionen unter den Leuten, bei Verbesserungsvorschlägen Arbeitsintensivierung zu vermeiden. Die zunehmende Steigerung der Arbeitsbelastung ist ein zentrales Thema, ebenso die Arbeitszeit. Entstandene Konflikte um Arbeitszeit/Freizeit hat der Betriebsrat mit der Betriebsvereinbarung zur 98-Stunden-Woche erstmal beendet.

Bei den bisher entstandenen Konflikten zeigen sich unterschiedliche Verhaltensweisen. Die Argumentation junger ArbeiterInnen ohne Erfahrung aus der alten Fabrik dreht sich bei Konflikten um die Optimierung bzw. Störung von Abläufen, negative Einflüsse von Belastungen auf Qualität usw.. Eine Montagearbeiterin, die bei einer Auseinandersetzung im Montagebereich Wortführerin war, wurde wenig später zur Meisterin in diesem Bereich gemacht. Die Kritik der Jungen läßt sich noch problemlos in die Werksideologie integrieren und verwerten.

Die ausgewählten Arbeiter, die aus der alten Fabrik stammen, betrachten sich zwar auch als Elite, aber bei ihnen tauchen viel stärker Forderungen nach Regelungen und Festlegung der Grenzen der Anforderungen auf und die Erfahrung, daß man diese Grenzen selbst durchsetzen muß.

Anzumerken bleibt noch, daß dieser Zukunftsladen von KHD wie vorhergesagt, der Firma noch keine Mark eingebracht hat. Daß die Verluste dieses Projekts die Firma in den Beinahe-Konkurs getrieben haben, der von der Deutschen Bank wieder aufgefangen wurde. Ein identitätsstiftendes Moment mehr, daß die Arbeiter der neuen Fabrik noch mehr Einsatz zeigen sollen.

Gesagt wird ihnen nicht, daß den Verlusten der Neuen Fabrik regelmäßige Gewinne der alten Fabrik gegenüberstehen, wo die alten Motoren in rückläufiger Stückzahl mit reduziertem Streß und in relativ entspanntem Klima noch produziert werden. Kämpfe wird es dort bald aber wieder geben. Denn die Firma behauptet keine Abfindungen und Vorruhestandsregelungen mehr bezahlen zu können.

(D./Köln)

Busfahrerstreik in Esbjerg/Dänemark

Seit nunmehr sieben Monaten kämpfen die Busfahrer von Esbjerg an der dänischen Westküste gegen die Konsequenzen der Privatisierung des Transportunternehmens Ri-Bus: Lohnkürzungen und schlechtere Arbeitsbedingungen. Mithilfe von Streikbrechern gelingt es aber Ri-Bus, etliche Busse rollen zu lassen. Das ist nur möglich, weil die Polizei mit Hunden jeden Morgen die Streikblockade durchbricht.

Dieser Streik ist die erste größere Arbeiteraktion in Dänemark seit dem Esbjerg Hafenarbeiterstreik 1983 und dem Generalstreik 1985. Einer der streikenden Busfahrer meinte: »Wir sind endlich wieder aufgewacht.«

Der folgende Bericht stammt von einem Hamburger Drucker, der Mitte Juli dort war, um die streikenden Busfahrer zu besuchen. Dort war vom 10.-22. Juli ein Sommerlager. Demnächst soll in Hamburg eine Veranstaltung zum Streik stattfinden, zu der Busfahrer aus Esbjerg anreisen werden.

Über die Kontakte, die noch aus der Zeit stammen, als wir die dänischen Drucker von »Berlinske Tidende« unterstützten und vor der Buchbinderei Schacht in Ahrensburg LKW's blockierten, die Streikbrecherarbeit abholen sollten, waren wir, Mitglieder der IG Medien, ins Sommerlager der städtischen Busfahrer von Esbjerg eingeladen, die seit über einem halben Jahr ihren Betrieb bestreiken. Im »Arbeitskreis Kleinbetriebe« wurde die Sache angesprochen und sieben Kollegen entschlossen sich, spontan übers Wochenende mit zwei Wagen nach Esbjerg zu fahren, das ist von Hamburg nicht allzu weit.

Zur Vorgeschichte des Konflikts: nachdem die Konservativen in Esbjergs Stadtparlament die Mehrheit errangen, wurde der städtische Busdienst Ribus von Esbjerg privatisiert. 85 Busfahrer waren davon betroffen. Ursprünglich hatte der Ribus-Unternehmer zugesagt, die alten Vertragsbedingungen zu übernehmen. Dann wollte er die Kohle, die er für den Verkauf des Betriebes hinblättern mußte, möglichst schnell wiederhaben und strich sofort Vergünstigungen, die die Kollegen vorher beim Staat hatten und kürzte Löhne. Im Schnitt machte das für jeden Kollegen ca. 1000 DM weniger im Monat aus und sie traten in den Streik. Der Unternehmer gab nicht nach, stellte ein Ultimatum, umgehend die Arbeit wiederaufzunehmen, andernfalls müßten sie sich als fristlos entlassen betrachten. Nach dänischem Gesetzen war der Streik illegal und der Unternehmer im Recht. Die Kollegen blieben hart und seitdem betreibt Ribus einen kleinen Teil des Busverkehrs mit 25 Streikbrechern.

Das Zeltlager befindet sich 20 km außerhalb von Esbjerg auf einer Wiese, die die Pfadfinder den Streikenden aus Solidarität zur Verfügung gestellt haben. Wir hatten Mühe, abends um 22 Uhr die Wiese zu finden, aber der Kampf der Busfahrer ist hier so populär, daß uns die erstbesten Leute, die wir fragten, sofort den Weg zeigen konnten. Am Abend spielte sich nicht mehr viel ab, einmal weil wir uns erst kennenlernen mußten, zum andern weil wir nach der Arbeit gleich gestartet sind, und wer schon einmal im Urlaubsverkehr nach Dänemark gefahren ist, der weiß, wie nervig das ist. Die Kollegen fragten nun, ob wir am nächsten Morgen mit zur Blockade wollten, das bedeutet Wecken um 4.30 Uhr. Na klar, deswegen sind wir ja hier. Also Zelte aufgebaut und ab

in die Falle.

Morgens hoch, innerhalb einer halben Stunde sitzen 50 Leute im Bus, den sich die Kollegen geliehen haben. Auf Schleichwegen fahren wir in die Nähe des Busdepots. Es liegt am Stadtrand gegenüber einer Reihenhaussiedlung. Über ein paar Grundstücke gelangen wir zur Ausfahrt aus dem Depot und stellen uns in einer Kette davor. Wir stehen nicht lange, die Polizei rückt mit Hunden an, damit haben wir noch keine Erfahrung. Wir verstehen auch die Kommandos der dänischen Polizei nicht, jedenfalls erscheint unser Rückzug einem Polizisten zu langsam, er gibt seinem Hund Leine und plötzlich steht einer von uns in der Unterhose, weil ihm der Hund die Hose zerfetzt hat. Die dänischen Kollegen trösten ihn: »Hast Glück gehabt, neulich haben sie einem von uns mit 32 Stichen im Krankenhaus das Bein nähen müssen.« Wir werden auf die andere Straßenseite gejagt und stehen Auge in Auge mit den Bullen. Anwohner aus den Reihenhäusern verstärken unsere Reihen. Dann brettern die gelben Busse (die sind tatsächlich gelb) aus dem Depot und fahren unter lautem Schimpfen der Streikenden und obszönen Fingerzeigen in die Stadt. Später am Abend wiederholt sich das Ritual. Und das nun seit mehr als 200 Tagen.

Was sind das für Fahrer, denen es wenig ausmacht, durch ein Spalier wütender Kollegen von Polizei an den Arbeitsplatz gebracht zu werden? Zum Teil sind es Leute aus der rechten Szene, zum Teil arme Schweine, die zuletzt ihr Geld vom Sozialamt bekamen.

Etwas später im Streikzelt auf dem Grundstück eines Kollegen fragen wir nach der Perspektive dieser Aktion. Sie setzen darauf, daß dem Staat der Polizeieinsatz auf die Dauer zu teuer kommt und er deshalb Druck auf den Unternehmer ausüben wird, damit der bereit ist, sich mit den Kollegen an einen Tisch zu setzen. Bisher lehnt Ribus das ab. Der Polizeieinsatz hat bisher 6 Mio. Kronen (= 1,6 Mio. DM) gekostet. Es müssen ständig relativ viel Polizisten vor Ort sein, weil sie nie wissen, mit wieviel Blockierern sie rechnen müssen, mit 50 wie heute oder 200, wenn sie von solidarischen Kollegen aus Kopenhagen oder anderen Städten unterstützt werden. Es werden keine Polizisten aus Esbjerg eingesetzt, die Stadt ist klein, da kennt man sich zu gut. Es wird zunehmend schwer, Polizisten in anderen Städten für diesen Job zu rekrutieren. Wenn es dann heißt: wir brauchen ein paar Leute für Esbjerg, werden plötzlich viele krank. In Oslo haben Polizisten gestreikt wegen des brutalen Vorgehens der dänischen Polizei. In Norwegen wird der Konflikt mit großem Interesse verfolgt. Die Regierung plant ähnliche Privatisierungen wie in Dänemark. Um ihren Unmut über diese Pläne kundzutun und die Busfahrer zu unterstützen, waren bereits häufiger norwegische Kollegen in Esbjerg. Die Bevölkerung von Esbjerg steht zum Großteil auf der Seite der Streikenden. Das zeigt sich unter anderem daran, daß viel weniger Fahrgäste sich von Ribus befördern lassen als vor dem Streik. Die Stadt gleicht dem Busunternehmen die Verluste aus.

Am 20. April traten aus Solidarität mit den Busfahrern 200 000 Arbeiter aus ganz Dänemark in einen Generalstreik: Busse, Fähren, Flughäfen und Eisenbahnen wurden bestreikt, aber auch Brauereiarbeiter, Drucker und andere beteiligten sich.

Wir sind am Abend zum Fest im Sommerlager eingeladen. Im wesentlichen sind es die Familien der Streikenden, etwa 150 Menschen zwischen zwei und 65 Jahren. Die Streikenden wissen, es ist wichtig, die Familien mit in den Kampf einzubeziehen; der Vereinzelte geht kaputt, steht die Sache nicht durch. Streikende können nicht verreisen,

müssen sparsam mit ihren Mitteln umgehen; deshalb dieses Zeltlager, die Kinder sind begeistert. Die Lieder der internationalen Arbeiterbewegung würden wir gerne mitsingen, wir kennen aber die Texte nicht. Der Gewerkschaftsvorsitzende ist auch auf dem Fest; er hält sich etwas im Hintergrund. Er hat früher bereits in der Öffentlichkeit seine Sympathie für die Streikenden geäußert und wurde daraufhin vom Gericht zu einer empfindlichen Geldstrafe verknackt. Warum sollen wir dem Ribus auch noch unsere Gewerkschaftsbeiträge in den Rachen stopfen. Die Kollegen sind sichtlich gerührt, als wir ihnen 500 DM vom Ortsverein Hamburg übergeben.

Auch am Sonntag wird blockiert, auch wenn es wie heute aus Kübeln gießt. Ein schwacher Trost: auch die Polizisten werden naß. Die sind entsprechend gereizt. Einer läßt seinen Hund von der Leine, der dann einen Blockierer verfolgt. Der flüchtet durch die Vorgärten in eine Wohnung, die dem Polizisten versperrt wird. Herrchen muß draußen bleiben. Als wir später am Vormittag Abschied nehmen, um nach Hamburg zurückzufahren, scheiden wir wie Freunde, obwohl wir uns erst seit einem Tag kennen. Es tut gut, Arbeiter zu erleben, deren Moral auch nach 200 Tagen nicht gebrochen werden konnte, in einer Gesellschaft, die von Entsolidarisierung geprägt ist. Die Kollegen boten uns an, nach Hamburg zu kommen, wenn wir es schaffen, deutsche Kollegen für ihr Problem, das auch unseres ist, zu interessieren.

Aktueller Nachtrag (25.8.)

Der Kampf spitzt sich derzeit zu. Die Polizei hat jetzt mit härteren Maßnahmen begonnen, um die Aktionen der Busfahrer zu kriminalisieren. Zwei Vertrauensleute und zwei Vertreter des Streikkomitees wurden für vier Wochen in Haft genommen unter der Beschuldigung, Sachbeschädigungen organisiert zu haben – sie sollen u.a. den PKW eines Streikbrechers demoliert haben, was wohl schon öfter vorgekommen ist. Ein 21-jähriger Unterstützer des Streikkomitees hat sich inzwischen als Bullenspitzel erwiesen. Bei der Aktion gegen das Streikbrecherauto wußte die Polizei vorher Bescheid und lag auf der Lauer. Er betätigt sich jetzt als Sprachrohr der Polizei und erzählt z.B. daß mit den gesammelten Streikgeldern Sabotageaktionen finanziert würden. In diesem Klima wurden bei mehreren Hausdurchsuchungen umgerechnet 130.000 DM Spendengelder beschlagnahmt, von denen die streikenden Busfahrer leben müssen. Sie versuchen wirklich alles, um den Streik zu brechen.

Auf Initiative der norwegischen Busfahrgewerkschaft soll jetzt am 1./2. September in Esbjerg ein internationaler Aktionstag stattfinden. Delegationen aus Norwegen, Britannien und Deutschland haben sich angekündigt. Aus Hamburg werden auch einige Leute hinfahren, so daß wir im nächsten Zirkular weiter darüber berichten können.

Das Programm beginnt am Freitag früh um 5.00 Uhr mit der Streikkette am Busdepot. Den Tag über ist dann eine Reihe anderer Aktivitäten geplant. Auch der Sonnabend beginnt wieder mit einer morgendlichen Streikkette, von der die Busfahrer hoffen, daß sie stark genug ist, um die Polizei von einem Durchbruchversuch abzuhalten.

**Solidaritätskomitee in Esbjerg:
Barakken, Fynsgade 57, DK-6700 Esbjerg.
Tel.:0045-75 45 69 03 / 0045-75 45 69 04.
Fax: 0045-75 45 69 05.**

Panama:

Generalstreik gegen »neoliberale« Regierungspolitik

Gegen die Modernisierungspolitik der Regierung haben die ArbeiterInnen in Panama Anfang August zehn Tage lang einen Generalstreik organisiert. Ausgegangen waren die Proteste von den Bau- und Bananen-ArbeiterInnen. In der hiesigen Presse waren über diese militanten Auseinandersetzungen nur kleine Meldungen zu finden. Direkte Informationen haben wir leider auch nicht bekommen. Da aber den meisten von uns zu Panama nicht viel mehr einfallen wird als die Stichworte Noriega-Drogen-US-Invasion, haben wir aus Internet-Nachrichten ein paar Informationen zu dem Streik und seinen Hintergründen zusammengestellt.

Anläßlich der Parlamentsdebatte über einen Gesetzentwurf zur Arbeitsrechtsreform haben die Bauarbeitergewerkschaft SUNTRACS und 49 weitere »Dissidenten«-Gewerkschaften am 4. August zu einem unbefristeten Generalstreik aufgerufen. Als Antiaufruhrereinheiten die Streikenden auf dem Weg ins Stadtzentrum mit Tränengas und Schrotkugeln angreifen, kommt es zu Straßenschlachten. Vier Menschen sterben an diesem Tag durch Schußverletzungen und durch Überfahren. Auch am nächsten Tag gehen die Straßenblockaden und Demonstrationen zum Parlament weiter. Die Streikenden haben die Sympathie der Bevölkerung. Nach Umfragen der Medien hält die Mehrheit die Proteste der ArbeiterInnen für berechtigt. An diesen beiden ersten Streiktagen werden mehr als 100 Menschen verletzt und etwa 300 festgenommen.

Die Festgenommenen werden in Schnellverfahren, ohne regulären Prozeß, kollektiv zu 20 Tagen Arrest verurteilt. Die Regierung schließt die Schulen der Hauptstadt und die Staats-Universität. Am vierten Streiktag kommt es wieder zu Chaos und Auseinandersetzungen in der Hauptstadt, wo Studenten Barrikaden bauen, Streikposten Straßen blockieren und Menschenrechtsvereinigungen die Freilassung der Verhafteten fordern. Der Streik produziert täglich 10-15 Millionen Dollar Verlust. Bananen und Bau machen mehr als 15 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus.

Am sechsten Tag des Streiks schließen sich auch die Gewerkschaftsdachverbände, die sich bisher in einer trilateralen Kommission an Verhandlungen über die Arbeitsrechtsreform beteiligt haben, dem Streik an. Damit befinden sich 150 000 ArbeiterInnen im Streik, und das Land ist praktisch lahmgelegt.

Nach 10 Tagen wird der Streik, der einer der gewalttätigsten der letzten fünf Jahre war, von den 49 Gewerkschaften, die ihn ausgerufen haben, für beendet erklärt – nicht als Rückzug, sondern »um eine weitere Etappe der Widerstandsbewegung gegen das Wirtschaftsprogramm von Präsident Ernesto Perez Balladares zu beginnen«.

Gegen die Modernisierung

Der umstrittene Gesetzentwurf zum Arbeitsrecht ist Teil eines Paketes, mit dem Präsident Balladares (im Amt seit September 1994) das Land modernisieren und »in den Prozeß der Globalisierung der Wirtschaft integrieren« will. Dazu gehört bereits ein Gesetz über die Privatisierung von Staatsbetrieben und Änderungen im Steuersystem.

Die Privatisierung der Sozialversicherung ist geplant. Durch Flexibilisierung und Streichung von Garantien im Arbeitsrecht sollen Investitionen angezogen und Arbeitsplätze geschaffen werden. In dem Gesetzentwurf geht es u.a. um Mobilität: Die Weigerung, sich an einen anderen Arbeitsplatz versetzen zu lassen, soll als Kündigungsgrund eingeführt werden. Bei Neueinstellungen soll es Probezeiten geben. Die Abfindungen bei Entlassungen sollen um 25 Prozent gekürzt, Senioritätsprämien gestrichen und bezahlte Feiertage abgeschafft werden.

Dieses Modernisierungsprogramm trifft mit einem Wirtschaftsrückgang zusammen, der nach fünf Jahren Wachstum unerwartet kommt. Außerdem steigt der Unmut darüber, daß diese neue Regierung nichts von ihren Wahlversprechen über den Abbau von Arbeitslosigkeit und Armut erfüllt.

In Panama lebt die Hälfte der 2,5 Millionen EinwohnerInnen in Armut. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 30 Prozent. Fast eine Viertel Million Familien leben in unhygienischen oder gefährlichen Wohnverhältnissen. Immer wieder sterben Menschen bei Hauseinstürzen oder bei Feuer in den alten Holzhäusern. Nach einer Erhebung des Gesundheitsministeriums sind 19,7 Prozent der Kinder unter fünf Jahren unterernährt. Wegen dem Hunger ist die Quote der Schulversager hoch. Zwei Prozent der 6-11 jährigen verlassen die Schule, um sich als Bettler, Räuber, Drogenhändler oder mit informeller Arbeit durchzuschlagen.

Das Ende des Sozialpakts

Die 140 000 gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen in Panama waren bisher je nach politischer Richtung in fünf verschiedenen Dachverbänden organisiert. Diese Dachverbände hatten 10 Monate lang in einer trilateralen Kommission über die Arbeitsrechtsreform verhandelt und waren bei 72 der 90 Punkte zu einer Einigung gekommen.

Diejenigen Gewerkschaften, die gegen die Verhandlungen waren und sich nicht daran beteiligt haben – die »Dissidenten« – hatten bereits im Mai zu einem eintägigen Generalstreik aufgerufen, der große Resonanz gefunden hatte. Dieser Streik traf zeitlich mit Aktionen von Händlern der Freihandelszone von Colon gegen das neue Steuergesetz zusammen. Sie marschierten am Tag nach dem Streik gemeinsam mit ihren Beschäftigten in die 80 km entfernte Hauptstadt, um die Rücknahme des Gesetzentwurfs zu fordern. Die sozialen Spannungen, die das Modernisierungsprogramm auslöst, wurden hier bereits sichtbar.

Anfang August organisieren die Dissidenten-Gewerkschaften, die etwa ein Drittel der organisierten ArbeiterInnen repräsentieren, unter Führung der Bau- und Bananearbeiter Straßenproteste gegen das Arbeitsgesetz und drohen mit dem unbefristeten Generalstreik. Auch die Gewerkschaften, die verhandelt hatten, rufen am Folgetag zu Protesten auf. Sie sind mit Veränderungen, die Abgeordnete an dem trilateralen Abkommen vornehmen wollen, nicht einverstanden. Gänzlich ungehalten werden sie, als Parlamentarier, nachdem das Gesetz als Paket abgestimmt worden war, noch einmal anfangen, einzelne Punkte zu verändern – ohne die Gewerkschaften einzubeziehen. Dies gibt schließlich den Ausschlag, daß auch sie sich am Generalstreik der Dissidenten beteiligen. Die Politik von Sozialpakt und »nationaler Versöhnung«, die die Regierung seit ihrer Amtsübernahme verfolgt hat, ist damit gescheitert. Die »Dissidenten« planen jetzt

nach ihren Aktionen eine Neugründung: Sie wollen dem Gewerkschaftspanorama in Panama einen sechsten Dachverband hinzufügen...

Weitere Konflikte in der Region

Die ArbeiterInnen der **Bananenplantagen** in Panama haben nicht nur wegen dem neuen Arbeitsgesetz Grund zum Kämpfen. Die Bananenproduktion ist mit einem Anteil von 40 Prozent am Export und 16 000 Beschäftigten einer der wichtigsten Wirtschaftssektoren im Land. Er wird fast vollständig von dem US-Multi Chiquita Brands kontrolliert. Die Firma betreibt in Puerto Armuelles am Pazifik und in der Karibikprovinz Bocas del Toro ca. 10 000 Hektar Plantagen. Seit die EU 1993 eine Einfuhrquote aus Lateinamerika und Sonderzölle eingeführt hat, ist der Export drastisch zurückgegangen. Dies bekommen sowohl die Kleinproduzenten zu spüren, denen Chiquita Brands die Preise noch weiter gedrückt hat, als auch die ArbeiterInnen der Plantagen. 5000 ArbeiterInnen aus Puerto Armuelles haben im Juni mit Streik gedroht, weil Chiquita 30 Punkte aus dem Tarifvertrag nicht erfüllt. Allerdings wird befürchtet, daß der Multi bei Konflikten den Betrieb einfach schließen könnte. Beispiele aus anderen Ländern gibt es dafür genug. Zur Zeit schließt die Firma gerade in **Honduras** vier Plantagen nach einem langen Streik gegen ihre Tochterfirma Tela Railroad Co. Dadurch verlieren 800 Familien Wohnung und Einkommen.

(Die 460 BewohnerInnen der betroffenen Ortschaft Tacamiche in Honduras wollen sich das nicht gefallen lassen. Sie zweifeln das Eigentum der Firma an den Ländereien an, und fordern zu internationalen Solidaritätsanrufen auf: Phone Chiquita Brands 513-784-8000).

Ein anderer Konfliktpunkt in Panama sind die **US-Basen**, auf denen 5100 Panamaer beschäftigt sind. Laut den Kanalverträgen sollen sie bis Ende 1999 geschlossen werden. 800 panamaische ArbeiterInnen sollen schon im Lauf dieses Jahres entlassen werden. Ihre Übernahme in den Öffentlichen Dienst hat Präsident Balladares ausgeschlossen: Die Entlassenen könnten doch leicht im Privatsektor Arbeit finden. Auch Arbeiter der Base Workers Union, Local 907, die zum AFL-CIO gehören, sind von Entlassungen betroffen. Ihr Vorsitzender soll gekündigt werden, nachdem die Gewerkschaft den Vertrag mit einer Zeitarbeitsfirma kritisiert hatte, durch den Festangestellte in schlechter bezahlte Jobs gedrückt und der Stundenlohn auf der Base auf 2.90 \$ reduziert werden. Der Mindestlohn für Jobs außerhalb der Bases liegt in Panama bei 90 cents pro Stunde.

Einige freigewordene Militärgelände sind von Leuten besetzt worden, die sich dort Häuser und eine Subsistenzwirtschaft aufbauen. Eine solche Siedlung von 350 Menschen, »El Toro« bei Arraijan, sollte im Juni geräumt werden, nachdem die BesetzerInnen ein angebotenes Ersatzgelände wegen der Entfernung und fehlenden Infrastruktur abgelehnt hatten. Die Räumung konnte durch Proteste verhindert werden. Um weiteren Besetzungen zuvorzukommen, führen US-Militär und Panama-Polizei jetzt gemeinsame Patrouillen durch.

Auch die LehrerInnen haben im Juni mit Streik wegen einem Bildungsgesetz gedroht, das die Besitzer der Privatschulen, wo 20 Prozent der SchülerInnen unterrichtet werden, ablehnen. Die Lehrgewerkschaft mit 35 000 Mitgliedern hat letztes Jahr

wegen Lohnfragen 37 Tage lang gestreikt.

Im Nachbarland **Costa Rica** haben 50 000 **LehrerInnen** dieses Jahr von Mitte Juli bis Mitte August gegen ein Gesetz gestreikt, das ihre Rentenansprüche reduziert. Während des Streiks haben am 6. und 7. August Großdemonstrationen gegen einen neoliberalen Pakt der beiden großen politischen Parteien stattgefunden. Die Demonstration am 7. August, die ebenfalls von der Polizei angegriffen wurde, war mit mehr als 100 000 TeilnehmerInnen der größte Protest in Costa Rica seit 25 Jahren.

In Panama sind schließlich noch die Konflikte mit verschiedenen Gruppen von **Indigenas** zu erwähnen. Die Ngobe-Bugle haben Anfang Mai mit 600 Leuten die Minen in Cerro Pelado blockiert. Sie fordern Autonomie für ein Gebiet von 11 000 Quadratkilometern, wo 150 000 Ngobe-Bugle leben. Für die Ausbeutung einer Kupfermine in Cerro Colorado, die die Regierung plant, müßten 30 000 Indigenas, die dort leben, umgesiedelt werden. Die Ngobe-Bugle drohen mit der Ausweitung des Konfliktes auf andere Ethnien im Land, wenn sich die Regierung nicht mit ihnen einigt.

Die Kuna haben bereits ein Autonomie-Gebiet auf dem San-Blas-Archipel, und fordern dasselbe Recht für weitere 3000 Leute von ihnen in Alto Bayamo. Die Embera an der Grenze zu Kolumbien berufen sich auf ein Gesetz von 1986, das ihnen Autonomie über ein Waldgebiet in Darien zugesteht. Die von den Indigenas geforderten Gebiete sind reich an Gold, Silber und anderen Mineralien. Die Regierung sieht in diesen Bodenschätzen eine Möglichkeit, das Wirtschaftsdefizit auszugleichen. Versuche, sich gegen die Indigenas mit Gewalt durchzusetzen, könnten sie allerdings teuer zu stehen kommen: Die Kuna haben ihre Autonomie in den 20er Jahren mit einem sieben Jahre langen Guerrillakrieg erkämpft.

(J./Köln)

Mexiko

Hinter dem sozialen Niedergang und dem Niedergang der Umwelt in Chiapas steckt

ÖI

Übersetzt aus dem Englischen. Das wiederum aus dem Spanischen.

Brought to you by Harry and the Net. (B./hh)

Ein im kleinen Rahmen am 24.5.95 gehaltenes Referat des Jesuiten Mardonio Morales, der seit über 30 Jahren »mit dem indigenen Tzeltal-Volk arbeitet« [sprich wohl: es missioniert]. Als Artikel am 5.6.95 in Proceso erschienen.

Die innere Situation in Chiapas läßt sich schwer diskutieren, denn die Zusammenhänge sind ziemlich verwickelt. Seit dem zweiten Dialogversuch in San Andres ist klar geworden, daß die Auseinandersetzung zwischen den beiden Seiten den Charakter eines *low intensity conflict* trägt. Es geht um große Interessen. Auf der einen Seite um das bloße Überleben der indigenen Gemeinschaften nicht nur Chiapas, sondern im ganzen Land, auf der anderen um die unbeschränkte Kontrolle der Rohstoffe, auf denen der Wirtschafts-Neoliberalismus beruht, an dem wir ersticken und der weitreichende internatio-

nale Verzweigungen hat.

Ich wollte eigentlich nur Zeit mit den Tzeltal-Gemeinschaften in den Gemeinden von Sitala und in Teilen von Ocosingo verbringen, die zur Mission von San Bachajon gehören. Dabei wurde ich Zeuge des Wachstums und der Entwicklung dieser Kräfte, die einander jetzt in einem Todeskampf gegenüberstehen.

Ich werde mich auf einen wichtigen Faktor konzentrieren, der m.E. ein leitendes Prinzip der Staatsregierung darstellt und ihr gegenwärtiges Verhalten erklären kann, das uns sehr stumpf und engstirnig vorkommt. Dieser Faktor ist Öl. Ich werde darüber sprechen, was ich gesehen habe. Dies ist ein Zeugnis, keine technische Untersuchung. Ich werde folgenden Schritten folgen: Entdeckung von Öl, Holzgewinnung, Besiedlung; »Verringerung«, Infrastruktur (Straßen, Wasser, Elektrizität), Ölerschließung und -gewinnung.

1. Die Entdeckung von Öl

Anfang 1964 bereiste ich zum ersten Mal die Ebene von Bachajon in der Gemeinde Chilon, die damals völlig wild und sehr dünn besiedelt war. Ich erreichte die Sacun-Schlucht und dort, an einem Bach, der in den Sacunil-Fluß mündet, in Cubwits, fand ich eine einbetonierte bronzene Pemex-Plakette, die das Jahr 1961 angab. Als ich aus der Schlucht hinunterkam, sagte man mir in Alan Sacun, daß es dort auch Pemex-Plaketten gab. Das war der erste Hinweis, der mir aufstieß. Schon 1961 war in den entlegensten Teilen des Dschungels eindeutig Öl gefunden worden.

Außerdem fand ich an den Hauptstraßen, die den Dschungel vom niedrigsten Teil bei Palenque bis Ocosingo durchziehen, Markierungen mit roter Farbe alle 100 Meter an den Felsen und an Baumstümpfen entlang der Fahrbahn. Dort stand EP und jeweils eine Zahl. Meine Reisegefährten erzählten mir, daß »Ingenieure« gelegentlich vorbeikämen und diese Messungen vornähmen.

In den darauffolgenden Jahren sah ich auf meinen verschiedenen Arbeitsreisen, wie diese Messungen auf alle Straßen und Fußpfade ausgedehnt wurden. Im höchsten Gebirge, bei Coquilteel oberhalb von Chichi, sah ich, wie in der heißen Jahreszeit Teer aus den Ritzen in den Felsen quoll. Meine Reisegefährten bemerkten, man finde Teer vielerorts leicht. Früher habe man ihn für bestimmte Medizinen benutzt.

In Laufe der Jahre stellte ich fest, daß die Pemex-Ingenieure ihre Aktivitäten vielfältigten. Sie sagten mir tatsächlich, wo die meisten Öllagerstätten gefunden worden waren, etwa in Jetha und entlang der Ufer des Paxilha-Flusses. Während der Präsidentschaft von Lopez Portillo, zur Zeit des Ölbooms, wurde über diese Funde in Jetha im Fernsehen berichtet.

2. Holzgewinnung

Gleichzeitig mit diesen Erschließungsarbeiten war die Gewinnung von Mahagony und anderen wertvollen Hart- und Weichhölzern schon seit den 50er Jahren intensiviert worden. Dahinter steckten Ausländer, die die Sägemühle in Chacala benutzten und nur dem Namen nach als mexikanische Gesellschaften auftraten.

Die Regierung hatte ihnen zugestanden, daß sie alles Holz im Abstand von 500 Metern von jeder Straße und jedem Weg nehmen durften, den sie anlegten. Natürlich nahmen sie sich alles, was sie wollten. Vorher war der Dschungel wirklich beeindruck-

kend gewesen. Zu Anfang konnte ich tagelang im Schatten gehen, ohne jemals den Himmel oder die Landschaft zu sehen; alles war grün.

Sobald die Holzgewinnung auf Hochtouren lief, begann der Siedlungsprozeß. Daher mußte die Holzgesellschaft eine Beziehung mit den neuen Mitgliedern der ejidos, den ejidatarios, aufbauen. Daraus entstand eine seltsame Partnerschaft. Da die ejidatarios überhaupt kein technisches Wissen oder Berater besaßen, war es zu ihrem Vorteil, wenn die Bäume von dem Land abgeholzt wurden, das die Regierung ihnen angeboten hatte, um Mais zu pflanzen. Außerdem waren die Pfade, die die Holzgesellschaft anlegte, sehr nützlich für den inneren Verkehr der ejidatarios.

Mit modernen Maschinen und den riesigen Sägemühle in Chacala ging die Zerstörung des Dschungels in riesigen Schritten voran, verstärkt vom traditionellen Hack- und Brandrodungssystem, mit dem die übrigen, wirtschaftlich uninteressanten Bäume auf den ejidos erledigt wurden.

Ich sah also über zehn Jahre lang, wie die Plünderung voranschritt. Von 1968 bis 1978 wurde der Pfad vom Tulilha-Gebiet bis zum Pico de Oro-Gebiet vorangetrieben. Er war gut 200 km lang. Vor 15 Tagen nahm mich ein riesiger Lkw aus Mazatlan mit, der Mahagony aus Pico de Oro holen sollte. Trotz all der vielen formellen Beschwerden von Seiten von Institutionen und Einzelpersonen bei der öffentlichen Meinung und Regierungsbeamten, ist der Zerstörungsprozeß immer weitergegangen.

Die Erklärung ist einfach: die bestehenden Holzressourcen werden genutzt, und gleichzeitig wird das Land für die nächste Phase vorbereitet: die Erschließung und Förderung von Erdöl.

3. Besiedlung

Anfang der 60er Jahre öffnete die Regierung die »nationalen Ländereien« für Campesino- und indigene Gruppen aus dem Hochland und sogar für Campesinos, die anderswo herkamen, etwa aus Veracruz, Puebla und Guerrero. Waldspezialisten kritisierten diese Öffnung des Dschungels für die Landwirtschaft scharf. Der Dschungel ist kein Boden zum Pflanzen, sondern für Wälder. Dieses Argument wurde nie beachtet. Stattdessen wurde dieses für Landwirtschaft schlecht geeignete Land verantwortungslos hunderten von ejidos übergeben.

Der strategische Grund ist jetzt klar: Auf der einen Seite bestand Bedarf an billiger Arbeitskraft, auf der anderen die Notwendigkeit, den Boden endgültig für die Ölerschließung und -förderung vorzubereiten. Billige Arbeitskraft war notwendig im Sinne von Menschen, die sich kontrollieren ließen, die mit allem einverstanden waren, was kam. Deshalb gab es keine Planung, wie die Siedlungen, die sie bildeten, organisiert werden sollten. Es war eine soziologische Zeitbombe.

Jede Siedlung besteht aus indigenen Menschen und Campesinos verschiedener Herkunft, die hungrig und auf der Suche nach Boden kamen. Zuerst hielt sie eine gemeinsame Notwendigkeit zusammen; dann tauchten langsam verschiedene Interessen, Bräuche und Bedürfnisse auf. Es ist äußerst schwierig, sie zu organisieren, und immer ist jemand bereit, den Interessen der Mächtigen zu dienen. Genau das braucht die Regierung: desorganisierte, kontrollierbare Menschen. Zusätzlich kamen seit 1975 mehrere Wellen von Gruppen aus Sekten, die eine große Behinderung jedes Organisierungsver-

solches darstellen.

4. Verringerung (cattlization)

Der nächste Schritt bei der völligen und endgültigen Zerstörung des Dschungels bestand darin, die ejidos, die sich dem Maisanbau widmeten, dazu zu bringen, stattdessen Rinder zu züchten. Dazu boten die offiziellen und inoffiziellen Banken Mitte der 60er Jahre leichte Kredite und alle technische Beratung, die man sich wünschen konnte. Hier bot das Ministerium für Agrarreform, das die ejodatarios jahrelang erbarmungslos ausgebeutet hatte, tatsächlich großzügige Beratung an, damit so viele ejodatarios wie möglich zur Rinderzucht übergangen.

Diejenigen, die in den ersten vier oder fünf Jahren in dieses Geschäft einstiegen, wurden reiche Rinderrancher. Daraufhin strömten auch diejenigen, die die Rinderzucht nicht angezogen hatte, zu den Banken und nahmen Kredite auf.

Aber diese zweite Phase ging für die ejidatarios nach hinten los. Der Kredit war eine Falle, und tausende von Menschen landeten mit überfälligen Krediten fest im Würgegriff der Banken. Jetzt war das Ziel erreicht: Wer heute den Lacandonischen Dschungel sehen will, findet nur das riesige Lacandonische Rinderweideland. Man muß sich nur neuere Luftaufnahmen der mexikanisch-guatemalteckischen Grenze am Usumantinta-Fluß ansehen. Gegen den guatemalteckischen Dschungel zieht Mexiko eine kahle Linie auf der anderen Flußseite.

5. Infrastruktur

Für die Ölförderung ist natürlich eine große Infrastruktur nötig: Straßen, Strom, Wasser, eine Bevölkerung, die die billige Arbeitskraft stellt, Lebensmittelversorgungszentren, Städte, aus denen sich Orte machen lassen, an denen man Techniker und Facharbeiter konzentrieren kann. Ich habe gesehen, wie die ersten Straßen angefangen wurden und wie das Verkehrsnetz im Laufe weniger Jahre um ein Vielfaches gewachsen ist.

Man ist immer wieder überrascht, wie unglaubliche Straßen gebaut werden, während andere Regionen, die einen Anschluß wirklich brauchen, isoliert bleiben. Wo immer Petroleos Mexicano den Zauberstab hebt, tauchen riesige Maschinen auf und lassen mühselige Fußwege auf der Stelle verschwinden. So waren zum Beispiel alle überrascht über die Straße, die in Chichi bei Bachajon gebaut wurde, und den Bau der riesigen Brücke, die den Fluß überquert und in die Region führen sollte, wo ich den Teer direkt auf der Erdoberfläche gesehen hatte.

Das Überraschendste dabei war, daß, sobald die Brücke fertig war, die Bauarbeiten abrupt unterbrochen und nicht wieder aufgenommen wurden. Warum? Natürlich bekam niemand irgendeine Erklärung. Bald darauf erfuhren wir, daß die Maschinen ans andere Ende des Dschungels, nach Pico de Oro gebracht worden waren, wo sie im Grenzgebiet zu Guatemala angefangen hatten, nach Öl zu bohren.

Wie sehr sich die Regierung auch bemühen mag, diesen Straßenbau als Sozialprogramm darzustellen, durch das Öl läßt er sich ganz anders erklären. Straßen, die gebaut und liegengelassen werden, bis sie offiziell genutzt werden, verfallen und gehen kaputt, bis die Ölindustrie sie braucht.

Um Trinkwasser hatten die Gemeinden jahrelang gekämpft. Während meiner ersten 15 Jahre hier wurde ständig nach einer externen Finanzierung für Wasserleitun-

gen gesucht; die Gemeinden selbst wollten die Arbeiten machen, weil der Staat nicht auf unsere Forderungen reagierte. Dann hatten die Siedlungen wie von Zauberhand plötzlich Trinkwasser.

Die Lagerhäuser von Conasupo sind strategisch gelegen, um die ganze Ölregion schnell und effizient zu versorgen. Um zu sehen, ob das in der Los-Altos-Region geschieht, muß man sich nur die Berichte derjenigen ansehen, die ins Kampfgebiet gegangen sind, um die Sozialprogramme der Regierung zu vergleichen. Hier im Dschungel Umweltzerstörung und Manipulation der örtlichen Bevölkerung; dort Vernachlässigung, Hunger und Krankheit.

Bemerkenswert ist das Elektrizitätsnetz, das im Laufe von zehn Jahren flächendeckend in der ganzen Region aufgebaut wurde. Das ist zweifellos das klarste Zeichen für die Eile, mit der die nötige Infrastruktur für eine schnelle und effiziente Ölforderung aufgebaut wird.

Wir waren alle überrascht, wie gut es geklappt hat, das Telefon in die Ölregion zu bringen. Für diejenigen von uns, die seit Jahren für die grundlegendsten Dienstleistungen kämpfen, ist die Strategie der Regierung in der Region ganz klar. Die Reform des Artikels 27 der Verfassung ist eine logische Erklärung und zeigt, was uns als nächstes bevorsteht.

6. Ölerschließung

Vor ungefähr sechs Jahren sahen wir an den Straßenrändern der Hauptstraßen im Flachland zum ersten Mal provisorische Lager von Arbeitern, die ursprünglich Campesinos gewesen waren. Diese Lager gehörten einer ausländische Gesellschaft, die für Pemex mit der Ölerschließung angingen. Die Lager wurden schnell mehr, und ich fand sie an den Straßen.

Es ist bewundernswert: Sie haben gerade Linien gezogen, die von einer Siedlung im Flachland bis zur Stadt Ocosingo reichten. Der Pfad war einen Meter breit, lief über Berge, durch Schluchten und Täler und machte vor keinem Hindernis halt. Das führte zu tödlichen Unfällen unter den Arbeitern, hauptsächlich Indianern, von denen natürlich nie jemand hörte.

Alle 20 Meter gruben sie ein Bohrloch, machten eine Sprengung mit Dynamit und sammelten die Informationen mit Geräten, die die Arbeiter tage- und monatelang auf dem Rücken trugen, bis sie Ocosingo erreichten. So markierten sie das Dschungel-Territorium. Natürlich fragten sie nie um Erlaubnis, wenn sie ejidos oder privaten Besitz betraten. Die Sprengungen führten zum Verlust vieler Wasserquellen; an der Quelle des Tutilha-Flusses töteten sie alle Fische und verschmutzten den gesamten, gut 80 Kilometer langen Bewässerungskanal, was ernste Probleme für die ejidos, durch die der Fluß führte, nach sich zog. Die Proteste, Beschwerden und Forderungen dieser Chol- und Tzeltal-ejidos stießen auf taube Ohren. An den Straßen wurde die Bodenbeschaffenheit gemessen.

Mitten in diese intensiven Aktivitäten kam der 1. Januar 1994 und damit die abrupte Unterbrechung aller Erschließungsaktivitäten. Vor 15 Tagen, nach dem Treffen in San Andres, tauchten diese Lager wieder an der Hauptstraße bei Chancala auf.

7. Ölförderung

In der Gegend, wo ich unterwegs bin, habe ich noch keine Bohrlöcher gesehen. Aber als ich mit dem Bus durch San Miguel nach Ocosingo fuhr, sah ich Bohrtürme und Straßen, die zu weiteren Bohrtürmen führten. Und wir wußten, daß viel in der Pico de Oro-Region geschehen war. Natürlich ist es jetzt alles zum Stillstand gekommen. Es gibt einen Grund, warum bei uns überall die Armee ist, obwohl wir weit weg vom Kampfgebiet sind.

Ich glaube, mein Zeugnis über das, was ich von 1964 bis heute gesehen habe, und die Entdeckung des Zusammenhangs zwischen Öl, Holz, Besiedlung, Verringerung und Infrastruktur erklärt die unnachgiebige Haltung der Regierung.

Wie soll sich je ein Abkommen erzielen lassen, das den indigenen Menschen ihr autonomes Territorium sichert, wenn sie Öl und Bodenschätze suchen? Wie soll es ein Abkommen über die Respektierung der Würde der indigenen Menschen geben, solange sie als Arbeitstiere betrachtet werden?

Als Schlußfolgerung möchte ich das Bild durch zwei weitere Gedanken vervollständigen.

Erstens: Wir alle wollen Frieden und glauben, daß es Selbstmord wäre, gegen die von ausländischen imperialen Mächten unterstützte Armee und Regierung in den Krieg zu ziehen. Wir alle wissen, daß der Reichtum der Wenigen, die sich unter neoliberalen Slogan organisieren und sich auf die Streitkräfte stützen, auf dem Krieg gegen indigene Menschen, der Umweltzerstörung, der Knechtung ganzer Völker, auf Hunger, Krankheit und vorzeitigem Tod beruht.

Wir wissen, daß das nichts Neues ist, daß es schon immer so war. Deshalb hat das ¡Ya Basta! des 1. Januar 1994 bei uns allen Widerhall gefunden. Diese letzten anderthalb Jahre haben unsere Überzeugung nur bestärkt und bewiesen, daß dies kein lokales Problem ist, sondern zur Struktur des Systems gehört, unter dem wir alle gleichermaßen leiden.

Es ist ganz klar eine gesamt nationale Frage. Die Forderung nach Demokratie und einer strukturellen Veränderung, die den Slogan »alles für alle« wahr macht, durchdringt das nationale Bewußtsein.

Zweitens: Warum in Chiapas und nicht in Veracruz oder Tabasco? Die Ölförderung in Tamaulipas, Veracruz, Tabasco, Campeche hat Urwälder zerstört, Städte zerrissen, die blühende Ökologie der südöstliche Golfküste vernichtet. Warum haben wir das ¡Ya Basta! in Chiapas gehört?

Die Antwort hat mit dem tiefgehenden Haß des Systems auf die Diözese San Cristobal und Don Samuel zu tun: 35 Jahre bewußtseinsschaffender Evangelisierung; 35 Jahre Engagement für die Ausgebeuteten, Ignorierten, Verachteten, Enteigneten; 35 Jahre Suche nach Wegen nach vorn ohne Angst davor, einen Fehler zu machen, im ständigen Versuch, diejenigen zu konvertieren, die das System marginalisiert hat; 35 Jahre evangelischer Praxis auf der Suche nach Würde und Respekt für diese jahrtausendealten Völker.

Der beste Beweis für diese Treue zu den Unterdrückten sind die wüsten Verleumdungen und irrationalen Beschimpfungen, die ihm entgegenschlagen. ■

Bauarbeit – was tut sich?

Während in der Politik Sommerpause herrschte, hatten Razzien auf den Baustellen und der Streik um die weitere Regulierung des Bausektors in der BRD Hochkonjunktur. Im Streit um eine Entsenderichtlinie konterte die SPD auf Blüms Gesetzesentwurf mit einem eigenen Entwurf, der eine weitgehendere Abschottung der Arbeitsmärkte vorsieht. In der Presseerklärung dazu gestand sie offen ein, daß es ihr nicht um einen machbaren Vorschlag, sondern um die propagandistische Wirkung gehe (frei nach dem Motto: Wir tun was für die deutsche Arbeiterklasse!). Im Kapitallager mußte der Vorkämpfer für eine Entsenderichtlinie, der Handwerkspräsident Heribert Späth die Schlappe einstecken, daß ausgerechnet auf einer seiner Baustellen »illegal« Beschäftigte aufgegriffen wurden. Die Verbände waren von der Regierung aufgefordert worden, bis zum 30. August zu dem Gesetzesentwurf Stellung zu nehmen. Einiges deutet darauf hin, daß es auch nach der Sommerpause nicht so schnell zu einer Verabschiedung und Umsetzung des Vorhabens kommen wird. Die Exportwirtschaft mauert sowieso und wahrscheinlich ist auch dem Baukapital die Diskussion um die Entsenderichtlinie viel wichtiger als diese selbst. Denn auch ihm kommen die Billiglohnarbeiter aus dem Ausland gar nicht so ungelegen.

Es geht nicht nur um die Löhne, sondern auch um die »Leistungsbereitschaft«. Die IG BSE verweist bei ihrem Trommeln für eine Abschottung der Arbeitsmärkte und ihrer Vertretung der Interessen »deutscher Bauarbeiter« gegen die übrigen ständig auf die besonders hohe Qualifikation und Wertarbeit des »deutschen Bauarbeiters« im Vergleich zu dem »Pfuscher«, den die Ausländer liefern. Die Unternehmer sehen das anders. Ein Bauchef einer in Konkurs gegangenen Firma aus Bautzen: *»Als ich einmal mit englischen und portugiesischen Subunternehmern gearbeitet habe, wurde mir erst klar, was ein Bauarbeiter so alles leisten kann.«* (*Wirtschaftswoche*, 24.8.95) Die Pleitewelle von Baufirmen im Osten sei nicht nur auf die Billiglohnkonkurrenz zurückzuführen, sondern liege auch an eigenen Managementfehlern und der fehlenden Leistungsbereitschaft der hiesigen Bauarbeiter. Hinter der ganzen Debatte um eine Entsenderichtlinie und den rassistischen Sprüche der Gewerkschaft über »deutsche Wertarbeit« steckt eine deutliche Botschaft an die hiesigen Bauarbeiter: Wir möchten Euch ja gerne schützen, aber dann müßt ihr endlich wieder richtig arbeiten!

Im folgenden haben wir aus dem Material und der Diskussion zu Razzien und Bauarbeit drei Sachen herausgegriffen: Der Bericht und das Flugblatt zu einer Demonstration der IG BSE in Berlin im Juni (der eigentlich schon ins Zirkular Nr. 16 sollte); einen Bericht über die Veranstaltung in Mannheim und die dort vorgetragenen Thesen; ein Beispiel aus den USA, wie die Razzien der Öffentlichkeit als Kampf für die Menschlichkeit präsentiert werden. Und auf der Rückseite dieses Zirkulars das nach wie vor aktuelle Plakat mit Bestelladresse – sofort anfordern und kleben!

IG Bau-Steine-Erden mobilisiert – für mehr Razzien?

Für Freitag, den 16. Juni, hatte die IG BSE zu einer Großdemonstration in Berlin aufgerufen: *»Bauarbeiterdemo: 1. gegen Lohn- und Sozialdumping, 2. gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort, 3. für eine europäische Entsenderichtlinie, 4. für das ganzjährige Einkommen.«*

Der IG BSE-Sprecher auf der Kundgebung schätzte auf 6000 Teilnehmer, die Bullen verbesserten auf 8000 – herangekart aus den ganzen neuen Bundesländern. Vom Eindruck her waren es 2-3000. Die Demo ging durch das Brandenburger Tor zur Stadtmitte, die eine einzige Riesenbaustelle ist, wo keine Straße mehr durchgängig zu befahren ist, wo nachts alles tot ist und morgens Bauarbeiter die Szene beherrschen. Die Kollegen haben die Einladung zur Demo nach Hause geschickt bekommen: *»... Die baupolitische Öffentlichkeit aus ganz Europa wird an diesem Tag ihre Aufmerksamkeit auf Berlin richten. Jeder Arbeitgeber sollte sich an diesem Tag freinehmen und seinem Arbeitgeber gegenüber erklären, daß er bereit ist, die ausgefallenen Stunden an einem anderen Tag nachzuarbeiten. Er nimmt damit sein im Grundgesetz zugesichertes Demonstrationsrecht wahr.«*

Auf der Demo gab es kein Flug, nur Sticker: *Kein Tarif - kein Auftrag!* Anlaß der Demo war der Kongreß des Verbandes der Europäischen Bauwirtschaft (FIEC), der an diesem Tag im Schauspielhaus am Gendarmenmarkt feierlich eröffnet wurde. Die Teilnehmer wurden um 9 Uhr in Bussen angekart, die Zugänge zum Schauspielhaus wurden massiv von Bullen kontrolliert. Diesen Kongreß nahm die BSE zum Anlaß für ihre Demo. Außerdem war das Datum passend: Der erste Redner begrüßte ausdrücklich die Veteranen des 17. Juni, die vor 42 Jahren für die Sache der Baubeschäftigten eingetreten seien. Sie sollen demnächst auch ein würdiges Denkmal kriegen.

Ziel der Veranstaltung war, die Forderung nach einer europäischen Entsenderichtlinie (*»Gleicher Lohn für gleiche Arbeit auf jeder Baustelle vom ersten Tag an«*) an die Politiker zu richten. Der Hauptredner von der BSE betonte ausdrücklich, daß die Gewerkschaft heute **nicht gegen die Arbeitgeber** der Bauwirtschaft demonstriert, sondern daß der Verband der Europäischen Bauwirtschaft und die BSE sich in diesem Punkt einig seien, nur die Politik wolle einfach nicht in diesem Sinne entscheiden. In allen Reden wurde dieses korporative Bündnis gelobt, das zum Wohle aller gedeihen könne - wenn die Politiker nur mitmachen würden. Untermalt von populären Sprüchen: Wir sind für Europa, unsere Väter haben aufeinander geschossen, wir reden miteinander, aber Europa darf nicht auf dem Rücken der Baubeschäftigten aufgebaut werden.

Gefordert wurde eine massive Kontrolle, um illegale Beschäftigung aufzudecken. Begrüßt wurde deshalb der Aufbau einer 150 Mann starken Sondereinheit in Berlin, die als Pilotprojekt für die Ausweitung der Kontrollen und Razzien durch die Arbeitsämter überall eingerichtet wird. Außerdem wurde gefordert, daß die öffentliche Hand nur Aufträge vergeben dürfe, wenn Tariflöhne gezahlt werden. Nachdem das Schlechtwettergeld nun abgeschafft ist, wird ein ganzjährig gesichertes Einkommen gefordert - wie das finanziert werden soll, wurde nicht erklärt.

Hauptlinie der Rede: Gegen Sozialdumping und gegen die Pleiten der einheimischen Betriebe. Wir sind nicht ausländerfeindlich. Wir haben in den 60er und 70er

Jahren zusammen mit Italienern, Spaniern und Türken gearbeitet – aber zu Tarifröhnen. Wir sind nicht gegen die illegalen Arbeiter, sondern gegen die Schlepper und Geschäftemacher. In Berlin-Brandenburg gibt es im Baubereich 27 000 Arbeitslose und 9000 Kurzarbeiter. Dem stehen etwa 40-50 000 illegal Beschäftigte gegenüber.

Kein einziges Wort über die Konsequenzen der Razzien für die erwischten Bauarbeiter, kein Wort über Abschiebung. Nur die einfache Rechnung, daß Portugiesen hier für 10 Mark arbeiten können, weil sie in Portugal ein Haus haben. Berliner Bauarbeiter könnten von 10 Mark allerdings nicht leben. (Daß viele deutsche Bauarbeiter Löhne weit unter Tarif kriegen, wurde einfach verschwiegen. Neuestes Beispiel: ein Bauhelfer aus dem Land Brandenburg, der über einen Sklavenhändler auf dem Bau arbeitet, bekommt DM 9,- brutto.)

Um der Aufforderung der Gewerkschaft nach mehr Kontrolle, mehr Arbeitsamt-bullen und damit auch mehr Jagd auf alle »Illegalen« etwas entgegenzutreten, wurde das folgende Flugblatt auf der Demo verteilt. Reaktionen der anwesenden Bauarbeiter? »*Wer den Titel ›Gegen Schwarzarbeit?‹ las, zeigte sich interessiert; wer die Unterschrift ›Gegen Razzien!‹ sah, fragte mich oft ›Wieso gegen Razzien?‹ Dann hab ich kurz erklärt, daß die Razzien unsere Löhne und Bedingungen kaputtmachen, dann gab es meist ein Nicken. ... Auf jeden Fall gibt es großen Diskussionsbedarf und -bereitschaft. Meine Eindrücke von der Weise, wie die Bauarbeiter die Reden, hauptsächlich vom stellvertretenden Vorsitzenden der BSE, Laux, aufnahmen: Haue für die Politiker in Bonn kam immer gut an, aber besonders laut wurde es vor allem beim Thema Schlechtwettergeld!«*

■

Flugblatt:

Gegen Schwarzarbeit?

Der Staat sagt: »Schwarzarbeit bedroht Euch, tun wir was dagegen!« Aber es war der BRD-Staat, der seit den 80ern insgesamt über eine Million Kollegen aus Osteuropa über Staatsverträge zu Billiglöhnen geholt hat. Und das unter Bedingungen von Abhängigkeit, die sicherstellten, daß jede Arbeiteraktion der sogenannten »Werkvertragsarbeitnehmer« für höhere Löhne und bessere Bedingungen zur sofortigen Heimreise führen konnte. Das heißt nur deswegen nicht »Schwarzarbeit«, weil es der Staat organisiert.

Nach der »Wende« wurde ein großer Teil des Arbeitsmarkts für Bauarbeiter in der BRD »dereguliert«. Die Löhne insgesamt wurden gedrückt, das Schlechtwettergeld wurde abgeschafft, die Arbeitslosigkeit stieg bei gleichzeitiger Zunahme von Schwarzarbeit und Überstunden. Auch da hat der Staat mächtig die Finger drin:

Mit dem EG-Binnenmarkt wird ein riesiger Arbeitsmarkt geschaffen, was dazu führt, daß Kollegen aus westeuropäischen Niedriglohnregionen (England, Irland, Portugal usw.) hier Arbeit suchen und finden. Auch ge-

gen sie finden Razzien statt. Bei den Briten und Iren wegen »Scheinselbstständigkeit«, bei den Portugiesen, weil sie von ihren Agenturen oft nicht angemeldet werden, also wegen »Schwarzarbeit«.

Militärische Absicherung der Grenze zu Osteuropa: Viele Einwanderer und Arbeitssuchende ertrinken nachts in der Oder oder werden festgenommen und abgeschoben. Die, die durchkommen und Arbeit finden, werden oft zu Verbrechern gestempelt und müssen täglich mit Razzia, Festnahme, Knast und Abschiebung rechnen. Dabei verlieren sie dann nebenbei die ausstehenden Löhne. Ist es ein Zufall, daß Razzien oft drei Tage vor Ende des Baustelleneinsatzes stattfinden?

Senkung der Leistungen von Arbeitsamt und Sozialamt: Massenentlassungen und das Runterfahren der Sozialleistungen führten dazu, daß viele auf den Bau gehen. Die meisten der bei Razzien Erwischten sind Arbeitslose, die sich was dazuverdienen. Warum müssen sie das?

Vergabe der öffentlichen Bauaufträge: Zur Senkung der Baukosten vergibt die Öffentliche Hand Aufträge am liebsten an Firmen, von denen bekannt ist, daß sie den Großteil der Arbeiten auslagern an Subunternehmer, bei denen sie »nicht kontrollieren können«, wen die wie beschäftigen und wie viele Stunden diese Kollegen in der Woche arbeiten müssen. Dagegen empfiehlt man dann die Ausweitung der Razzien. Die staatlichen Maßnahmen machen die Einwanderer rechtlos. Die Rechtlosigkeit der Kollegen plus verstärkte Auftragsvergabe an Subunternehmer auf dem Bau führen dazu, daß es für uns kaum noch tariflich und rechtlich abgesicherte Jobs gibt, weil es »genügend Leute gibt, die billiger sind«. Und warum sind sie billiger? Weil ihre Löhne künstlich niedrig gehalten werden, u.a. durch die Razzien. Wenn es auf der Baustelle Zoff gibt, braucht der Unternehmer nur die Bullen zu rufen, dann ist Ruhe. Und wir gewöhnen uns daran, die Bullen auf der Baustelle zu sehen. Wir gewöhnen uns an Abschiebeknäste, also daran, daß Arbeiter eingesperrt werden können, weil sie gearbeitet haben!? Daß es zwei Arten Menschen gibt, die mit und die ohne Papiere?

Uns reicht's! Wir brauchen bessere Bedingungen und mehr Geld!

Wir wollen Kollegen aus dem Ausland an unserer Seite, die sich frei bewegen und kämpfen können!

Schluß mit den Razzien!

Schluß mit der Kriminalisierung unserer Kollegen!

Gemeinsamer Kampf für weniger Streß und mehr Lohn!

Gegen Razzien!

»Razziaveranstaltung«

in Mannheim am 10. August

Bericht:

Trotz Urlaubszeit und Hitze fanden sich etwa zwölf Leute ein (ohne wildcats) und es stellte sich heraus, daß die Plakatiererei nicht umsonst gewesen war. Zumindest ein junger Mann hatte das Plakat auf der Baustelle gesehen, auf der er als Zimmermann arbeitet.

Begonnen wurde mit dem Video. Zunächst 20 Minuten aus dem Film über die Machenschaften des »Caritasunternehmers« aus Kaiserslautern, der mit den üblichen Methoden Bauarbeiter abzockt. Dann der Film von Jauchs »Stern TV«. Die dort erwähnten »befreiten Arbeitsklaven« gaben das Stichwort für das Referat (s.u.), das in vertretbarer Länge den bisherigen Stand unserer Debatte zu Razzien, Entsenderichtlinie und Klassenkampf zusammenfasste. Direkt danach wurde kurz und bündig der Vorschlag vorgestellt, gegen diese Razzien und für eine Organisierung der ArbeiterInnen eine Kampagne auf die Beine zu stellen, deren Eckpunkte etwa so skizziert wurden:

- keine Sozialarbeit
- Bezug auf die Kämpfe, Zirkulation der Informationen
- Aufbau einer »Infrastruktur« (Technik, Übersetzungsdienste, Kontaktadressen...)
- »Propaganda« gegen die Razzien, den Razzien die Legitimation entziehen (»den Jauchs, den Journalisten...ihr gutes Gewissen nehmen...«).

Dann Stühle rücken, Kreis bilden und die Diskussion sollte beginnen. Und sie begann. Ich weiß nicht, ob es auch an dem ersten Film gelegen hat, der viel lokale Informationen und Bilder aus dem Raum Mannheim/Ludwigshafen enthielt, auf jeden Fall war die Debatte gleich mittendrin, direkt bei der Kampagne, also bei den Dingen, die getan werden können oder müssen (Nachfragen ob schon Kontaktadressen und Übersetzungsmöglichkeiten organisiert sind). Keine Diskussionen darüber, wie denn die Wildcat auf Bauarbeiter komme, keine Debatten über die »Ausrichtung« der Kampagne (z.B. Antirassismus, es war zwar ein Beitrag vorbereitet, der sich gegebenenfalls diesem Thema explizit widmen sollte, aber der war dann gar nicht gefragt. Klassenkampf – was sonst, so erschien mir die Stimmung). Daß die Razzien sich gegen die ArbeiterInnen richten, schien auch allen Anwesenden klar zu sein, die Argumentation in dem Referat wurde angenommen.

Welche Rolle und Funktion solch einen Kampagne haben kann, daß war Hauptpunkt der Diskussion. Wie können (sprachliche) Barrieren überwunden werden, an welchen Auseinandersetzungen kann angesetzt werden. Ich hatte bald das Gefühl, daß zumindest eine Handvoll Leute da sind, die sich an einer Kampagne beteiligen wollen. Schwierig ist es nur einmal geworden, als einige wohl vor ihrem eigenen Mut zurückschreckten, dann plötzlich ein Haufen Probleme aufgeworfen wurden, die eine Kampagne mit sich bringen würde. Mutmaßungen wurden dann angestellt, um was es den ArbeiterInnen in erster Linie gehen würde (Geld), darüber, daß illegale ArbeiterInnen schlecht kämpfen können und die anderen es nicht tun. Aber der Bogen zu konkreten Abmachungen wurde gefunden, als nochmal gesagt wurde, daß es natürlich nicht darum geht, jetzt mit Flugblättern auf Baustellen aufzutauchen, auf denen steht, daß die Arbei-

terInnen alle kämpfen müssen. Ein erster Schritt soll nun eine breite Plakataktion auf der größten Baustelle in der Umgebung sein. Problematisiert wurde noch die (unge-nügende) Größe der Gruppe, die sich das vornehmen soll. Ob es nicht besser wäre, die Veranstaltung zu wiederholen, um noch mehr Leute zu erreichen. Aber die meisten sprachen sich für erste konkrete Schritte aus, ein nächstes Treffen wurde abgemacht.

Natürlich muß sich erst noch zeigen, wieviele Leute dann wirklich auf das zweite Treffen kommen, ob es dann zu konkreten ersten Schritten kommt. Aber die Veranstaltung hat gezeigt, daß wir mit unseren bisherigen Ausführungen zum Thema durchaus richtig liegen, daß es möglich ist, die Kampagne vorzuschlagen und auch Leute zu finden, die mitmachen wollen. Mir hat die Veranstaltung gut gefallen und Auftrieb gegeben...

(M./Freiburg)

Referat zur Veranstaltung Gegen Razzien

Zwei der in der Kölner Textilbude »befreiten Arbeitssklaven« wurden festgenommen und in Abschiebehaft genommen. Über eine Großrazzia im Neubaugebiet »Im Rott« (zwischen Käfertal und Vogelstang) berichtet der Mannheimer Morgen. 150 Vertreter der Staatsmacht (20 vom Arbeitsamt, 30 vom Zoll, 100 Bullen) überprüften 170 Arbeiter, von denen 43 keine Arbeitserlaubnis hatten. »Erhebliche Bußgelder«, so der MM, wurden gegen zwei Firmen verhängt: einmal 2000 und einmal 7000 DM. 13 Arbeiter wurden ausgewiesen. Insgesamt war die Baustelle »relativ sauber«, so der Leiter der Aktion. 1994 lag das durchschnittliche Bußgeld für Unternehmer bei »Arbeit ohne Arbeitserlaubnis« bei ca. 3500 DM (gesetzliche Obergrenze 100.000 DM).

Razzien finden auch in anderen Bereichen statt: Ende März war eine bundesweite Razzia in Gaststätten. Im Herbst werden wir sie in der Landwirtschaft erleben. Der wichtigste, weil größte, Bereich ist das Baugewerbe.

Dort gibt es auch die vielfältigste Mischung von Arbeits- und Ausbeutungsverhältnissen. Vom noch garantierten deutschen Facharbeiter bis zu völlig rechtlosen Leuten ohne Aufenthaltsgenehmigung. Dazwischen Arbeiter aus Irland und England, die als Selbstständige auf eigenes Risiko arbeiten und oft nicht schlecht verdienen (wenn sie das Geld denn kriegen!), es gibt Kontingentwerksverträgler aus dem Osten und Beschäftigte von griechischen oder portugiesischen Firmen. Dazwischen, vor allem im Bau-nebengewerbe, SchwarzarbeiterInnen. Das alles organisiert in oft völlig undurchschaubaren Sub-, Sub-, Subunternehmerketten. Die sich oft in Luft auflösen, wenn es um die Auszahlung von Löhnen geht. Daneben, besser gesagt mittendrin noch Schutzgeld- und Schleppermafia, die vor allem bei den untersten Schichten abzockt. Auf den ersten Blick also Zustände, die so etwas wie den Traum des Kapitals in den 90er Jahren darstellen.

Ich will jetzt kurz 4 Thesen vorstellen und begründen, die wir für die Diskussion zentral halten, die aber nicht alle Aspekte des Themas abdecken.

Die 4 Thesen sind:

- 1. Razzien dienen der Aufrechterhaltung der Ausbeutungs-Verhältnisse, nicht ihrer Bekämpfung.**
- 2. Die Razzien und andere staatlichen Maßnahmen (wie die »Entsenderichtlinie«)**

sind Teil eines direkten Angriffs auf alle Beschäftigten der betroffenen Bereiche.

3. Sie sind, wenigstens zum großen Teil, Antwort auf Druck von unten; und

4. stehen sie als »Flexibilisierung« in extremer Form in Gesamtzusammenhang des Klassenkampfes: Exempel einerseits und Einkommensabbau andererseits. Durchsetzung von Arbeitszwang.

Zu 1:

Solche Großaktionen wie die Razzia »Im Rott« »sollten abschreckende Wirkung und die Präsenz der Überwachungsbehörden zeigen«, so Hans-Tobias Kühn, der Leiter der Aktion vom Arbeitsamt Rastatt. Genau darum geht es. Den Druck aufrechterhalten, unter dem »illegale« oder halblegale oder Schwarz-ArbeiterInnen stehen. Der Druck – vor allem auf Neulinge im Geschäft – ist oft ungeheuerlich: der deutschen Sprache nicht mächtig; nicht vertraut mit den hiesigen Vorschriften und Gebräuchen; isoliert in Baucontainern oder anderen miserablen Unterkünften; abhängig von der Gnade des Subunternehmers, bedroht von mafioser Gewalt. Das macht den Kampf für mehr Lohn oder bessere Bedingungen ziemlich schwer. Aber dieser ganze Druck wird nicht durch »Illegalität« an sich aufrechterhalten. Die bedeutet nichts, oder nicht viel, schon gar nicht auf dem Bau, wo die alltäglichen Konflikte schon immer mehr in direkter Art und Weise ausgetragen werden, also ohne Zuhilfenahme der normalen Institutionen wie Betriebsrat, Arbeitsgericht usw.

Erst die reale Drohung mit der Hundertschaft Polizei stellt die »Illegalität« tatsächlich her und läßt die Ausbeuter ihr Spiel treiben. Ein Spiel, das die Razzien oft bewußt miteinschließt. Wir haben einige Berichte darüber, daß Razzien, ausgelöst durch anonyme Anzeigen, gerade einige Tage vor dem vereinbarten Termin der Lohnzahlung stattfinden. Oder gegen Arbeiter, die sich wehren, wie in Schwannewitz. Deshalb ist auch einsichtig, warum damals im »Rott« nur zwei von ungefähr 10 Großbaustellen überprüft wurden: Es genügte, daß alle Arbeiter die Razzia und die Bullen gesehen haben.

Zu 2.

Erst mal noch ein Wort zur politischen Bedeutung der Razzien. Sie haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen und werden weiter zunehmen. Das Berliner Arbeitsamt hat 150 weitere Spezialisten zur Bekämpfung illegaler Arbeit freigestellt; andere Arbeitsämter werden wohl folgen. Genaue Zahlen über Razzien gibt es nicht, die Berichterstattung in den Medien ist mehr als zufällig.

Wenn es aber stimmt, daß sie Maßnahmen zur Aufrechterhaltung und Durchsetzung besonders schlechter Lebens-, Arbeits- und Ausbeutungsverhältnisse sind, dann markieren sie auch eine neue Qualität des Sozialstaates: Seit 1953 hat der Staat nicht mehr derart massiv direkt mit allen Insignien seiner Macht (Polizei, Gefängnisse, Ämter, Justiz; zusammen mit Gewerkschaft und Unternehmern) in die Organisation der Ausbeutung eingegriffen. Dies allein müßte eigentlich jeder Arbeiterin und jedem Arbeiter zu Denken geben.

Aber da ist mehr. Angegriffen werden nicht nur Hunderttausende Arbeiter, die keinen oder den falschen Paß haben. Sondern alle auf dem Bau!

– Trotz anhaltendem Boom sinken offensichtlich auch die Löhne für Arbeiter mit gesi-

chertem Status; auch für sie wird immer öfter die Sub-Sub-Sub-Unternehmerkette zur Falle.

- Die Flexibilisierung schreitet auch für sie fort. Mit dem Wegfall (oder Veränderung) des Schlechtwettergeldes wird für sie Jahresarbeitszeit eingeführt werden.
- Die Diskussion um die »Entsenderichtlinie« zeigt, daß eine Angleichung der europäischen Löhne durchgesetzt werden soll – nach unten natürlich.

Was soll die Entsenderichtlinie?

Im Bauhauptgewerbe sollen alle legal hier Arbeitenden den gleichen Lohn erhalten, genaugenommen einen Mindestlohn auf der Basis der untersten Tarif-Lohngruppe. Die Folgen werden sein:

- die bisher legal hier arbeitenden EU-ler werden illegalisiert
- die »unterste Lohngruppe« wird sich verändern, nach dem Vorbild anderer Branchen (Chemie z.B.); mit allen Folgen für das gesamte Lohngefüge.

Im Gesetzesentwurf selber steht schon sehr offen, welchen Zweck die Übung hat. Es soll auf zwei Jahre befristet sein, weil »das unterschiedliche europäische Lohnniveau kein auf Dauer unveränderliches Merkmal der Baubranche darstellt.« ...

Zu 3.

Wir müssen schon feststellen, daß der Klassenkampf im Moment nicht gerade durch kämpferische Initiativen der ArbeiterInnen und Angestellten gekennzeichnet ist. Jedenfalls nicht in Deutschland. Das gilt sicher auch fürs Bau. Aber spektakuläre oder große Streiks sind eine Sache. Aufm Bau sind sie eh seltener und schwerer zu organisieren als z.B. in der Fabrik. Aber selbst unser beschränkter Einblick hat eine Menge von Erfahrungen und Geschichten zu Tage gefördert, die daraufhin deuten, daß sich dort nicht alle alles gefallen lassen. Es wird mit harten Bandagen und sehr kreativ gekämpft; die multinationale Belegschaft der Baustellen entwickelt ihre eigenen Kampfformen. Dazu gehören Sabotage und Zerstörung; dazu gehören Arbeitsniederlegungen und spektakuläre Kleinaktionen wie Kranbesetzungen.

Es gibt nicht nur den Druck von oben. Es gibt auch Gegendruck. Und der hat dazu geführt, daß – nach unserer Einschätzung – tatsächlich so etwas wie eine langsame Angleichung der Bedingungen vor sich geht. Und zwar nicht nur nach unten, allerdings auch nicht nur nach oben. Die Lohndifferenzen sind nicht mehr ganz so extrem wie noch Ende der 80er Jahre. Selbst Illegale dürften inzwischen im allgemeinen gut über 10 DM kriegen, einheimischen Bauhelfern werden 16 Mark brutto geboten. Das ist nicht mehr die durch Flucht, Migration und extreme Devisenrelationen verursachte Differenz. Das ist eine Differenz, die ohne weiteres mit der ganz normalen Binnen-Konkurrenz der ArbeiterInnen erklärt werden kann – und die deshalb prinzipiell auch Objekt gemeinsamer Kämpfe sein kann. Und allein die Möglichkeit gemeinsamer Kämpfe bedroht das Projekt der totalen Flexibilisierung und Aufteilung; des extremen »Teile und Herrsche« auf dem Bau und anderswo.

Zu 4:

Razzien und zugehörige Maßnahmen betreffen direkt alle in den betroffenen Branchen. Und damit natürlich direkt auch einen ziemlich großen Teil der Arbeiterklasse

insgesamt, weil die einen großen Teil ihres Einkommens durch Schwarzarbeit gerade in diesen Branchen erzielt. Ich bin Elektriker und kenne außer mir keinen Elektriker, der nicht regelmäßig Nachbarschafts- oder Kollegenhilfe macht. Das ist manchmal sogar in hohem Maße organisiert und schließt die Beschäftigung von Leuten ohne Aufenthaltserlaubnis mit ein. Solange die Geschäfte gut gehen, solange Löhne für Schwarzarbeit höher sind als Nettolöhne im versicherten Job, solange schreckt die Drohung mit oder die tatsächliche Arbeitslosigkeit nicht. Die Bedingungen der Schwarzarbeit sind ganz wesentlich dafür, ob »Arbeitslosigkeit« und die ganzen Maßnahmen des Umbaus des Sozialstaates so wirken, wie sie wirken sollen.

Das ist nicht der einzige Zusammenhang mit den Gesamtverhältnissen in der BRD. Der andere ist allgemeiner, aber nicht weniger wichtig. Er läßt sich mit dem Stichwort »Flexibilisierung« beschreiben. Überall werden alte Regeln aufgebrochen, werden neue Zustände durchgesetzt, Zusammenhänge aufgelöst und neu geschaffen. Die Sub-Sub-Ketten aufm Bau erinnern nicht zufällig an die Zulieferketten der Industrie etc. Die Verhältnisse auf dem Bau sind sicher extrem in mancher Hinsicht; sie sind vom Staat in direkter Manier durchgesetzt. Sie sind Vorbild und Drohung zugleich für die gesamte Arbeiterklasse in Deutschland und Europa.

Kampagnenvorschlag

Wir haben diese Veranstaltung gemacht, um eine Kampagne gegen die Razzien vorzuschlagen.

Keiner von uns ist Illegaler. Uns geht es aber nicht darum, etwas für andere, ganz besonders Unterdrückte und Ausgebeutete, zu tun. Sozialarbeit liegt uns fern.

Aber im Bereich der illegalen Arbeit werden die Arbeiter nicht nur ausgebeutet, übers Ohr gehauen, abgeschoben, es gibt auch Kämpfe (s. Flugblatt). Kämpfe, die nicht von den Gewerkschaften kontrolliert und vom Arbeitsrecht geregelt werden, unter Bedingungen, bei denen die Arbeiter wenig zu verlieren haben. Und deren Kampfbedingungen sollen mittels Razzien verschlechtert werden. Nicht nur konkret, also daß dort kontrolliert und verhaftet wird, wo sich die Arbeiter wehren, auch durch die ständige Drohung. Da man ihnen sowieso nicht mit Kündigung drohen kann, sie haben eh keinen festen Arbeitsplatz, droht die Abschiebung.

Wenn wir die Razzien angreifen, wollen wir die Kämpfe der Illegalen unterstützen, um dann zu sehen, wie wir zu gemeinsamen Widerstand kommen können. Denn die Verhältnisse bei Schwarzarbeit und illegaler Ausländerbeschäftigung sind nicht exotisch. Sie sind genauso notwendig für das Kapital wie Arbeitsplätze in den Stammbelegschaften mit 35-Std-Woche und sechs Wochen Urlaub.

Damit wir die vom Kapital vorgegebenen Spaltungen entlang des Rechtsstatus oder der Arbeitsbedingungen nicht nachvollziehen, setzen wir zwar bei bestimmten Problemen, wie Lohnklau, Hungerlöhnen oder Abschiebung an. Aber wir müssen klarhaben und klarmachen, daß es gegen den Kapitalismus als solchen geht: gegen die Kapitalvertreter auch in ihrer seriösen, sozialmarktwirtschaftlichen Variante; den Staat nicht nur dort, wo er Bullen schiekt und Abschiebeknäste baut, sondern auch dort, wo er Sozialhilfe schiekt und Jugendzentren baut; letztendlich gegen alle Institutionen des gesellschaftlichen Arbeitszwangs und gegen die Arbeit als solche (auch gegen die legale und gutbezahlte!).

Wie kann man anfangen?

Ein allererstes Werkzeug der Kampagne liegt bereits vor: das Plakat, mit dem wir auch für heute eingeladen haben. Wir haben in den letzten Wochen ca. 300 Stück in MA/LU verklebt, vor allem auf Baustellen. Ein mühsames Geschäft, für dreißig Plakate ist man eine halbe Nacht unterwegs. Und im Stadtbild bemerkt man die noch kein Stück. Es werden also noch Mitarbeiter fürs Plakatekleben gesucht.

Das Plakat hilft natürlich nicht gegen die Razzien – aber es zeigt den Arbeitern, daß sie nicht allein sind. Gut wäre es, wenn auf dem Plakat eine Kontaktmöglichkeit angegeben wäre. Deren Schaffung könnte der erste Schritt der Kampagne sein. Denkbar sind ein Telefon, oder eine Postadresse, ein Treffpunkt, Stammtisch ... vielleicht kann man darüber sogar eine Notrufkette aufbauen, die im Razziafall ausgelöst wird.

Wenn wir von Kämpfen hören, müssen wir hingehen und diese publizieren, denn die Medien tun das nicht. Vor allem müssen wir solche Meldungen unter den Arbeitern selber rumgehen lassen, dafür müssen wir Übersetzungsmöglichkeiten für fast alle Sprachen auf tun. Wichtig ist, daß man nichts FÜR die Arbeiter macht, sondern lediglich beim Aufbau der Infrastruktur hilft, mit deren Hilfe sie selbst ihre Bewegungen entfalten können.

Außerdem müssen wir die Razzien propagandistisch bloßstellen. Auch um den Beteiligten, wie Arbeitsamtheinis und Journalisten, ihr gutes Gewissen zu verderben. Und um der Öffentlichkeit die Schändlichkeit dieser Maßnahmen deutlich zu machen. Vielleicht helfen dann bei der nächsten Razzia die Legalen den Illegalen rechtzeitig abzuhaufen, sich zu verstecken oder sich den Bullen entgegen zu stellen. (So ähnlich wie im Fall der polnischen Familie, die vor kurzem aus Mannheim abgeschoben werden sollte. Mitbewohner und die Schulklasse der Kinder haben das durch massive Präsenz verhindert.) ■

Die »guten« Razzien

– auch in den USA

In den letzten Zirkularen haben wir schon darauf hingewiesen, mit welcher Taktik der Staat versucht, seine Razzien als Kampf für die Menschlichkeit zu präsentieren. Es werden extreme Fälle herausgegriffen, die unmenschlichen Arbeitsbedingungen in den Mittelpunkt gerückt, die »Sklaverei« angeprangert, gegenüber der dann die Festnahmen und Abschiebungen als das kleinere Übel erscheinen. Gegen derartige Ausbeutungsbedingungen, die in den Metropolen gerade aufgrund der Illegalisierung wieder möglich werden, müssen wir entschieden ankämpfen, aber der Staat ist dabei der völlig falsche Bündnispartner.

70 Immigranten bei einer Razzia in L.A. entdeckt

Die thailändischen ArbeiterInnen erzählen Horrorgeschichten von ihrer Gefangenschaft

Agenten einer Spezialeinsatztruppe stürmten am 2. August eine Textilfabrik in El Monte, Kalifornien, einem Vorort von Los Angeles. Dort wurden 70 thailändische ArbeiterInnen gefangengehalten und zur Arbeit gezwungen. Das Gebäude war durch Stacheldraht und Zäune gegen Ausbrüche abgesichert. Die ArbeiterInnen lebten und arbeiteten in kleinen, überfüllten Räumen. Ein Mann erzählte den Agenten, daß er in Bangkok angeworben worden sei und man ihm nach seiner Ankunft in den USA den Paß abgenommen hätte. Er hatte vier Jahre in El Monte gearbeitet, ohne daß er je das Haus verlassen oder seine Familie anrufen durfte. Eine Frau gab an, daß sie schon sieben Jahre in dem Gebäude gefangengehalten wurde und jede Hoffnung auf Befreiung aufgegeben hatte. Die ArbeiterInnen mußten 17 Stunden am Tag arbeiten und bekamen 1,60 Dollar die Stunde, von denen sie die Kosten ihres Transportes in die USA abbezahlen sollten. Außerdem wurden 100 Dollar im Monat für Essen abgezweigt und die ArbeiterInnen mußten sogar für ihr Toilettenpapier bezahlen. Bei der Razzia wurden im übrigen 750 000 Dollar in Bargeld und ganze Blöcke von Gold gefunden, die den Betreibern der Fabrik gehörten.

Die Spezialeinsatztruppe hatte ein Jahr an der Aufklärung des Falles gearbeitet, nachdem zunächst nur Gerüchte über eine Schwitzbude mit gefangenen ArbeiterInnen bekannt geworden waren. Zuletzt wurde die Gegend um El Monte monatelang observiert. An der Razzia nahmen unter anderem Agenten vom Bundesarbeitsministerium, der kalifornischen Behörde für Arbeitsschutz und Gesundheit, der Polizei, der Staatsanwaltschaft und der Ausländerbehörde (I.N.S.) teil.

Insgesamt neun Personen, die die Schwitzbude betrieben hatten, wurden festgenommen, alles ebenfalls ThailänderInnen. Der Vorwurf lautet auf Einschleusung, Beherbergung und Verstecken illegaler ImmigrantInnen. Die Behörde für Industrielle Beziehungen erwägt die Verhängung von mehr als drei Millionen Dollar als Geldstrafen. Die ArbeiterInnen wurden zunächst in einem Knast der Ausländerbehörde festgehalten und sollen, falls sie als Illegale identifiziert werden, abgeschoben werden.

Ergänzung vom 15. August: Die thailändischen ArbeiterInnen sollen nun alle aus der Abschiebehaft entlassen werden und dürfen – als Zeugen im Verfahren gegen die Betreiber der Fabrik – in den USA bleiben. Die 500 Dollar Kaution für jedeN wurden von religiösen Gruppen, Gewerkschaften und Einzelpersonen bereitgestellt. Die ArbeiterInnen haben eine Anwältin beauftragt, die Fabrikbetreiber auf Lohnnachzahlung und Schadensersatz zu verklagen. Dabei geht es um über fünf Millionen Dollar. Die ArbeiterInnen sollen Arbeitserlaubnisse bekommen. Eine eilig organisierte Unterstützungs-Koalition kümmert sich um Verpflegung, Unterkunft und Jobs. Ein Sprecher der thailändischen Community in Süd-Kalifornien, der mit den ArbeiterInnen zu tun hat, sagte dazu, daß die betroffenen ArbeiterInnen »sich die Vereinigten Staaten bestimmt nicht so vorgestellt hätten«.

(Zusammengefaßte Meldung aus dem San Francisco Chronicle vom 4. August 1995 und von Voice of America)

Flüchtlinge in Aktion

Bei den Unterstützungsgruppen für Flüchtlinge sieht es nicht gut aus. Viele Gruppen haben sich aufgelöst oder wissen nicht so recht, wie sie weitermachen sollen. Obwohl »Antirassismus« immer noch ein beliebtes Thema in der Szene ist, stehen Flüchtlinge bei ihren Aktionen oft völlig alleine da. Aufsehererregende Maßnahmen gegen oder Aktionen von Flüchtlingen erreichen vielleicht noch ein Presse-Echo. Das Echo auf der Straße bleibt leider gering.

Ein Beispiel ist der **Hungerstreik von sieben Sudanesen** gegen ihre Abschiebung, der seit einiger Zeit auf dem Flughafen Frankfurter/Main läuft. Die Auseinandersetzung darüber spielt sich vor allem zwischen den Gerichten ab, die den Fall hin und her schieben.

Ein anderes Beispiel ist die **Großbrazzia in Frankfurt/Oder** Ende Juni, bei der 300 Menschen aus Polen festgenommen wurden. Sie sollen ohne Arbeitserlaubnis ein Anzeigenblatt ausgetragen haben. Sie wurden nach der Festnahme vom BGS teilweise geschlagen und bedroht, und menschenunwürdig behandelt. Alle wurden erkennungsdienstlich behandelt, und bekamen bei der Ausweisung ein dreijähriges Einreiseverbot in den Paß gestempelt. Proteste gegen diese Massenverhaftung und -abschiebung hat es (unseres Wissens) nur auf diplomatischer Ebene gegeben und von polnischen Jugendlichen, die am darauffolgenden Sonntag die »Brücke der Freundschaft« besetzt und eine Stunde lang den Grenzverkehr blockiert haben. Beifall und Verständnis fand der BGS dagegen beim Vorsitzenden der PDS-Fraktion in Frankfurt/Oder und beim Geschäftssekretär der IGBSE. Irgendwie müsse das Problem illegaler Beschäftigung doch in den Griff zu bekommen sein, und: »Wir sind ganz streng gegen Schwarzarbeit und froh, wenn die Polizei das Arbeitsamt unterstützt.«

Gegen die alltägliche Behandlung von Flüchtlingen in diesem Land wehren diese sich immer wieder selbst. Viele dieser Aktionen werden kaum bekannt. Oft deswegen, weil keine UnterstützerInnen da sind, die die Informationen an die Öffentlichkeit weitergeben könnten. Wir berichten im folgenden über zwei Beispiele für solche selbstorganisierten Aktionen, die von Bochumer UnterstützerInnen bzw. Radio Dreyeckland über Comlink bekannt gemacht worden sind.

Bochum: Flüchtlinge verweigern Annahme der Essenspakete und setzen Bargeldzahlung durch

Seit Mai gibt es in Bochum eine erste funktionierende Form der Selbstorganisation von Flüchtlingen in den Containerlagern an der Hiltroper Strasse, der Kemnader Strasse und noch einem dritten Lager. Delegierte dieser drei Lager treffen sich regelmässig, um sich über ihre Lebenssituation auszutauschen und Strategien gegen bestimmte Repressalien zu entwickeln. Schon bald konzentrierte sich ein wesentlicher Teil ihrer Aktivitäten gegen die Vergabe von Sozialhilfe in Form von Naturalien, hauptsächlich gegen die Essensvergabe.

Zunächst organisierten sie eine Unterschriftenliste und präsentierten sie dem Bochumer Sozialamt als Petition. Dort, wie auch auf der Ausländerbehörde, wurden jedoch

alle Versuche, an der Sozialhilfevergabe etwas zu verändern, stets mit dem Hinweis auf ein vermeintliches Verbot durch das Düsseldorfer Innenministerium abgewiesen. Auch der Hinweis darauf, daß es in einigen anderen Ruhrgebietsstädten (z.B. Schwerte) durchaus noch üblich war, die Sozialhilfe als Bargeld aus auszahlen, nützte nichts. Und das Vorlegen der neuen »rot«-grünen Koalitionsvereinbarungen zu diesem Thema hatte lediglich zu Folge, daß die Stadt Bochum nun juristisch gegen die neue Regelung vorgehen gedenkt, da sie angeblich gegen Bundesgesetz verstoße. In den Koalitionsvereinbarungen heißt es: »Die Landesregierung wird nicht widersprechen, wenn Kommunen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten Flüchtlingen Barleistungen gewähren.«

Am 4. Juli haben die BewohnerInnen der Kemnader Straße in Stiepel begonnen, die Annahme der Essenspakete zu verweigern. Am nächsten Tag hat sich die AWO mit Polizeigewalt Zutritt zum Containerlager verschafft, um die Essensvergabe mit Gewalt durchzusetzen. Fast alle BewohnerInnen weigerten sich jedoch, die Nahrung entgegenzunehmen. Im Zuge der Auseinandersetzungen verhaftete die Polizei Aimé Gnamba, einen Flüchtling von der Elfenbeinküste. Aimé hatte, da er einige Worte deutsch spricht, das Transparent am Eingang zum Containerdorf beschriftet, das den Protest nach außen hin kundtat. Außerdem hatte er einige Nachrichten für die anderen BewohnerInnen auf Toilettenpapier geschrieben und war dabei beobachtet worden, wie er das Papier an einem der Container befestigte. Kurz darauf erfolgte seine Verhaftung, obgleich zahlreiche BewohnerInnen dies mit Hilfe eines Schutzgürtels, den sie um ihn schloßen, zu verhindern suchten. Die Polizei brach den Ring auf, warf Aimé zu Boden, legte ihm Handschellen an, und warf ihn in einen bereitstehenden Polizeitransporter. Die BewohnerInnen des Containerlagers versuchten, die Abfahrt des Transporters mit Hilfe einer Blockade zu verhindern, die jedoch ebenfalls von der Polizei aufgelöst wurde.

Die Anzeige gegen Aimé gründet sich derzeit auf die Vorwürfe »Diebstahl, Hausfriedensbruch, Nötigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt«. Diese Vorwürfe beziehen sich auf eine Situation, die sich im Rahmen der Auseinandersetzungen tatsächlich ereignet hat, jedoch ohne daß Aimé irgendetwas damit zu tun gehabt hätte. Als die Polizei die Auslieferung des Essens zu den einzelnen Unterkünften ermöglichte, nahm eine Frau das Essen entgegen. Ihr Sohn – nicht Aimé – nahm der Mutter das Essen aus der Hand und wies es zurück. Nun wird Aimé vorgeworfen, dieses Essen entwendet zu haben (Diebstahl), zu diesem Zweck in das Haus der Frau eingedrungen zu sein (Hausfriedensbruch), und sie genötigt zu haben, das Essen zurückzuweisen (Nötigung). Der anschließenden Festnahme habe er sich widersetzt.

Aimé wurde auf die Polizeiwache gebracht, dort verhört und nach zwei Stunden wieder freigelassen, allerdings mit der Auflage, sich nicht wieder in das Lager an der Kemnader Straße zurückzugeben. Stattdessen müße er nach Unna Massen. Er bekam ein Bahnticket und einen handgeschriebenen Zettel mit der Adresse des Lagers in Unna. Dort angekommen, wies man ihn zunächst darauf hin, daß er keine Papiere besitze, die ihn Unna zuweisen. Es wurde ihm jedoch gestattet, sich für eine Nacht dort aufzuhalten. Am folgenden Morgen ergab eine Computerabfrage, daß er Bochum zugeteilt sei und dorthin zurückkehren müße.

Er fuhr also nach Bochum zurück und schaltete dort einige deutsche FreundInnen ein, die sich mit ihm zur Ausländerbehörde begaben, dort jedoch von einem Herrn »von Hagen« zu hören bekamen, Aimé habe durch sein Verhalten sämtliche Rechte in

Deutschland verwirkt, und es sei ihm egal, wo Aimé bleibe.

Währenddessen haben die Proteste gegen die Essensvergabe auch das Lager an der Hiltroperstraße erfaßt. Auch dort gelang es, die Annahme der Pakete zu verweigern. Und in der Kemnader Straße gingen die Proteste auch ohne den »Rädelsführer« weiter. Zusätzlich wurde einigen deutschen UnterstützerInnen u.a. von der Kirche der Zutritt zu den Containerdörfern bis auf weiteres behördlich untersagt.

Am 7.7.95 fand eine Demonstration der Flüchtlinge vor dem Bochumer Sozialamt statt, in der diese ihren Forderungen nach Bargeldauszahlung Nachdruck verliehen haben. Außerdem fordern sie, daß Aimé in die Kemnader Straße zurückkehren darf.

In Anbetracht der Tatsache, daß der Hungerstreik andauern wird, hat die Stadt Bochum gedroht, die Heime zu kontrollieren, und den hungerstreikenden Familien gegebenenfalls die Kinder wegzunehmen.

In der zweiten Streikwoche hat die Stadt jedoch eingelenkt. Es gab Gespräche mit dem Oberbürgermeister und mit Mitgliedern des Innenausschusses von NRW. Das Innenministerium signalisierte der Stadt Bochum, daß es der Bargeldzahlung nicht widersprechen würde.

Der Sozialdezernent machte dann mit dem Hinweis auf die Kosten nochmal einen Rückzieher: Für Bargeldleistungen würden der Stadt nur 85 Prozent vergütet, für Sachleistungen dagegen 100 Prozent. Nicht berücksichtigt sind dabei die Verwaltungskosten. Andere Städte in NRW haben gerade »aus Kostengründen« auf Barzahlung umgestellt, weil der Verwaltungsaufwand bei den Paketen zu hoch war. In Bochum wurde vermutet, daß hinter der Kostenargumentation das Interesse der SPD-nahen AWO steckte, an die ein nicht unerheblicher Teil der Gelder für Essenspakete ging. Dieses Geschäft ist ihnen nun durch die Lappen gegangen – denn seit August bekommen die Flüchtlinge in Bochum ihre Sozialhilfe in bar ausgezahlt.

Freiburg: Hungerstreik im Sammellager

Am 16.8. haben die 400 Flüchtlinge, die in der Freiburger Vauban-Kaserne untergebracht sind, erneut eine Protestaktion gegen die miserablen Lebensverhältnisse begonnen. Das Zentrum des Hungerstreiks sollte in der Kantine des Lagers sein. Die wurde jedoch sofort von der Polizei geräumt, die den Flüchtlingen mit Abschiebung oder Verlegung in andere Lager drohte. Danach errichteten die Flüchtlinge ein Streiklager auf einem überdachten Hof. Am 21. August haben etwa 400 Flüchtlinge (plus ein paar vereinzelte UnterstützerInnen) in Freiburg für ihre Forderungen demonstriert:

- »1. Verlegungen nach Kehl sollen nur mit Einwilligung der Flüchtlinge möglich sein;
2. Nachts soll Gesundheitspersonal im Lager sein;
3. Das Essen soll nicht fertig geliefert werden. Jeder soll entweder Geld bekommen oder das Material in Paketform für Essen;
4. Für notwendige Kleidung muß Geld gestellt werden;
- 5 Im Lager müssen Dolmetscher für die verschiedenen Nationen sein, die sich um die Probleme der Flüchtlinge kümmern;
6. Die Rechtsanwaltsgebühren müssen vom Sozialamt übernommen werden.«

Selbst solche Minimalforderungen müssen erstmal durchgesetzt werden. »Wir leben in einem Lager, das von Drahtzäunen umgeben ist und uns von den anderen Menschen, gleich einem Gefängnis, isoliert. Wir werden zu einem Leben gezwungen, in welchem keine Regeln beachtet werden, die die internationalen Abkommen für politische Flüchtlinge vorsehen.«

Die Verantwortlichen lassen sich bisher zu nichts bewegen. Die Stadt redet sich damit raus, daß nicht sie sondern das Land für die Lager zuständig sei. Die Lagerleitung und ihre Vorgesetzten im Regierungspräsidium erklären, ihnen wären die Hände gebunden. Seit seiner Gründung vor 2½ Jahren ist dieses Lager immer wieder in der öffentlichen Kritik gewesen. Zuletzt hatten sich auch Freiburger Gemeinderatsparteien, der AusländerInnenbeirat der Stadt und andere eher bürgerliche Kreise mit den dortigen Zuständen befaßt. Bis heute hat sich an den Zuständen nichts wesentlich gebessert.

Widerstand in anderen Lagern im Regierungsbezirk Freiburg

Die staatlichen Lager von Konstanz bis Kehl unterstehen dem Regierungspräsidium Freiburg. Es wird vom Innenministerium gedeckt, das stolz darauf ist, bald alle neuen Flüchtlinge in solchen staatlichen Sammelunterkünften verstaubt zu haben.

In verschiedenen Sammellagern haben sich Flüchtlinge gegen die Bedingungen gewehrt:

In VS-Villingen demonstrierten Flüchtlinge im Mai in der Innenstadt (das Lager liegt 4 km ausserhalb ohne jeglichen sozialen Kontakt). In zwei ehemaligen kanadischen Wohnhäusern in Lahr protestierten über 200 Flüchtlinge gegen die Freßpakete. In einem auf über 600 Flüchtlinge aufgestockten Lager in der Hafengegend von Kehl verweigerten im Juli Flüchtlinge den Kantinenfraß, den die Fa. LUKULL (aus Durmersheim 2) anliefert. In Rheinfeldern (350 Flüchtlinge) kämpfen Flüchtlinge ebenfalls erneut gegen die Freßpakete, die das Regierungspräsidium austeilen läßt, obwohl eindeutige Gerichtsentscheide dies nach dem ersten Verfahrensjahr verbietet. In Offenburg berichtete die »BZ« von weiteren Protesten gegen die dortigen Unterbringungsbedingungen. ■

Debatte – Existenzgeld?

Anmerkungen aus Frankfurt zum Beitrag »Mindestens ein Einkommen?« im letzten Zirkular:

Ob die Forderung nach Existenzgeld in die Krise gegangen ist wird sich noch zeigen. Die Frage ist eher, inwiefern die Erwerbslosenbewegung in der Krise ist. Und laut der Broschüre des Falz zu seinem 12jährigen Bestehen ist sie bereits seit 1987 in der Krise. Immer mehr Zentren würden eher durch ABM- und andere Angestellten vertreten, als durch die Betroffenen. 1/3 der Erwerbslosen findet innerhalb von drei Monaten einen neuen Arbeitsplatz. Die Zentren werden als Beratungszentren genutzt. Zwar gibt es hunderte von Gruppen, aber die wenigsten sind radikal. Trotzdem gelang es den institutionellen Kreisen – ob Gewerkschaft, Kirche oder verschiedenen Parteien – nie, die Hegemonie über die Bewegung zu bekommen. Gerade wird wieder versucht, ein zentralistisches Modell mit Geschäftsführung zu entwickeln. Gleichzeitig aber gibt es auch Ansätze, mit anderen Gruppierungen sich an dem Thema Niedriglohnarbeit auseinanderzusetzen (z.B. Kriegsdienst- und Totalverweigerer) und über einen Kongreß die Diskussion wieder anzuregen. Verschiedene Gruppen machen Umfragen, Befragungen zur Zwangsarbeit oder den Ursachen der Erwerbslosigkeit. Während die einen vor Ort, vor den Ämtern mit den Betroffenen reden, verschicken die anderen Fragebögen. Die Agitation ist nur teilweise beabsichtigt.

Apropos Zwangsarbeit: ich hab mir die immer wieder zitierte Karlsruher Stadtzeitung Nr. 35 /Frühjahr '85 nochmal angeschaut. Da wird der Zusammenhang zwischen der Forderung nach Existenzgeld und der Einführung von Zwangsarbeitsmaßnahmen dargestellt. Für die Erwerbslosenbewegung stimmt das nicht. Es sind die gleichen Leute, die sich in den Städten gegen die Zwangsarbeit wenden und die an dem Existenzgeldpapier arbeiten. Einen anderen Vorwurf an die Erwerbslosen, die Initiativen nur für eine kleine Gruppe (Szene) zu machen, kann ich heute zumindest nicht sehen. Aber auch schon früher waren die Forderung nach Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung oder Frankfurt-Paß für alle Betroffenen und nicht etwa eine Zusammenarbeit mit den Ämtern gegen die Proletarier. Bei der Zwangsarbeit sieht's heute in Frankfurt so aus, daß kaum Leute aus der »Szene« betroffen sind, bzw. diejenigen, die Widerstand erwarten lassen, sind sehr schnell wieder draußen. Und für die, die es eben nicht schaffen, werden die Aktionen etc. unternommen.

Die Erwerbslosenbewegung hat sich diesen Namen gegeben, weil sie einen Unterschied zwischen arbeitslos und erwerbslos macht. Sie ist sich also bewußt, daß Erwerbslosigkeit nicht Arbeitslosigkeit bedeutet. Trotzdem glaube ich auch, daß ein Unterschied zwischen Massenarmut und working poor gesehen wurde und daher ein Analyse-»Fehler« oder eine andere Meinung entstanden ist und es sie gibt. Aber Massenarmut wäre doch auch eine Klasse und nicht nur »Bürger«. Daher kann ich das Argument Bürgergeld = Existenzgeld, weil als Einzelner ist man Bürger, nicht nachvollziehen. Die Orientierung auf ein Geldeinkommen wurde schon immer von der radikaleren Gruppen kritisiert. Die Behauptung, daß es nur um Geld ginge, stimmt geschichtlich nicht; denn Nulltarif-Forderungen oder Frankfurt-Paß kam auch von der Jobber- und Erwerbslosen-

bewegung. Warum sollen diese Kampfformen Individualisierung der Kampfformen darstellen? Per se sehe ich das nicht so. MieterInnenstreiks oder Strompreisboykott z.B. in Italien waren/sind kollektiv.

Die Automatisierung der Produktion und die Abschaffung der Arbeit wurde bereits in den 60er Jahren von vielen gehofft/befürchtet, je nach politischer Richtung. Während dem damals aber noch andere kollektive Ansätze entgegengesetzt wurden, die das kapitalistische System abschaffen sollten, wurde später der Teilbereichskampf daraus, der sich in Details verlor und nicht mehr das Gesamte angehen konnte oder abschaffen wollte.

Geldforderung? »Existenzgeld für Alle, egal ob legal hier anwesend oder nicht«

Interessant ist, daß so falsch die Behauptung ist, daß das Existenzgeld eine finanzielle Forderung war, so richtig ist die These heute; denn heute und nicht damals fehlt die Perspektive. In der neuen Fassung, die derzeit diskutiert wird und auf einer der nächsten Bundestreffen verabschiedet wird, sind einerseits die Forderungen nach Nulltarif oder anderen Nicht-Geldleistungen zwar enthalten, aber die Idee einer Durchsetzung fehlt.

– Wenn wirklich alle ohne Kontrolle, eine beliebige Summe bekämen, wäre sie über kurz oder lang, wegen der Inflation, nichts mehr wert.

– Oder wird es doch eine Kontrolle geben, damit Reiche nicht an das Geld kommen. Die PDS will das bisherige Sozialamtssystem umfunktionieren. Da bleiben ein paar Fragen offen. Braucht man eine Meldebescheinigung, damit das Geld nicht zehnmal bezogen wird oder wie?

– Egal wie hoch die Summe sein mag, die Tendenz zusätzlich eine prekäre Arbeit anzunehmen, bleibt bestehen, weil die Bedürfnisse nach Konsum bestehen bleiben.

Die Existenzgeldforderung widerspricht dem mit zwei Argumenten. Einerseits wegen dem Wegfall des Zwangs der Arbeit und außerdem durch eine solche Höhe, daß keine prekäre Arbeit angenommen werden muß.

Parallel sollen durch die Forderung nach radikaler Arbeitszeitverkürzung die Bedingungen der ArbeiterInnen verbessert werden.

Was ich als den Hauptmangel der Existenzgeldforderung sehe, ist die fehlende Strategie der Durchsetzung. Von daher bleibt es dabei, sich an den Staat, als Verwalter, zu wenden. Gleichzeitig wird der Staat aber auch als Kapital, als Arbeitgeber betrachtet. Werkstatt Frankfurt ist ein staatlicher Betrieb wie der VAE ein Verein, der in der Drogenhilfe arbeitet. Dazu gibt es Kontakte und Kämpfe werden unterstützt – zu wenig und bei vielen in der Erwerbslosenbewegung ist es tatsächlich der Abschied vom Proletariat als kämpfende Klasse, was das mangelnde Interesse ausmacht. Mangelnde Strategie auch aus dem Frust heraus, daß die jahrelange Beratungsarbeit und immer wieder Versuche Gruppen der Betroffenen aufzubauen zu nichts geführt haben. Die entscheidenden Gruppen im Rhein-Main-Raum sind so gut wie alle über die Fachhochschule entstanden. Das ist auch jetzt wieder so. Ein linker Professor bietet StudentInnen an, sie könnten ein Sozialhilfefrühstück organisieren, Rechtsstips geben und dafür einen Schein bekommen. Das in einem besetzten Zentrum!

Die jetzt wieder aufgegriffene Existenzgelddiskussion soll ein Versuch sein, weiter

zu gehen als nur Kürzungen abzulehnen. Aus dem Entwurf für die überarbeitete Fassung des Existenzgeldpapiers:

»An drei Punkten unterscheidet sich der utopische Charakter des Existenzgeldes von herkömmlichen sozialpolitischen Mindestsicherungskonzepten:

- in der Anspruchshöhe des Existenzgeldes (wirkliche Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum statt Teilhabe am Existenzminimum),

- in der Entkoppelung des Existenzgeldes vom Zwang zur Lohnarbeit und

- in der Infragestellung der herrschenden Arbeitsbegrifflichkeit.«

Insofern stimmt die Kritik von wegen Akzeptanz des Sozialstaates nicht.

Andererseits durchzieht das gesamte Papier eine Opferhaltung und von kämpfenden Subjekten oder Klasse ist keine Rede. Wie also das Existenzgeld durchgesetzt werden könnte bleibt völlig offen.

Vollbeschäftigung. Die Erwerbslosenbewegung ist sehr gemischt. Wenn ich's richtig sehe, kümmert sich im Falz keiner um Vollbeschäftigung. Es geht um die Rechte der Leute, gegen Zwangsarbeit, wie man am besten aus einem Job rauskommt ohne Sperre zu bekommen und anderes. Kampf auf der Arbeit, Sabotage ist nicht Thema. Also Jobs hinterherrennen – eher nicht. Nur wenn es unbedingt sein muß. Nicht Arbeit um jeden Preis und nicht »Recht auf Arbeit«. Andererseits wurde ABM ehemals abgelehnt, seit längerem wird versucht, möglichst die besten Bedingungen in den Initiativen (alles AkademikerInnen) zu bekommen.

Das Ende verstehe ich nicht ganz: »Das Leiden an der Arbeit ist vor allem dort verbreitet, wo sich die Menschen dem Zwang der Arbeit nicht entziehen können. Dort müßte also der Kampf ansetzen...« So dahingestellt sagt der Satz gar nichts aus. Ist die Organisierung von Erwerbslosen unmöglich? Kann gegen Kürzungen nichts getan werden? Ist das der Vorschlag, statt BAG-Erwerbslose eine zur Schwarzarbeit und anderen prekären Arbeitsformen zu organisieren?

Oder wie in Frankreich, Arbeitslosen gehn vor Fabrikatoren, protestieren gegen Überstunden und Arbeitsplatzabbau? Proletarische Runden wie einst in Italien...

(T./Ffm.)

Erwiderung aus Köln:

Warum denn nicht? Die Kampfformen, die Du am Schluß ansprichst waren jedenfalls noch der Versuch, die Probleme als gemeinsame Probleme der Arbeiterklasse zu stellen und praktisch anzugehen. Und in der Form ihrer Aktion und Organisierung versuchten sie noch, sich einer Integration in den Sozialstaat und die Armutsverwaltung zu widersetzen. Du beschreibst selber, daß das den Erwerbslosengruppen immer weniger gelungen ist. Sicher haben immer einige diese Integration ihrer Arbeit in die staatliche Wohlfahrtspolitik bemerkt und kritisiert, aber sie haben sie letztlich nicht vermeiden können.

In der bisherigen Kritik an der Existenzgeldforderung (Zirkular Nr. 6 und 18) wurde von der *objektiven* Funktion dieser Forderung und ähnlicher Konzepte ausgegangen, die darin besteht, den Sozialstaat den realen Prekarisierungsprozessen anzupassen, den bisherigen Bezug auf eine zentrale Arbeiterklasse aufzugeben und den Arbeitszwang

zu verschärfen. Dein Haupteinwand dagegen ist, daß es vielen Gruppen **subjektiv** um etwas ganz anderes geht, daß sie gerade gegen den Arbeitszwang kämpfen wollen, daß sie sich nicht nur mit Forderungen an den Staat wenden wollen, daß es ihnen nicht nur um Geld geht. Das Hauptproblem siehst darin, daß eine Strategie der Durchsetzung fehlt, da die Entwicklung der Erwerbslosengruppen unklar und widersprüchlich ist und sie es nicht geschafft haben, die Erwerbslosen zu mobilisieren. Du wirst mir aber zustimmen, daß es bei der Beurteilung von Bewegungen und Organisationen in erster Linie darauf ankommt, was sie tatsächlich tun, nicht darauf, was sie dabei vielleicht denken oder wollen. Daher genügt es mir auch nicht, zu bemängeln, daß ihnen für eine vielleicht gutgemeinte Forderung lediglich die geeignete Strategie fehlt, damit die Forderung in der richtigen Weise durchgesetzt werden kann. Das wäre eine idealistische Betrachtungsweise nach dem Motto »was wäre wenn...«. Ausgehen muß ich zunächst von dem, was sie praktisch tun, welche Strategie sie also in der Praxis verfolgen, und welche Bedeutung der Forderung nach einem Existenzgeld dann zukommt – nicht davon, welche Bedeutung die Forderung haben *könnte*, wenn sie eine andere Strategie in der Praxis *hätten* (das sind mir persönlich zuviele Konjunktive!).

Im dem Text im Zirkular Nr. 18 wollte ich zeigen, daß das Existenzgeld nicht einfach eine falsche Forderung ist, sondern daß diese Forderung aus einer falschen Praxis entspringt (die u.a. auf einer falschen Analyse beruht, aber auch sehr viel mit den materiellen und politischen Gegebenheiten zu tun hat, wie z.B. der Tatsache, daß es bereits einen entfalteten Sozialstaat gibt). Um auf Deine Einwände einzugehen, will ich daher diesmal umgekehrt anfangen, nicht mit der Forderung Existenzgeld, sondern mit der Praxis der Erwerbslosengruppen.

Organisation von Erwerbslosen?

Am Schluß fragst Du: »Ist die Organisation von Erwerbslosen unmöglich?« Ich denke, a) heute ist sie tatsächlich unmöglich, jedenfalls im Sinne einer massenhaften Organisation, und b) auch unter anderen historischen Umständen wäre eine Organisation ein sehr heikles Unternehmen – jedenfalls von einem revolutionären Standpunkt aus betrachtet. Das liegt nicht in erster Linie an ihrer Stellung als Erwerbslose, sondern gilt genauso für ErwerbsarbeiterInnen. Deren Organisation – die massenhaft nur in Form von Gewerkschaften zustandekam – für uns in gleicher Weise problematisch ist.

zu a) Ein paar Hinweise auf die Unmöglichkeit der Organisation gibst Du schon selber. Ein Drittel der Erwerbslosen findet innerhalb von drei Monaten einen neuen Job. Sie werden sich daher nicht mit ihrer Stellung als Erwerbslose identifizieren und sich dementsprechend politisch organisieren. Umgekehrt versuchen viele in den Erwerbslosengruppen, ihre Tätigkeit mit einem Beruf oder dem Studium zu verbinden. Sie sehen sich also gar nicht mehr als Erwerbslose in erster Personen. Sie organisieren sich höchstens noch *für* Erwerbslose. Zwei von ihnen, Harald Hein und Wolfgang Scherer, haben aus ihrer langjährigen Arbeit in Erwerbslosengruppen dann wenigstens eine Doktorarbeit gemacht, in der sie ausführlich auf die selbst erlebte Unmöglichkeit der Organisation und Mobilisierung von Erwerbslosen eingehen und sie zu erklären versuchen (*Erwerbslosigkeit und politischer Protest, Frankfurt/M. 1993*). Am Schluß charakterisieren sie drei wesentliche Verhaltensweisen von Erwerbslosen, die erklären können, warum es

nicht zu der von den Erwerbslosengruppen immer als Möglichkeit unterstellten Mobilisierung kommt (S. 265f.):

- Ein Teil existiert als Rotationserwerbslose, die sich zwischen den verschiedenen prekarierten Arbeitsmärkten hin- und herbewegen. Das Kapital bietet ihnen keine garantierten und dauerhaften Jobs mehr, aber sie können immer wieder neue Jobs finden.

- Ein Teil schlägt sich als individuelle Leistungsverweigerer durchs Leben, arbeitet nur soviel, wie gerade nötig und nutzt schöpferisch die Möglichkeiten des sozialen Sicherungssystem.

- Ein weiterer Teil nutzt die finanziellen Transferleistungen, um in anderen politischen Bereichen aktiv sein zu können, wie der Anti-AKW-Bewegung, oder um ohne den Zwang der Lohnarbeit anderen, ihnen nützlich erscheinenden Tätigkeiten nachzugehen.

Diese drei Gruppen werden zwar gelegentlich die Beratung einer Erwerbslosengruppe in Anspruch nehmen, aber sie sehen keine Notwendigkeit, sich als Erwerbslose zu organisieren. Eine Bewegung von Erwerbslosen habe es noch am ehesten in der Form der Kämpfe gegen die Startbahn West, in Wackersdorf oder um besetzte Häuser gegeben, nicht aber an dem Problem der Erwerbslosigkeit. Im Unterschied zu früheren tatsächlichen Erwerbslosenbewegung (wie sie z.B. von Piven/Cloward in ihrem Buch *Aufstand der Armen*, Frankfurt/M 1986 untersucht werden), sei nämlich die existenzielle Bedrohung durch Erwerbslosigkeit in der aktuellen Situation in der BRD keineswegs so dramatisch, daß sie zu einer grundlegenden Radikalisierung führt.

Nachdem sie selber ausführlich analysiert haben, warum eine Organisation und Mobilisierung von Erwerbslosen aktuell nicht möglich ist, und nach ihrem Hinweis auf die Untersuchung von Piven/Cloward, die auch historisch gegen die Organisation spricht, verwundert es schon, wenn sie dann den Erwerbslosengruppen ein paar nichtsagende Tips mit auf den Weg geben und alles Gute für die Zukunft wünschen (S. 267). Es ist zwar verdienstvoll, wenn Rein/Scherer auf die »befreienden« Seiten von Erwerbslosigkeit hinweisen, aber um gründlichere und ehrliche praktische Schlußfolgerungen drücken sie sich herum – denn diese könnten nur zu einer sehr viel kritischeren Betrachtung der real existierenden Erwerbslosengruppen führen.

zu b) Massenhafte und radikale *Bewegungen* von Armen und Erwerbslosen hat es in der Geschichte immer wieder gegeben. Wenn sie zu stark waren, um allein durch Repression unterdrückt zu werden, und wenn sich nicht von vornherein durch Verhandlungen kontrollieren ließen, haben sie zu Erschütterungen der Institutionen und des Systems geführt. Ihre *Organisierung* hat aber fast immer dazu geführt, daß sie wieder kontrollierbar und ins System integrierbar wurden – und damit ihr *politischer* Einfluß wieder zurückging. Außerdem waren es nie politische Organisationen, die zu den Aufständen und Protestbewegungen führten, sondern erst aufgrund solcher Bewegungen bildeten und zentralisierten sich die Organisationen. Und auch das erst, wenn die Bewegungen selber schon ihren Höhepunkt überschritten hatten.

Diese Thesen zum Verhältnis von Bewegung und Organisation haben *Piven/Cloward* für die USA anhand der Erwerbslosenbewegung in der Zeit der Großen Depression, der Entstehung der Industriearbeiterbewegung im New Deal, der schwarzen Bürgerrechtsbewegung in den Südstaaten und der Fürsorgeempfängerbewegung, die sich

nach den Riots und Aufständen in den 60er Jahren entwickelte, herausgearbeitet. Auch sie schreiben nicht als unbeteiligte Beobachter, sondern waren selber in der Fürsorgeempfängerbewegung aktiv und kritisieren von daher sehr eindringlich den Mythos der Organisierung. An der Arbeitslosenbewegung Anfang der 30er Jahre zeigen sie, daß es zunächst Plünderungen, Mieterunruhen, Massendemonstrationen, Gas- und Stromdiebstahl waren, die eine für die herrschenden Institutionen beängstigende Bewegung schufen. Natürlich agierten in dieser Bewegung verschiedene Organisationen (u.a. die Kommunistische Partei) und es entwickelten sich auf der lokalen Ebene lockere Zusammenschlüsse. Aber es ging nicht um Organisierung und Repräsentanz, sondern um die Erfordernisse der täglichen praktischen Aktion – sei es die Vorbereitung einer Demo, einer Aktion vor dem Fürsorgeamt oder eine Truppe, die sich darauf spezialisierte, abgeklemmte Stromanschlüsse zu überbrücken. Diese Bewegung, ihre Radikalität und Unkontrollierbarkeit, zwang die Regierung zu Veränderungen. Ein Teil dieser Veränderungen bestand darin, Hilfsprogramme zu entwickeln, mit denen auf die Probleme der Leute reagiert werden konnte. Genauso wichtig war es aber, mit diesen Programmen zugleich Vermittlungsformen zu den in einer kapitalistischen Ökonomie immer wieder drohenden Bewegungen und Mobilisierungen zu finden. Erst diese Suche des Staates nach Ansprechpartnern und Vertretern einer Bewegung motivierte den Versuch, aus der nur locker koordinierten Bewegung der Arbeitslosen eine Organisation mit festen Strukturen und dauerhafter Mitgliedschaft zu schmieden. Der Staat entwickelte auf den verschiedenen Ebenen einen Dialog mit den Gruppen, bezog sie als Berater in die Politikgestaltung ein und formalisierte, verrechtlichte die Möglichkeiten der individuellen Beschwerde. Damit eröffneten sich denjenigen, die nach einer dauerhafteren Organisierung strebten, neue Betätigungsfelder, mit denen sie ihre Gruppen legitimieren konnten: Beratung von Fürsorgeempfängern, Führen von Klagen, Aufstellen von Forderungen an die staatlichen Instanzen.

Auf diesem Wege entstand das, was **das Spezifische des modernen Sozialstaats** ist: eben nicht nur eine Institutionen, die den Armen Geld gibt (das war die mittelalterliche Kirche auch), sondern zugleich eine Institution, die verhindern soll, daß sich die armen Menschen oder die ArbeiterInnen selber in Bewegung setzen – und zwar dadurch, daß sie Mechanismen bereithält, die ein *Verhandeln* und einen *Dialog* mit jedem kleinsten Ansatz von Massenbewegung oder Aufruhr ermöglichen. Und damit es dazu erst gar nicht kommt, werden dem einzelnen eine Reihe von Alternativen zum militanten Protest angeboten: Widerspruch, Beschwerde, Rechtswege, Beratungs- und Betreuungsinstitutionen. Diese Formen – Verrechtlichung des Protests und Verhandlung – gehören zu dem historisch spezifischen Charakter des kapitalistischen Sozialstaats. (Z.B. im Unterschied zur mittelalterlichen Kirche, die zur Verhinderung von Bewegungen die Gottesfurcht und Verheißung himmlischer Erlösung einsetzte. Und so wie diese Mittel aus einer Bauerngesellschaft entsprangen, so ergeben sich die Kontrolltechniken von Dialog und Recht aus der Lebensweise in einer kapitalistischen Warengesellschaft.)

Diese Mechanismen des Sozialstaats prägen jeden Versuch der Organisierung oder Mobilisierung von Erwerbslosen von Anfang an – wie auch die von ArbeiterInnen in den Fabriken, indem sie diesen den Stempel des »gewerkschaftlichen Handelns« aufdrücken, als wäre es das natürlichste auf der Welt, daß ArbeiterInnen Gewerkschaften gründen. Wie Du weißt, wirkt das bis weit in anarchistische Kreise hinein, die zwar

verbal den Staat ablehnen, aber naiverweise übersehen, daß sie schon mit der Idee »Gewerkschaft« auf die vom Sozialstaat bereitgestellten Vermittlungsangebote eingegangen sind.

Erwerbslosengruppen heute...

Genauso verhält es sich mit den hiesigen Erwerbslosengruppen: Selbst wenn sie die besten staatsfeindlichen und revolutionären Absichten im Hinterkopf haben, in der Art, wie sie sich organisieren, und in der Ausrichtung auf Forderungen an den Staat orientieren sie sich bereits an den vom Sozialstaat bereitgestellten Mechanismen des Dialogs. Damit meine ich nicht nur besondere Ausprägungen wie die Beteiligung an der Armutskonferenz oder die Kooperation mit den Arbeitsämtern bei der Beratungstätigkeit. Auch das Einlegen eines Widerspruchs, die Formulierung von Musterbriefen oder die Erstellung von Rechtshilfebroschüren ist faktische Kooperation. Du selbst bringst ein gutes Beispiel dafür, wenn Du erst mit der Forderung nach Nulltarif und Frankfurt-Paß zeigen willst, daß die Erwerbslosengruppen nicht nur an Geld orientiert sind, direkt im nächsten Satz als Beispiel für kollektive Kämpfe aber MieterInnenstreiks und Strompreisboykotts anführst. Du deutest damit an, wie die Erwerbslosengruppen sich daran beteiligen, direkte und militante Aktion von unten in einen Dialog mit dem Staat zu übersetzen: Statt massenhaftem Schwarzfahren und Militanz gegen Kontrolleure wird uns die Alternative geboten, zum Amt zu rennen, unsere Bedürftigkeit nachzuweisen und vielleicht einen Frankfurt-Paß zu ergattern (nebenbei noch ein Geschäft für die Verkehrsbetriebe, die so hoffen, wenigstens den ermäßigten Fahrpreis statt gar nichts zu bekommen). Einen Mietboykott kann ich nur kollektiv durchführen, beim Schwarzfahren fühle ich mich sicherer, wenn ich weiß, daß neunzig Prozent der übrigen Fahrgäste auch kein Ticket haben. Den Frankfurt-Paß aber kann ich nur als einzelner, individuell bekommen – daß es dafür vielleicht einmal eine gemeinsame Demonstration gegeben hat oder der Stadt Frankfurt die Angst vor der Undurchführbarkeit von Fahrscheinkontrollen im Nacken saß, ist in diesem allein auf meinen Namen ausgestellten Stück Papier längst vergessen gemacht (nichts ist dem kapitalistischen Staat wichtiger, als kollektive Erinnerungen auszulöschen!). Und auch auf der politischen Ebene, mit Forderungen nach einem Existenzgeld oder nach kostenlosem Champagner, ist dem Staat faktisch die Kooperation bereits gelungen, da sich die Gruppen damit an der politischen Debatte *beteiligen*, wie sinnvollerweise der Sozialstaat ab-, um- oder weitergebaut werden soll.

Dabei geschieht dies heute in der BRD von einer noch viel ärmlicheren tatsächlichen Mobilisierung aus, als es bei den Arbeitslosenorganisationen in den 30er Jahren oder den Organisationen der FürsorgeempfängerInnen in den 60er Jahren in den USA der Fall war. Die Ghettoaufstände der 60er Jahre gaben den Forderungen der Organisationen nach einer Ausweitung der Wohlfahrtsprogramme und existenzsichernder Sozialeinkommen ein reales Gewicht und machten sie zu einem gefragten Verhandlungspartner. Die Erwerbslosengruppen, die in den 80er Jahren in der BRD entstanden, lebten dagegen von Anfang an nur von der Fiktion einer Erwerbslosenbewegung. (Umso verblüffender ist es, welche Parallelen sich zwischen der von Piven/Cloward kritisierten Kooptierung und Integration der damaligen, weit gewichtigeren Organisationen und der Situation der hiesigen Erwerbslosengruppen entdecken lassen – die Lektüre würde ich

jedem Aktivisten der »Erwerbslosenbewegung« empfehlen, gerade weil sie die historischen Organisationen von Erwerbslosen und ArbeiterInnen nicht in der üblichen Weise des »ja damals!« abfeiern.)

Sicher, Europa wurde Anfang der 80er Jahre von Riots aufgeschreckt und der BRD-Staat konnte nicht ausschließen, daß sich hier ähnliches entwickeln könnte. Auf den Ämtern entwickelte sich ein hohes Maß an individueller Renitenz und Militanz, auf die seitens der Bürokratie reagiert werden mußte. Die offizielle Anerkennung und staatliche Förderung von Erwerbslosengruppen hatte seine guten Gründe. Aber weit entfernt von einer wirklichen Erwerbslosenbewegung und massenhaftem Aufruhr hatten die Gruppen dieser Förderung auch wenig entgegenzusetzen. Im Gegenteil, gerade als Reaktion auf die eigene Schwäche und ihre zunehmende Abhängigkeit von staatlicher Förderung, orientierten sie sich auf den Staat und die Ausgestaltung der staatlichen Sozialpolitik. Die Forderung nach einem Existenzgeld entsteht erst aus einer bestimmten, falschen Praxis – daher ist die Frage unsinnig, wie von der Forderung zu der richtigen Praxis, zu einer angemessenen Durchsetzungsstrategie zu kommen wäre.

Die Forderung nach dem Existenzgeld muß im Zusammenhang mit der tatsächlichen Situation und Praxis der Erwerbslosengruppen gesehen werden. Und in diesem Zusammenhang, angesichts dieser Praxis wird die gesamte Debatte um ein Existenzgeld, wie immer sie auch geführt wird und mit welch ausgetüftelten Kniffen sie ihrer Integration in »neoliberale« Konzepte auszuweichen versucht, faktisch zu einem Teil der offiziellen Umbau-Diskussion. Dabei geht es nicht darum, wieviele tausend sie vielleicht für die Forderung auf die Straße bringen könnten. Sollte es den Erwerbslosengruppen gelingen, auf der Bonner Hofgartenwiese 500 000 Erwerbslose für ein Existenzgeld demonstrieren zu lassen, so wäre das nur ein Anzeichen dafür, wie gut sie Bewegung und Aufruhr im Sinne des kapitalistischen Sozialstaats kanalisieren können – aber kaum ein Ausdruck revolutionärer Strategie und Praxis. Aber in der momentanen Realität stehen die Erwerbslosengruppen mit ihrer Forderung nach einem Existenzgeld vor einem anderen Problem. Bestenfalls wird sie schlicht ignoriert werden, schlimmstenfalls wird sie als »konstruktiver Beitrag« zwecks Legitimationsbeschaffung einbezogen werden. Wie diese Frage ausgeht, wird auch davon abhängen, ob sich die Erwerbslosengruppen aus Furcht vor Bedeutungslosigkeit weiter in die Arme von Grünen und PDS treiben lassen und auf parlamentarische Lobby-Arbeit setzten, oder ob sie solche Umarmungsversuche zurückweisen und stattdessen bei den Plünderungen wieder in der ersten Reihe stehen. Möglicherweise werden sie dann feststellen, daß die Leute, die sie vertreten wollen, die Debatte um ein Existenzgeld herzlich wenig interessiert.

P.S. Ich bin jetzt nicht auf alle von Dir angeführten Kritikpunkte und Fragen eingegangen, sondern habe mich nur auf einen Punkt konzentriert, den ich für zentral halte – die Frage der Organisierung, sei es von Erwerbslosen oder von ArbeiterInnen. Die grundsätzliche Kritik an den bisherigen Formen der Organisierung, läßt natürlich die Frage unbeantwortet, wie wir uns denn dann eine Organisierung der Arbeiterklasse vorstellen, von der wir so gerne sprechen. Aber erst wenn wir verstehen, wie die bisherigen Formen von Organisierung immer schon durch den Staat geprägt und vorgegeben sind, können wir zu genaueren Antworten kommen. (F./Köln)

... und unsere Krise (ein Beispiel)

Auf den folgenden Seiten findet ihr eine Antwort der Berliner Baugruppe auf die »Persönliche Erklärung« von heinz, die im Zirkular Nr. 15 abgedruckt war. Obwohl die Erklärung ausdrücklich für das Zirkular geschickt worden war – und alle an der Herstellung des Zirkulars aktiv Beteiligten sie auch kennen und diskutiert haben –, wurde sie bisher nicht abgedruckt.

Die meisten Gruppen und Einzelnen hatten schon kritisiert, daß heinz' »Persönliche Erklärung« im Zirkular abgedruckt worden war (s.u.), und wir waren dagegen, eine Debatte, bei der es in erster Linie um das persönliche Verhalten eines Genossen geht, auf der Ebene des gedruckten Zirkulars weiterzuführen. Es war eindeutig ein Fehler, daß diese Debatte im Zirkular durch den Abdruck von heinz' Erklärung ausgelöst wurde. Da dies aber geschehen ist, drucken wir jetzt auch die Stellungnahme der Baugruppe ab, ohne hier auf sie näher einzugehen. Wie die Berliner Baugruppe selbst warnt, sind solchen Diskussionen über Personen, konkrete Strukturen und Zusammenhänge schon aus Sicherheitsgründen enge Grenzen gezogen. Sie können nur mündlich und in überschaubaren Kreisen geführt werden.

Absolut dringlich ist allerdings eine Diskussion über Strukturen und Verhaltensweisen, die zu dem kritisierten persönlichen Verhalten führen oder dazu beitragen. Dabei geht es letztlich auch um die Frage, wie wir uns angesichts der subjektiven Krise der Linken überhaupt noch als Revolutionäre organisieren können; eine Frage, die in der Zirkulardiskussion viel zu wenig auftaucht.

Innerhalb des Zirkularkreises ist die Erklärung von heinz vor allem deswegen auf Kritik gestoßen, weil sie bei beiden Ebenen der Diskussion ausweicht: a) sagt sie überhaupt nichts zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen, b) weicht sie der Kritik durch eine billige Flucht auf eine scheinpolitische Ebene aus, und c) beschwört sie die »Solidarität der GenossInnen« in einer Weise, als könne damit die Kritik ad acta gelegt werden. Daher müssen wir sowohl das Papier selbst als auch seinen Abdruck kritisieren, da es nichts zu der Diskussion beiträgt, um die es eigentlich gehen müßte.

Schon bevor wir die Erklärung der Baugruppe bekommen hatten, waren wir außerdem davon ausgegangen, daß von ihrer Seite kein weiteres Interesse an gemeinsamer Diskussion und Zusammenarbeit bestünde, die auch vorher nur vermittelt über heinz existiert hatten.

Die Gruppe hat nun betont, daß sie trotz des Rausschmisses von heinz an einer weiteren Diskussion und Zusammenarbeit im Zirkularkreis interessiert ist, dies aber vom Abdruck ihrer Erklärung abhängig macht. Uns liegt nichts daran, daß »die realen Probleme in düsteren und bewegungsarmen Zeiten in einer Art und Weise angegangen werden, die ausschließlich (selbst-) zerstörerische Folgen hat« (Baugruppe). Die Gruppen, die noch von einem revolutionären Anspruch her versuchen, in Klassenkämpfe einzugreifen, sind ohnehin sehr wenige geworden, da sollten wir nicht auch noch in selbstzerfleischende Mechanismen geraten, die uns aus der autonomen Szene hinlänglich bekannt sind. Uns ist klar, daß mit dem formalen Akt »Abdruck« die Probleme, die einer produktiven Zusammenarbeit und Diskussion im Wege stehen, noch lange nicht gelöst sind. Aber vielleicht können sie jetzt wenigstens angegangen werden... (Wildcat Köln)

Einige Anmerkungen zu »Persönliche Erklärung zur Berliner Baugruppe...« von heinz im Wildcat Zirkular Nr. 15, Mai 1995 (von der Berliner Baugruppe)

Vorab: Die Berliner Baugruppe hat sich keineswegs gespalten – vielmehr ist heinz aus der Gruppe ausgeschlossen worden. Anlaß war auch nicht nur »der Eklat« auf dem Autonomie-Kongreß. heinz' Verhalten hier war nur der berühmte Tropfen, der das Faß zum überlaufen gebracht hat. Auf bewußtem Abschlußplenum wurde er auch nicht als »Sexist und Rassist« bezeichnet – diese Bezeichnungen hat er später selbst eingeführt, wenn er andere von dem Vorfall »unterrichtet« hat. Auch der »Kern« des Vorwurfs scheint nicht in seinen Kopf vorgedrungen zu sein: hier ging es nicht um »weißer Mann« und »schwarze Frau«, sondern um heinz und seine »gelungene Synthese« aus politischem Weltbild und persönlichem Verhalten. Die »persönliche Erklärung« ist ein Paradebeispiel: eine Kritik an politischen Schlagwörtern, mit denen in der Szene oft jede Auseinandersetzung abgewürgt wird, ist richtig; aber hier wird sie so geschickt mit ebensolchen Schlagwörtern, Unwahrheiten und Denunziationen vermischt, daß einer/einem ob solcher Machtpolitik der Hut hoch geht.

Wir wollen hier nur recht kurz und gebündelt was zu dem Ereignis auf dem Kongreß selbst sagen, das heinz als »Anlaß« bezeichnet. Es ließen sich beliebig viele andere Ereignisse und Situationen benennen, die ähnlich bleibende Eindrücke auf die beteiligten Menschen hinterlassen haben, aber uns gehts hier nicht um persönliche »Rechnungen«, sondern um Grundstrukturen eines Denkens und Verhaltens, mit denen heinz nicht alleine dasteht.

Also kurz zum Kongreß. In der Arbeitsgruppe »Autonome und Lohnarbeit« gab es beim letzten Treffen ein ziemlich hilf- und fruchtloses Hin und Her zu der Frage von »Rassismus und Sexismus am Arbeitsplatz«. Auslöser war, daß ein Mann aus der AG die Feststellung einer Teilnehmerin in der congress 3 nicht einfach unter den Teppich kehren wollte: »Ich treffe auf eine deutsche, weiße Ignoranz, die gewappnet ist mit rascher Geschäftigkeit und vorgetäuschem Bescheidwissen. Ich müßte nun, wie oft schon bislang, an den Leuten rütteln, bis zufällig eine/r mal sich bequemt, die unterschiedlichen Voraussetzungen (z.B. muß ich mich sowohl rassistischer als auch sexistischer Angriffe in jeder Lohnarbeit täglich erwehren) für das Herangehen/Bearbeiten von sogenannten wichtigen Kongreßthemen teilweise an sich heranzulassen. Von ihnen, selbst von euch, vermag ja keine/r zu fragen und so Verschiedenheiten zu entdecken, die uns vielleicht trennen, wahrscheinlich aber nur auf einer gemeinsamen Basis was zusammen machen lassen: der des Interesses aneinander, das nicht einebnet, was unsere Sichtweisen und Handlungsmöglichkeiten mitbestimmt.« Hierauf erfolgte dann allerdings keine Diskussion darüber, was das für ihren und die gemeinsamen Kämpfe bedeutet, sondern erstmal peinliches Schweigen. Im weiteren Verlauf taten sich dann zwei Männer, von denen heinz einer war, durch Ignoranz und ununterbrochenes Einreden auf die Frau, z.B. sie solle doch mal erklären, warum keine Schwarzen auf dem Kongreß seien, besonders hervor. Nach Ende der Arbeitsgruppe trat heinz an die Frau heran und bat sie, ihm das alles noch mal in Ruhe zu erklären, da er es nicht verstanden habe, aber gerne möchte. Die Frau nahm das Gesprächsangebot ernst und an.

Im Verlauf dieses etwa halbstündigen »Gesprächs« beharrte heinz immer wieder darauf, er verstünde garnicht, auf was sie eigentlich mit ihrem Cinteza-Sein rauswolle, obwohl sie ihm erklärt hatte, welche Folgen die Ermordung ihrer Familienangehörigen im NS für ihre Sozialisation hatte, welche Bedeutung es für sie hat, sich als ganzen Menschen wieder zusammenzufügen, und daß sie dadurch an Fronten kämpfen muß, die vielen 'weißen' Sceneleuten fremd sind. heinz konterte darauf mit Bemerkungen wie: er habe auch einen ausländisch klingenden Namen, »ich krieg nicht klar, was bei dir anders sein soll«; und zur Ermordung ihrer Familie: »Soll ich mich deshalb schuldig fühlen?« Außerdem habe er noch nie Probleme mit Rassismus gehabt. Auf ihre mehrmals geäußerte Bitte, das Gespräch abubrechen, da die Art und Weise für sie gewaltförmig sei und er sie verletze, wurde sein Beharren auf einer Erklärung, mit der er »was anfangen« könne, nur penetranter.

Wir werden dieses »Gespräch« nicht in seiner Gänze wiedergeben, da das Sache der Frau wäre, wenn sie das wollte. Aber die Schilderung dieser Art von »Diskussion« hat sofort bei einer Reihe von Menschen, die heinz kennen, ähnliche Erlebnisse mit ihm ins Gedächtnis gerufen, seine Art, mit Widersprüchen umzugehen, die nicht in sein Weltbild passen, von denen er sich deshalb angegriffen fühlt und dann verbal wild um sich schlägt. Es geht in solchen Situationen dann nicht um zuhören und verstehen wollen, sondern darum, den Sieg der eigenen Position davonzutragen. Seine »Schlußklärung«, als er später von mehreren Frauen aufgefordert wurde, nicht weiter an dieser AG teilzunehmen, war denn auch: »Drei zu eins ist konterrevolutionär.« In dem Moment, wo der Vorfall auf dem Abschlußplenum ohne Namensnennung geschildert wurde, dachten einige anwesende Leute sofort, daß das auch heinz gewesen sein könnte.

Seine Bemerkung am Ende des »Gesprächs« mit der Frau auf dem Kongreß, sie habe sein Weltbild erschüttert, kann mensch als Verarschung werten oder als tatsächliche politische Unsicherheit. Gehen wir mal von letzterem aus, weil er sich in seiner »persönlichen Erklärung« in die Welt der Platteiten und Falschheiten flüchtet, statt politisch Stellung zu beziehen. BASTA in »bestimmte Kreise der Szene, grade auch in Friedrichshain« einzureihen (mal vorausgesetzt, daß mensch sich bei »bestimmte« was Bestimmtes denken soll), läßt sicher auch bei jeder und jedem die Frage auftauchen, warum er dann – bis zu seinem Rausschmiß – in die BASTA-Arbeit und -Diskussion jahrelang soviele Energien gesteckt hat. Abgesehen davon ist auch kein Mitglied der »bestimmten« »Friedrichshainer Szene« in die BASTA involviert. Ebenso wenig will ihn die »radikale MieterInnen-Ini WBA« aus seinem Haus schmeißen, sondern sein Haus möchte sich gerne von ihm verabschieden. Daß er eine Verbindung WBA – BASTA – Friedrichshainer Szene – Haus suggeriert, ist auch nur blindes Um-sich-schlagen, aber sowas könnte auch mal für die Bullen ein gefundenes Fressen sein.

Jetzt zu heinz Bemerkungen zu BASTA.

Wir können seine »persönliche Erklärung« ernst nehmen – oder es lieber bleiben lassen. Nehmen wir sie ersteinmal ernst.

Wenn jemand aus einer Gruppe ausgeschlossen wird, kann kaum von einer »Spaltung« die Rede sein. Die »Krise«, in der die Gruppe gesteckt haben soll (eine »Krise«, die sich seiner Ansicht nach »jetzt in der Spaltung ausdrückt«), wird einige Absätze weiter zum »Scheitern der Gruppe«. Noch etwas später vermehrt sich dann die eine

»Spaltung« auf wundersame Weise in mehrere Spaltungen. Daß eine so humorvolle Darstellung dann damit endet, daß heinz weitermacht, während wir am Ende sein sollen, ist nur der logische Schlußpunkt seiner Betrachtungs- und Politikweise.

In Abgrenzung zur Struktur der Szene und »ihrer Machtpolitik« beschreibt heinz seine eigenen politischen Vorstellungen:

Eine andere Struktur (nämlich Wildcat) hatte gebrütet, ein Thema gefunden (»Migration und Arbeit«) und dazu eine AG organisiert. Aus dieser AG wurde dann eine Gruppe. Nur leider hatte die Struktur (Wildcat) den Fehler begangen, hierbei den »Versuch einer Art Bündnis mit anderen Leuten aus der Szene« zu unternehmen. Dieser Fehler rächt sich nun im Rückblick des Ausgeschlossenen, da aufgrund der »Inhomogenität« »die Spaltungen« (welche?) »schon von Anfang an angelegt« gewesen sein sollen. Neben diesem organisatorischen Fehler wird in der Endabrechnung auch die mehrjährige Praxis als überaus problematisch angesehen. Eine »Offensive in Richtung Bauarbeiter« sei gescheitert und auch mit MieterInnen sei nichts »Revolutionäres zu reißen« gewesen. Zu diesem doppelten Frust des Funktionalisten (gleich zwei »Offensiven« gescheitert) kommt nun der Zoff in den eigenen Reihen der »Bündnis – Gruppe«. Aber der Mann startet gleich die nächste »Intervention«, um klarzumachen, daß es eine Baugruppe weiter gibt.

Heinz »persönliche Erklärung« liest sich wie eine schlechte Parodie auf alte K-Gruppen-Zeiten. Mit unseren Vorstellungen und unserer Praxis hat dies nichts zu tun. Seine »Darstellung« steht für sich selbst. Ein gutes Beispiel für ZK-Gehabe ist die »Kritik« an dem »Flugblatt über die Mainzer Straße«. Dieses Flugblatt ist in den Gruppen bereits vor der Verteilung gemeinsam kritisiert worden – nicht nur von heinz. Aber eben kritisiert – und nicht verrissen. Erst nach einem Treffen mit seinen GenossInnen, an dem er als einziger aus der Gruppe teilgenommen hat, kam von ihm der Verriß, die Einordnung als »konterrevolutionär«. Nach seinem Rausschmiß aus der Gruppe geriet dann der Verriß des Flugblattes zum Verriß der Gruppe – und plötzlich hatte heinz mit dem Flugblatt nie etwas zu tun gehabt. Wir sind froh über eine Trennung von jemandem, der seine Herangehensweise in dieser Art bestimmt und dessen Resümee nur noch als Persiflage (am meisten seiner selbst) begriffen werden kann.

Die realen Probleme in düsteren und bewegungsarmen Zeiten werden in einer Art und Weise angegangen, die ausschließlich (selbst-) zerstörerische Folgen hat. Er diskreditiert dabei allerdings auch jede Vorstellung von Emanzipation – sie ist nämlich mit solcherart Politikern nicht zu bewerkstelligen. Nach mehrhundertjährigen Erfahrungen eines solchen politischen Funktionalismus ist die Frage wohl berechtigt, ob Leute mit dieser Herangehensweise nicht ganz bewußt jeden Inhalt und jede Vorstellung von radikaler Veränderung zerstören, weil sie in Wirklichkeit daran gar kein Interesse haben?

Einen Schönheitspreis des Unfugs hat der Satz verdient, daß (vor dem Hintergrund der »Triple – Oppression – Diskussion«) der »von einigen in dieser Gruppe vertretene anti – deutsche Standpunkt einem weißen deutschen Mann eine kontroverse Diskussion« (mit einer »schwarzen Frau«) »grundsätzlich nicht erlaubt«. Die Unterstellung ist schon phantastisch. Unsere Position soll darauf hinauslaufen, daß wir wie die Küken dem Sinnbild des unterdrückten Wesens »schwarze Frau« hinterherlaufen – auch wenn eine

konkrete »schwarze Frau« z.B. Faschistin ist? Oder meint heinz, daß für uns ein solches undenkbar sei, da qua Hautpigment und biologischem Geschlecht ein derartiges Bewußtsein und eine ebensolche Praxis ausgeschlossen werden kann?

Wir lassen diese Fragen offen, da die Unterstellungen hinsichtlich der Gruppe zu abstrus sind. Die Weltschmerzfrage, wie und ob »weiße deutsche Männer« »revolutionär kämpfen« können, ist nur die Kehrseite seiner Vorstellung von »revolutionärer« »Praxis«. Aus dem »Selbstbewußtsein«, aus der »Identität« als »weißer« (Rassendifferenzierung auf der Grundlage des Hautpigments), »deutscher« (nationalbewußter) »Mann« (geschlechtsbiologische Kategorie) kann sich kein revolutionärer Ausbruch ergeben: Entweder es folgt aus dieser (Selbst-) Kategorisierung ein weinerliches, moralisierendes Geschwätz oder eine Politik der Haupt- und Nebenwidersprüche (hierbei geht es uns ausschließlich um die Radikale Linke).

Das Papier ist insgesamt eine Offenbarung – in reaktionärster Hinsicht.

»Die Konsequenzen sind bei mir nicht tragisch, meine GenossInnen verhalten sich solidarisch...« (ein oberpeinlicher Satz!). Was bedeutet, daß »die Konsequenzen bei« heinz »nicht tragisch« sind? Will er uns damit sagen, daß seine GenossInnen ihm die Wangen tätscheln nach dem Motto: »Nimm's nicht so tragisch«? Darin allerdings würde schon eine Tragik liegen: Eine kritische Auseinandersetzung mit Menschen, die er als seine GenossInnen vielleicht noch ernst nimmt, kann nicht verkehrt sein. Obwohl die Frage ist, ob er sie dann noch als seine »GenossInnen« ernst nimmt. Schließlich waren wir ja auch mal welche...??

Bücher

Auch wenn die Sommerpause jetzt vorbei ist, auf ausdrücklichen Wunsch der Frankfurter Redaktion hier noch ein Lesetip für warme Tage: Snow Crash. Wer den dort geschilderten Phänomenen genauer nachgehen möchte und des Englischen mächtig ist, dem empfiehlt die Hamburger Redaktion »Resisting The Virtual Life. The Culture and Politics of Information« (Ed. James Brook, Iain A. Boal, City Lights Books 1995 – »A burning barricade across the highway to the total surveillance society«, sagt Make Davis zum Buch). Und was lest ihr sonst so?

Snow Crash

Sci-Fi von Neal Stephenson, Goldmann 20 DM, original 1992, deutsche Übersetzung 1994, 534 Seiten.

Hab ich im Urlaub gelesen und hat seine sehr interessante Seiten. Es geht um »Snow Crash«, Totalabsturz von Gehirn, das wie ein Computer gesehen wird. Dahinter verbirgt sich die »Ursprache«, das ist ein Gelalle, eine Zungensprache, wie sie angeblich vor den Sumerern gesprochen wurde. Es ist nicht nur eine Sprache, sondern drückt auch Verhalten aus. Nach Babylon gingen die Sprachen auseinander.

Nun geht es darum, diese Ursprache zu beherrschen, wiederzuentdecken und die Befehle in dieser Sprache zu geben. Voraussetzung ist der Totalabsturz des Gehirns. Am besten sind dafür Programmierer und andere Computerfreaks geeignet. Es wird ein Bitmap, soll ein Bild sein, das nur aus 0 und 1 besteht auf den Bildschirm projiziert und der Mensch, der sich's ansieht und versucht einen Sinn darin zu finden, erlebt einen Absturz.

Ausnutzen tut das ein Medienmogul, der seine Zentrale in der Mitte eines gigantischen Flüchtlingsfloßes hat. Dieses Flüchtlingsfloß treibt im Pazifik zwischen Asien und den USA. Boots-Flüchtlinge aus Asien schließen sich immer wieder an, um so in die USA zu kommen.

Hauptdarsteller sind ein Hacker, der kurzzeitig für die Mafia Pizza ausliefert, eine Kurierin, die ein Spezialskeboard hat, eine Programmiererin, Onkel Enzo Obermafiosi und kapitalistischer Gegenpart zum Medienmogul, ein Aleutischer Hühne. Hier heißt der Cyberspace Metauniversum und dort ist Snow Crash eine Art Droge.

Ob's an der Übersetzung liegt oder am Roman, die englische Fassung hatte ich nicht in der Hand, einige fremdenfeindliche und rassistische Seiten hat das Buch. Bimbo Box im deutschen, heißt in der italienischen Übersetzung baby furgone und soll ein Station Wagon, also diese Familienjeeps oder Transits etc sein. Die Leute aus der ehemaligen SU kommen ziemlich schlecht weg, während Südafrika und das Rassenregime ebenfalls eins draufkriegt. Wie auch in Gibsons »Virtual Light« hat eine Kurierin eine Hauptrolle im Roman.

Informationsoverflow, Kuriere in der Stadt, Suche nach entscheidenden Aspekten der Gesellschaft das sind für mich die anregenden Seiten.

übersetzt in wildcatzerisch: Chiapas-Megabytes, prekäre Arbeit und Zwang zur Arbeit – wer kam auf diese verrückte Idee, daß der Mensch arbeiten muß?

RUSGA – BASTA!

Tudo, nada e tudo... e onde é que foi a ficar o salário?
 Todos os dias a polícia, o subalterno (participação de trabalho) e os sindicatos estão a sentir-se a obter, os bens e a tornarem-se os nossos alojamentos. Colegas nossos camos nos dedos dos policiais e ficam prendidos. Qual é o seu delicto? Assim eles massacraram o patrão? Não, a situação é muito mais simples, eles só tinham trabalhado para o chefe.

A causa das rusgas não é a preocupação do Estado por manter um nível mínimo de dignidade no sector da construção, ela não se fez para prejudicarem aos empregados... mas sim para assegurar os trabalhadores. Elas também são um bom pretexto para os patrões não pagarem-nos o nosso salário e nos explorarem ainda mais um bocadinho. Quem o tempo todo tem medo das multas, de ir para a cadeia ou de ser expulso do trabalho vai ter a coragem de lutar por um maior salário e melhores condições de trabalho.

Basta com as rusgas!

Por um pagamento antecipado da semana!
 Mais salário e menos ansiedade!
 Unidos vamos vencer.

RAIDS – NO WAY!

Police employers and building site workers are checking up on building sites, restaurants and hotels. Every day hundreds of our fellow-workers are being arrested – not because they killed the boss, so they worked for him!

Raids don't hurt the employers, only the workers. Raids help the bosses pay us less and make us work more. With constant fear of fines, prison, or even deportation, it's hard to fight for higher wages and better conditions. If we let them divide us into legal and illegal workers they can exploit and oppress all of us just as they please!

Stop the raids!

Weekly advance payment of wages!

More pay – less stress!

Together we are strong!

LAPANKI – DOŚĆ!

Polizja, wraz z zatrudnionymi w firmach zamieszkuje kontenery budowy, kuchnie restauracyjne i hotele robotnicze. Co dzień setki tysięcy kółkami naszych kolegów – nie dlatego, że zabili swego szefa, przeciwnie, pracowali dla niego!

Celom łapanek nie są przeciwnicy ani pracownicy. Łapanki umożliwiają, że możemy płacić nam mniej a pracować więcej. Ten lękony zawsze musi być sie kary, więzienia lub nawet deportacji, trudno walczyć o wyższe wynagrodzenie i lepsze warunki pracy. Jeżeli dany sie rozdzieli na legalne i nielegalne, to mogą wyzyskiwać i niszczyć, mogą robić z nami wszystkim to co chcą.

Dość łapanek!

Wypłaty zaokrąglone wynagrodzeń

co tydzień!

Wspólnie zwyciężymy i mniej stresu!

Razem jesteśmy silni!

BASKIN a - SON!

Poliz, a koruma ve emekli görevlileri, inşaatlara, lokantalara ve işhanlarına hergün baskın düzenliyor. Yüzdelerce arkadaşımızı yakalamayı cesaretlendiriyor. Onlar sefaletini düşündürmüyor ki! Tam tersi onlar için çalışmıyor!

Baskınlar, parabolalarını değil! Para cezası indirmekten, cezaevine girmekten ya da sınırdayı çıkmaktan korkan kaçak işçilere yöneltilir. Bu da kullandıkları dolaylı yolla para ve diğer yasa dışı koşulları takip edenlerin işçileri kartı açılan bir senarite. Ve bu senarite kartı çıkan her zaman öldüğü gibi yine parabolalıdır.

Baskınları son!

Önce ücret, sonra iş!

Fazla ücret, az iş!

Birlikte güçlüyüz.

RETATA - BASTA!

Polizra, ufficio del lavoro e sindacato costruttivo cercano, minatori ed allogg. Tutti i giorni portano via centinaia di nostri compagni di lavoro - non perché abbiano ucciso il padrone, al contrario hanno lavorato per lui.

Le retate non sono contro i padroni, sono sempre contro noi operai! Ci ricattano. Così il padrone può armarsi di più e pagare di meno. Le minacce di una multa, del carcere o perfino di un'espulsione, rende molto difficile la lotta per più salario e condizioni migliori. Non lasciamoci dividere dallo stato in fra-legali ed illegali.

Basta con le retate!

Restpagaja ogni settimana in anticipo!

Più salario, meno lavoro!

RAZZIA

Bullen, Arbeitsamt und Gewerkschaft kontrollieren Baustellen, Gaststätten und Wohnheime. Täglich werden hunderte unserer Kollegen und Kolleginnen abgeführt – nicht, weil sie ihren Chef erschlagen haben, nein, sie haben für ihn gearbeitet!

Razzien greifen nicht die Unternehmer an, sondern die Arbeiterinnen und Arbeiter. Sie machen es möglich, daß die Bosse uns weniger zahlen und uns mehr antreiben: Denn wer ständig Angst vor Geldstrafe, Knast oder sogar Abschiebung haben muß, kann schlechter für höhere Löhne und bessere Bedingungen kämpfen.

Lassen wir uns durch die Razzien nicht in »Legale« und »Illegale« spalten!



NIX! DAD!

**Wöchentliche Vorauszahlung der Löhne!
 Mehr Lohn – weniger Streß!
 Gemeinsam sind wir stark.**



Dieses Plakat im A2-Format auf knallgelbem Papier richtet sich gegen die Razzien, die immer öfter auf Arbeitsstellen durchgeführt werden. Der Text ist auf dem Plakat auch in Portugiesisch, Englisch, Polnisch, Türkisch und Italienisch gedruckt. In einem Kasten unten ist Platz für Hinweise auf örtliche Gruppen, Veranstaltungen usw. – Das Plakat kann bestellt werden gegen Vorkasse in bar oder Briefmarken bei **WILDCAT**:

Sisina-Köln, Pf. 30 1206, 50782 Köln

10 Stück 10 Mark, 75 Stück 20 Mark, 250 Stück 40 Mark (bei noch größeren Mengen bitte anfragen; wer dieses Plakat finanziell unterstützen will, kann Einzel Exemplare zu einem Förderpreis bestellen!)